



Protokolle
der
öffentlichen
Sitzungen
des
Gemeinderates
2019

Inhaltsverzeichnis:

Sitzungstag:	Seite:	genehmigt am:	Bemerkungen:
			<i>Sitzungsleitung</i>
16.01.2019	3	06.02.2019	Andreas Zenglein
06.02.2019	11	13.03.2019	Andreas Zenglein
13.03.2019	19	03.04.2019	Andreas Zenglein
03.04.2019	35	08.05.2019	Andreas Zenglein
08.05.2019	66	05.06.2019	Andreas Zenglein
05.06.2019	76	03.07.2019	Andreas Zenglein
03.07.2019	89	24.07.2019	Andreas Zenglein
24.07.2019	99	18.09.2019	Andreas Zenglein
18.09.2019	109	16.10.2019	Andreas Zenglein
16.10.2019	119	13.11.2019	Horst Hock, 2. Bgm.
13.11.2019	124	11.12.2019	Andreas Zenglein
11.12.2019	131		Andreas Zenglein

SITZUNG

des

GEMEINDERATES**Sitzungstag: Mittwoch, 16. Januar 2019****Sitzungsdauer: 20:00 Uhr bis 23:10 Uhr****Haibach, Rathaus**

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
---------------------------	-----------------	---

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Horst Hock	2. Bürgermeister	
Michael Albert	Gemeinderat	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Josef Farrenkopf	Gemeinderat	
Andreas Först	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Jürgen Großmann	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Torsten Redeker	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Eva Rückert	Gemeinderätin	
Tobias Rückert	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Abwesend:

Anja Goymann	Gemeinderätin	
Beate Konrad	Gemeinderätin	

Schriftführer		
Silvia Reiling		

Verwaltung		
Michael Müller		
Andreas Roth		
Martin Volk		

Tagesordnung

Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift
3.	Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung
4.	Bebauungsplan Sommerackerweg - Vorstellung der geänderten Planung und erneute Auslegung nach § 4a (3) i.V.m. § 3 (2) BauGB
5.	Antrag auf Änderung der Stellplatz- und Garagensatzung
6.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 18 erschienen sind, der

Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzungsordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift

Das Protokoll der Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2018 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

3. Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung**Aus der Gemeinderatssitzung vom 12.12.2018**

Die **Firma Pro Baum Velte, Sailauf**, erhielt den Auftrag für die Rodungsarbeiten im Zusammenhang mit dem 2. Bauabschnitt zur Erneuerung der GV-Straße Haibach–Dörmorsbach.

Die **Fa. Zaun-Braun, Goldbach**, erhielt den Auftrag für die Erneuerung der Toranlagen am Wertstoffhof der Gemeinde Haibach.

4. Bebauungsplan Sommerackerweg - Vorstellung der geänderten Planung und erneute Auslegung nach § 4a (3) i.V.m. § 3 (2) BauGB

Sitzungsleitung zu diesem Tagesordnungspunkt von 20:05 Uhr bis 20:52 Uhr durch 2. Bgm. Horst Hock.

Sachverhalt:

2. Bgm. Horst Hock erläutert, dass in der Gemeinderatssitzung vom 14.11.2018 die eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange behandelt und abgewogen wurden. Anhand der gefassten Beschlüsse wurde die Planung von Frau Richter überarbeitet.

Die eingearbeiteten Änderungen werden von Frau Richter vorgestellt.

Es wird darauf hingewiesen, dass entsprechend § 4a Abs. 3 BauGB Stellungnahmen lediglich zu den gegenüber dem Beteiligungsverfahren nach § 3 Abs. 2 BauGB geänderten und ergänzten Teilen der Planung abgegeben werden können.

Ortsplanerin Frau Richter informiert, dass folgende Änderungen aufgrund der Eingaben, die in der öffentlichen Auslegung vorgebracht und am 14.11.2018 dem Gremium vorgestellt wurden, eingearbeitet wurden:

Folgende Änderungen sind in dem vorliegenden B-Planentwurf berücksichtigt:

Beibehaltung der Art der baulichen Nutzung in dem gesamten Plangebiet entsprechend der Festsetzungen im rechtskräftigen Bebauungsplan

als **allgemeines Wohngebiet (WA)** nach § 4 BauNVO.

Der Gesamtbereich wurde in ein Allgemeines Wohngebiet (WA) geändert. Das besondere Wohngebiet ist hiermit weggefallen.

Maß der baulichen Nutzung:

Grundflächenzahl und Geschossflächenzahl:

In dem allgemeinen Wohngebiet wird das Maß der baulichen Nutzung mit der **Grundflächenzahl** von **0,4** und der **Geschossflächenzahl** von **1,2** bestimmt, diese Werte entsprechen den zulässigen Obergrenzen nach §17 Abs. 1 BauNVO.

Nach § 19 Abs. 4 Satz 3 BauNVO werden im Bebauungsplan abweichende Bestimmungen für das allgemeine Wohngebiet getroffen.

Die zulässige Grundflächenzahl darf durch die Grundflächen von Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten, Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO und baulichen Anlagen unterhalb der Geländeoberflächen bis zu einer Obergrenze der Grundflächenzahl von 0,8 anstelle bis zu 0,6 (bis zu 50 %) überschritten werden.

Durch die zulässige Überschreitung der Grundflächenzahl wird die Unterbringung der erforderlichen Stellplätze auf den Grundstücken begünstigt, um den öffentlichen Straßenraum von dem bestehenden Parkdruck zu entlasten.

Die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse werden durch diese Erhöhung der zulässigen Grundfläche nicht beeinträchtigt und es entstehen keine nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt.

Die Zahl der Vollgeschosse, Höhe der baulichen Anlagen, Dachform und Dachneigung

Die maximale Geschossflächenzahl orientiert sich an den Bestandsgebäuden im Plangebiet und den Festlegungen in den rechtskräftigen Bebauungsplänen. Das geltende Planungsrecht lässt eine Bebauung mit bis zu zwei Vollgeschossen und einem weiteren im Dach zu.

Geländeveränderungen, Stützmauern und Mauern

Zur Einhaltung der festgesetzten Wandhöhen sowie zur Herstellung von Terrassen und zur Terrassierung des Geländes sind Veränderungen der Geländeoberfläche, wie Auffüllungen und Abgrabungen, bis zu einer Höhe von 1,30 m zulässig.

Bauweise und überbaubare Grundstücksflächen

Der Bebauungsplan setzt für den überwiegenden Planbereich die Bebauung in offener Bauweise nach § 22 Abs. 2 BauNVO fest. Die Gebäude sind mit seitlichem Grenzabstand als Einzelhäuser, Doppelhäuser oder Hausgruppen anzuordnen.

Eine Ausnahme bildet die Gebäudezeile im Einmündungsbereich Jahnstraße 1 - Hauptstr. 30-34. Hier gilt die Festsetzung der geschlossenen Bauweise nach § 22 Abs. 3 BauNVO.

An der Kreisstraße AB 2 ist im Bereich der Grundstücke „Jahnstraße 1 – Hauptstraße 30-34“ die Baugrenze in einem Abstand von 3,00m von der Straßenbegrenzungslinie festgesetzt, um die Umsetzung ausreichender Fahrbahn- und Gehwegbreiten bei einem künftigen Ausbau der Kreisstraße in diesem Abschnitt vorzubereiten.

Gemäß Baunutzungsverordnung wird die GRZ in diesem Bereich auf 0,4 festgeschrieben, dies bedeutet, dass 40 % der Fläche überbaut werden kann, 40 % als Nebenanlagen wie Garagen und Stellplätze und Baukörper unter der Oberfläche bebaut werden kann. 20 % der Fläche müssen frei bleiben bzw. unbebaut.

Es gilt der Verzicht auf Flachdächer. Es besteht die Möglichkeit, Pultdächer versetzt sowie Satteldächer zu errichten.

Die Haupteinschließungseinrichtung des Areals ehemals TV-Gelände erhält eine Erschließungsstraße mit 4,5 m Breite.

Die Baugrenzen richten sich nach der Bay BO und berücksichtigen die Mindestabstandsflächen. Bei Baukörpern in der Stichstraße wird sich dieser Abstand auf 6 m bzw. 7 m belaufen.

Die Sicherstellung des 2. Rettungsweges muss gegeben sein. Sollte dies nicht erfüllt werden können, dann sind entsprechend außenliegende Treppen erforderlich.

Auf dem Grundstück mit der Fl.-Nr. 4810 ist nach Änderung des Baufensters eine weitere Bebauung möglich.

GR Jürgen Goldhammer entgegnet zu den Ausführungen, dass er die Festlegung der Grundflächenzahl auf 0,4 für die Hauptgebäude in Ordnung findet, dies entspricht dem Beschluss des Gemeinderates vom 14.11.2018. Die abweichende Bestimmung nach §19 der Baunutzungsverordnung die nun im vorgelegten Entwurf ergänzt wurde kann er nicht nachvollziehen und akzeptieren. Gemäß Baunutzungsverordnung darf die zulässigen Grundflächen bis zu 50 von Hundert überschritten werden – was gemäß GR-Beschluss eine maximale Grundflächenzahl von 0,6 ergibt. Mit der jetzt ergänzten abweichenden Bestimmung, kann zukünftig eine Überschreitung von 100% erfolgen, was einer Grundflächenzahl von 0,8 entspricht. Dies bedeutet, dass wir eine Bebauung mit einer Grundflächenzahl von 0,8 für das gesamte Baugebiet genehmigen würden.

Dies ist nach seiner Auffassung so nicht gewollt. Er stellt daher den Antrag, die Grundflächenzahl der Hauptgebäude auf 0,4 ohne abweichende Bestimmungen festzulegen.

Ortsplanerin Frau Richter entgegnet hierzu, dass sich diese Ausführung darauf begründet, dass es sich um eine Innenverdichtung eines bestehenden Gebietes handelt. Zudem sollen auf den Grundstücken alle Stellplätze und Garagen nachgewiesen werden. Dies ist mit einer weiteren Reduzierung nicht machbar. Dies hat dann zur Folge, dass die Nutzung des Parkraums auf dem betreffenden Grundstück nur schwer möglich ist und dann wieder der Straßenraum für Parkfläche in Anspruch genommen wird.

GR Jürgen Großmann bemerkt, dass in der letzten Ausfertigung des B-Planes die Grundflächenzahl auf 0,6 festgelegt wurde, warum erfolgen nun die Änderungen.

Ortsplanerin Frau Richter antwortet, dass vorher von einer Nutzung des Plangebietes als besonderes

Wohngebiet (WB) ausgegangen wurde. Hier ist die Festlegung der GRZ bei 0,6. Bei einem allgemeinen Wohngebiet ist die GRZ jedoch nur 0,4.

GR Dietmar Kempf-Blatt fragt, ob sich diese Festlegungen nur auf das Areal des ehemaligen TV-Geländes oder auf alle Grundstücke in diesem Bereich beziehen.

Ortsplanerin Frau Richter stellt fest, dass sich dies auf den Bereich Jahn- und Hauptstraße bezieht, hier wird man mit der GRZ 0,4 nicht hinkommen.

2. Bgm. Horst Hock erklärt, dass, wenn ein neuer B-Plan beschlossen wird, dieser so gefasst werden sollte, dass keine weiteren Beschlüsse und Befreiungen bei eventuellen Bauanträgen nötig werden.

GR Jürgen Goldhammer sieht dieses Vorgehen so nicht in Ordnung bei einer Fläche von ca. 1.000 m² können 400 m² bebaut und weitere 400 m² mit Garagen und Stellplätzen belegt werden.

2. Bgm. Horst Hock erwidert, dass auf den Grundstücken Zuwege und Stellplätze geschaffen werden sollen. Dies wird bei einer anderen Festlegung schwierig werden.

GR Dietmar Kempf-Blatt fragt nochmals, ob es sich dann hauptsächlich auch auf die Grundstücke bezieht, die bebaut sind. Muss dann bei eventuellen Änderungen in der Bebauung immer ein Bauantrag gestellt werden.

GR Toni Stahl bemängelt, dass diese Ausführungen so nicht in der ersten Auslegung erfolgten. Er sieht die Genehmigung von Ausnahmen bei entsprechenden Bauanträgen als machbar an. Für ihn ist dieser B-Plan eine Ungleichbehandlung gegenüber anderer Baugebiete.

Ortsplanerin Frau Richter erläutert, dass der Unterschied in diesem B-Plan darin begründet ist, dass es sich hier um den Altort mit entsprechender Innenverdichtung handelt. Dies ist nicht mit der Ausweisung von Bauflächen in einem Neubaugebiet vergleichbar.

Das Landratsamt hat eindeutig Stellung genommen und wird keine Befreiungen und Abweichungen vom beschlossenen B-Plan genehmigen. Die Innenflächen werden dichter bebaut, daher kommen diese Abweichungen.

2. Bgm. Horst Hock bestätigt, dass die B-Pläne Bessenbacher Weg und Sponackerweg komplett andere Gebiete betreffen. Altbauf Flächen und Altbaubestände müssen anders beurteilt werden. Es

ist ein Beschluss notwendig, dass keine Ausnahmen nötig sind.

Er sieht es ebenfalls für alle Anlieger in diesem Bereich als besser an, wenn dafür Sorge getragen wird, dass Zufahrten und Stellplätze auf den Grundstücken nachgewiesen werden.

GR Jürgen Goldhammer schlägt vor, eine Kompromisslösung zu suchen.

2. Bgm. Horst Hock erklärt, dass alle Änderungen, die heute beschlossen werden, nochmals ausgelegt werden.

Ortsplanerin Frau Richter bestätigt, dass die Anhörung der Träger öffentlicher Belange und die Auslegung nach der gleichen Art wie zuvor stattfinden werden.

GR Tobias Rückert spricht sich ebenfalls für die Beibehaltung der GRZ von 0,4 aus. Dies sollte im Rahmen der Gleichbehandlung so festgelegt werden.

GR Andrea Stürmer bemerkt, dass bei der Festlegung eines neuen B-Planes keine Ausnahmen mehr seitens des Landratsamtes genehmigt werden. Dies ist ihr auch aus dem Kreistag so bekannt. Frau Richter hat ausführlich über die Details informiert.

GR Jürgen Goldhammer stellt folgenden

Antrag:

Das Maß der baulichen Nutzung wird für den vorgelegten B-Plan „Sommerackerweg“ auf eine Grundflächenzahl von 0,4 ohne abweichende Bestimmungen (=gemäß Baunutzungsverordnung) für das gesamte Gebiet festgelegt.

Abstimmungsergebnis: ja: 6 nein: 12
abgelehnt

Abstimmungsbemerkung:

Bgm. Andreas Zenglein fühlt sich gem. Art. 49 GO in einem Gewissenskonflikt und nimmt weder an den Beratungen noch an den Abstimmungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

Beschluss

Der geänderte Bebauungsplan wird in der vorliegenden Fassung vom 07.12.2018 genehmigt.

Die Verwaltung wird beauftragt, den geänderten Bebauungsplan „Sommerackerweg - 4. Änderung“ gemäß § 4a (3) i.V.m. § 3 (2) BauGB erneut den Trägern öffentlicher Belange zur Stellungnahme zukommen zu lassen und die erneute öffentliche

Auslegung zu veranlassen und ortsüblich bekanntzumachen.

Abstimmungsergebnis: ja: 13 nein: 5

Abstimmungsbemerkung:

Bgm. Andreas Zenglein fühlt sich gem. Art. 48 GO in einem Gewissenskonflikt und nimmt weder an den Beratungen noch an den Abstimmungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

5. Antrag auf Änderung der Stellplatz- und Garagensatzung

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 19.12.2018 stellt Gemeinderat Jürgen Großmann, Seitzenäcker 4, Haibach, den Antrag, die Stellplatz- und Garagensatzung zu ändern.

„In der gültigen Stellplatz- und Garagensatzung der Gemeinde Haibach wird unter §5 Gestaltung und Ausstattung von Stellplätzen eine Mindestbreite von 2,5 m für Stellplätze gefordert.

Bei heutigen Fahrzeugbreiten von größer als 2 m ist die Breite von 2,5 m nicht mehr angemessen und soll auf eine Breite von 3 m angehoben werden.

Die Verbreiterung stellt sicher, dass die dann ausgewiesenen Stellplätze sicher genutzt werden und somit ein Parken auf Straßen bzw. außerhalb von z.B. Grundstücksflächen vermieden wird. Dadurch wird auch die Sicherheit auf der Straße erhöht, da keine sichtbehindernde PKW's an den Straßen abgestellt werden. Die Verbreiterung stellt weiterhin sicher, dass ein sicheres Ein- und Aussteigen ermöglicht wird. Ebenso ist die Anfahrbereitschaft der Stellplätze durch die Verbreiterung sichergestellt.

Der Gemeinderat möge Folgendes beschließen:

Änderung der Stellplatz- und Garagensatzung unter - §5 Gestaltung und Ausstattung von Stellplätzen – auf eine Verbreiterung der Stellplätze auf eine Mindestbreite von 3 m.“

Die Garagen- und Stellplatzverordnung (GaStellV), welche Anhang der Bayerischen Bauordnung ist, sieht als notwendige Größe für einen Einstellplatz 5 m Länge und 2,50 m Breite vor. Dies jedoch nur, wenn jede Längsseite des Stellplatzes durch Wände, Stützen, andere Bauteile oder Einrichtungen begrenzt ist. Ist dies nicht der Fall, wird eine Breite von 2,30 m bzw. 2,40 m als ausreichend angesehen.

Bei der Planung und dem Bau von Parkbauten fordern die Empfehlungen für Anlagen des ruhenden Verkehrs (EAR 05), die den aktuellen Stand der Technik beschreiben, eine Stellplatzbreite von 2,50 m, um ein bequemes Ein- und Ausparken mit modernen Fahrzeugen sowie ein erträgliches Ein- und Aussteigen zu ermöglichen. Den gleichen Wert ruft auch der Allgemeine Deutsche Automobil-Club (ADAC) in seinem Zertifizierungsprogramm „Das benutzerfreundliche Parkhaus“ auf. Zugrunde gelegt wird jeweils die derzeit durchschnittliche Fahrzeugbreite von 1,80 m (CAR-Institut der Universität Essen-Duisburg aus 05/2018).

Da diese Regelung über die geforderten Maße der Garagen- und Stellplatzverordnung (GaStellV) hinausgeht und eine Pflicht der Nutzung der Stellplätze auf dem eigenen Grundstück nicht existent ist, sollte aus Sicht der Verwaltung an der derzeitigen Regelung in der Satzung festgehalten werden.

Beschluss

Satzung zur Änderung der Satzung über die Herstellung von Stellplätzen und Garagen und deren Ablösung der Gemeinde Haibach (Stellplatz- und Garagensatzung)

Aufgrund von Art. 81 Abs. 1 Nr. 4 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) erlässt die Gemeinde folgende

Satzung zur Änderung der Stellplatz- und Garagensatzung vom 11.12.2003:

§ 1**Änderungen**

(1) § 5 Abs. 1 wird wie folgt neugefasst:

„Die Stellplätze müssen mindestens 5 m lang und mindestens 3 m breit sein. Im Übrigen müssen die Stellplätze § 4 der Garagen- und Stellplatzverordnung (GaStellV) sowie den Vorgaben des Art 47 BayBO in der jeweils gültigen Fassung entsprechen.“

§ 2**Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am 01.02.2019 in Kraft.

Haibach, 16. Januar 2019



gez. Andreas Zenglein

Erster Bürgermeister

Abstimmungsergebnis: ja: 6 nein: 13 abgelehnt

6. Allgemeines**6.1. Informationen von Bgm. Andreas Zenglein:**

Hinweis auf die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Freitag, 18.01.2019.

Einladung zum „Winterfeuer“ des Fördervereins für die St. John's S.S.School, Muduuma,

Beginn: Samstag, 19.01.2019, um 16:00 Uhr, am Vereinsgelände des Vereins für Schäferhunde.

Einladung zur Aufführung der **Theatergruppe aus Bessenbach**, Veranstaltung der CSU Haibach. Beginn: Sonntag, 20.01.2019, um 15:00 Uhr, Kaffee und Kuchen, Theater ab 16:30, Turnhalle Grünmorsbach

Hinweis auf die **interfraktionelle Sitzung** des Gemeinderates am Samstag, **09.02.2019**, von 10:00 bis 15:00 Uhr, im Mehrzweckraum der Feuerwehr.

Einladungen hierzu ergehen noch an die Gemeinderäte.

6.2. Hallenbad – Öffnungszeiten in den Ferien

GR Dietmar Kempf-Blatt fragt, warum immer in den Ferien das Hallenbad geschlossen ist.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass zu diesem Zeitpunkt immer die anstehenden Hygienereinigungen und wenn erforderlich, die Wartungsarbeiten durchgeführt werden. Er weist auch darauf hin, dass es sich um ein Schulschwimmbecken handelt und hier die Ferien entsprechend für diese Arbeiten genutzt werden sollten.

Es wird vereinbart, einen Kompromiss zu suchen, um den Ausfall für die Schwimmbadbesucher so gering als möglich zu halten.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **06.02.2019** genehmigt.

Andreas Zenglein

Erster Bürgermeister

Silvia Reiling

Verw.ang.

SITZUNG

des

GEMEINDERATES**Sitzungstag: Mittwoch, 6. Februar 2019****Sitzungsdauer: 20:00 Uhr bis 21:30 Uhr
Haibach, Rathaus**

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
---------------------------	-----------------	---

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Horst Hock	2. Bürgermeister	
Michael Albert	Gemeinderat	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Josef Farrenkopf	Gemeinderat	
Andreas Först	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Jürgen Großmann	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Torsten Redeker	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Eva Rückert	Gemeinderätin	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Abwesend:

Tobias Rückert	Gemeinderat	
----------------	-------------	--

Schriftführer		
Silvia Reiling		

Verwaltung		
Michael Müller		

Tagesordnung

Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 16.01.2019
3.	Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung
4.	Forstwirtschaftsjahr 2019
5.	Durchführung eines Bauleitverfahrens für das Bauvorhaben Pflegeheim am Wendelberg
6.	Lagerraum in der Dr.-Albert-Liebmann-Schule
7.	Allgemeines

1. Eröffnung und Begrüßung

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 19 erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

Es werden Herr Oberforstrat Grimm, Revierförster Herr Rupprecht und Gartenbautechniker Franz Staab begrüßt, die für den TOP 4 heute entsprechende Informationen an den Gemeinderat geben.

GR Anja Goymann bittet um Klärung, warum die Beschlussvorlage, die den Fraktionen in den jeweiligen Sitzungsvorbesprechungen vorlag, nicht mit der aktuellen Beschlussvorlage im RIS übereinstimmt. Hier fehlen einige Passagen, die am Montag noch im Netz standen.

Es wird beantragt, den TOP 5 von der Tagesordnung zu nehmen, da die Voraussetzung für eine entsprechende Beratung nicht gegeben ist.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass seitens der Verwaltung keine Änderungen an der Beschlussvorlage vorgenommen wurden. Nach seiner Meinung kann dies mit einem Update der Firma Komuna zusammen hängen. Dies wird sofort morgen früh geklärt.

GR Anja Goymann stellt nachfolgenden

Antrag:

Wegen Änderung der Beschlussvorlage des TOP 5 wird der Tagesordnungspunkt in der heutigen Sitzung nicht behandelt und abgesetzt.

Abstimmungsergebnis: ja: 15 nein: 5

Der Tagesordnungspunkt wird somit zu einem späteren Zeitpunkt beraten.

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 16.01.2019

Das Protokoll der Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2019 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

3. Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung**Aus der Gemeinderatssitzung vom 16.01.2019****Neubau Kinderhort:**

Die Firma Brandel-Bau, Tauberbischofsheim, erhielt den Auftrag für das Gewerk G1: Rohbauarbeiten.

Die Firma Holzbau Pfeiffer, Remptendorf, erhielt den Auftrag für das Gewerk G2: Zimmerer- und Holzbauarbeiten.

Die Firma Noll, Mühlheim, erhielt den Auftrag für das Gewerk G3: Fensterbauarbeiten.

Die Firma Otter, Haibach, erhielt den Auftrag für das Gewerk G4: Dachdeckerarbeiten.

4. Forstwirtschaftsjahr 2019**Sachverhalt:**

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind Herr Grimm, Oberforstrat, und Herr Rupprecht, Revierförster, anwesend.

Herr Rupprecht informiert über den:

Jahresbetriebsnachweis und die Jahresplanung**Gemeindewald Haibach 2019****Inhalt**

- Jahresbetriebsnachweis seit 2017
- Borkenkäferjahr 2018
- Jahresbetriebsplanung 2019
- Erschließung und Wegebau
- Holz für den Bauhof aus dem Gemeindewald

Jahresbetriebsnachweis

- Neuer Plan (Forstbetriebsgutachten) seit 2017
- Regelung eines nachhaltigen Holzeinschlages im Gemeindewald
- Ziele:
 1. Sicherung aller Waldfunktionen (Schutz, Nutzen, Erholung)
 2. Erschließung instand halten und vervollständigen
 3. Fit für den Klimawandel (verjüngen)

2017 Jahresbetriebsnachweis und Stand der Fällung gegenüber den Hiebssätzen													
Gemeindewald: Haibach Forstwirtschaftsplan 01.01.2017 - 31.12.2026													
	Endnutzung			Vornutzung									
	EN		Altdurchforstung			Jungdurchforstung			Jugendpflege				
	fm	ZE ^{*)}	ha	fm	ZE ^{*)}	ha	fm	ZE ^{*)}	ha	fm	ZE ^{*)}	Bemerkungen	
HAB-NR und Waldort	fm	ZE ^{*)}	ha	fm	ZE ^{*)}	ha	fm	ZE ^{*)}	ha	fm	ZE ^{*)}		
III-1-8 Schellenberg	12											Brennholzselbsterwerber 2016	
III-2-13 Halle	9											Brennholzselbsterwerber 2016, Wildpark	
III-2-7 Halle			0,1	12								Roteiche an Firma Kess	
VII-1 Dörmorsbach				4								Brennholzselbsterwerber 2016	
I-2 Buch			0,2	14								Brennholzselbsterwerber 2017	
I-3 Buch			0,5	33								Brennholzselbsterwerber 2017	
III-2-13 Halle	32											Brennholzselbsterwerber 2017, Wildpark	
VI-2 Kaiselsberg			0,4	19								Brennholzselbsterwerber 2017	
VI-3 Kaiselsberg			1,5	121								Brennholzselbsterwerber 2017	
Summe	53	0	2,7	203	0	0	0,0	0	0	0	0		
jährlicher Hiebsatz	365		10,5	450		0,21	5		0,18	0			
SOLL 2017 (seit Laufzeit)	365		10,5	450		0,21	5		0,18	0			
IST 2017 (seit Laufzeit)	53		2,7	203		0	0		0	0			
Abgleichung (+/-)	-312		-7,8	-247		-0,21	-5		-0,18	0			

^{*)} ZE = zufällige Ergebnisse

*) ZE = zufällige Ergebnisse

2018 Jahresbetriebsnachweis und Stand der Fällung gegenüber den Hiebssätzen**Gemeindewald: Haibach****Forstwirtschaftsplan 01.01.2017 - 31.12.2026**

	Endnutzung		Vornutzung									
	EN		Altdurchforstung			Jungdurchforstung			Jugendpflege			
	fm	ZE ^{*)}	ha	fm	ZE ^{*)}	ha	fm	ZE ^{*)}	ha	fm	ZE ^{*)}	Bemerkungen
HAB-NR und Waldort												
I-4 Buch			0,5	90	90							Borkenkäfer
III-1-6 Schellenberg			0,2	12								Brennholz selbstwerber
III-2-1 Halle	120											Holz einschlag für Brennholz inkl. Bauhof 35 fm
III-2-4 Halle			0,1	9								Sicherungsfällung Waldkindergarten
III-2-5 Halle			1,2	85								Rosenberger
III-2-5 Halle			0,5	100	100							Borkenkäfer, inkl. Bauhof 31 fm
III-2-6 Halle				5	5							Trockenschäden
III-2-7 Halle			1,0	25								Brennholz selbstwerber
III-2-8 Halle	16											Brennholz selbstwerber Ketzelsburg
III-2-13 Halle	1											Brennholz selbstwerber Wildpark
V-4 Gemeindebuckel	2											Brennholz selbstwerber Sportplatz
VI-2 Kaiselsberg			2,1	115								Rosenberger
VI-3 Kaiselsberg			0,7	50								Rosenberger
Summe	139	0	6,3	491	195	0	0,0	0	0	0	0	
jährlicher Hiebsatz	365		10,5	450		0,21	5		0,18	0		
SOLL 2018 (seit Laufzeit)	730		21,0	900		0,42	10		0,36	0		
IST 2018 (seit Laufzeit)	192		9,0	694		0	0		0	0		
Abgleichung (+/-)	-538		-12,0	-206		-0,42	-10		-0,36	0		

*) ZE = zufällige Ergebnisse

I Holzernte	Plan							
Waldort	Endnutzung	Vornutzung						
	EN	AD		JD		JP		
	fm	ha	fm	ha	fm	ha	fm	Bemerkung
I-3 Buch		2,30	100					Kronenpflege, vervollständigen der Feinerschließung
III-1-0 Schellenberg	100							Nachrichten über Verjüngung (abhängig von Erschließung)
III-1-3 Schellenberg		1,00	60					Kronenpflege der Eiche
III-1-4 + 1 Schellenberg	25	0,50	50					Trassenauftrieb Rückweg
III-1-4 Schellenberg		2,00	150					Kronenpflege
III-1-6 Schellenberg		0,70	30					südlicher Teil: Kronenpflege, Verkehrssicherung, abhängig vom Holzpreis
III-2-5 + 6 Halle		1,50	70					Borkenkäfer-Fichten inkl. Verkehrssicherung
V-1 Gemeindebuckel		0,30	30					Verkehrssicherung
V-2 Gemeindebuckel	5					0,20	1	Zaunabbau, Protzenentnahme und entnahme Käferfichten
VI-2 Kaiselsberg		0,10	10					Borkenkäfer-Fichten
VI-3 Kaiselsberg		2,50	150					Kronenpflege, Auslesedurchforstung
Summe Holzernte (Plan)	130	10,90	650	0,00	0	0,20	1	
jährlicher Hiebsatz (SOLL)	365	10,50	450	0,21	5	0,18	0	

Kosten

Holzernte in Regie 19.500 Euro (25 € / lfm)

Jungbestands-) Pflege 4.000 Euro

Wegebau 4.000 Euro (10 € / lfm)

Rückweg (Erdweg) im Schweiztal (III-1-4 + 1 Schellenberg): Erdarbeiten mit dem Bagger

Unvorhersehbares 4000 Euro

Für die Bereiche Forstkultur und Forstschutz sind keine konkreten Maßnahmen geplant. Vorsorglich sollten für unvorhersehbare Ereignisse(wie z.B. Unwetter, Kalamitätsschäden oder starke Beschädigungen an den Forstwegen im Zuge der Holzabfuhr) im Haushalt 2019 Haushaltsmittel in Höhe von 4000 Euro bereitgestellt werden.

Summe**31.500 Euro**

Herr Rupprecht bemerkt, dass lt. Forstwirtschaftsplan 2017 eine Holzernte von ca. 10 lfm vorgesehen war. Tatsächlich betrug die Einschlagmenge jedoch nur 2,7 lfm. Dies ist jedoch nicht als problematisch zu sehen, da die Holzernte variieren kann. In Haibach gibt es wenige Jungbestände, hier wird ein Augenmerk auf die Aufforstung gelegt.

Durch den Borkenkäferbefall bei den Fichten bzw. durch Sturmschäden kam es im letzten Jahr und weiter bis März d.J. zu ungeplanten Rodungen. Vor Beginn des Frühjahrs müssen die Rodungen der befallenen Fichten abgeschlossen sein, um einen Neubefall zu vermeiden. Wenn dies nicht gelingt, können 3 x jährlich bis zu 20 neue Bäume befallen werden.

Herr Rupprecht erklärt, dass der Borkenkäfer sich in der Rinde befindet, sobald Borkenmehl am Stammende und eine rote Krone zu erkennen sind, ist schnelles Handeln erforderlich. Möglich wäre auch eine Entrindung, dies ist jedoch eine aufwendige Methode, zumal auch die entsprechenden Maschinen teuer sind.

Da der Borkenkäfer nur unter der Rinde „arbeitet“, kann das Holz ohne weiteres an Sägewerke bzw. für den Eigenbedarf, z.B. Bauhof, genutzt werden.

Für die künftigen Holzrückearbeiten sind neue und bessere Wege im Haibacher Wald erforderlich. Es müssen z.T. bestehende Wege befahrbar gemacht werden, damit dort auch Holz-LKW's fahren können. Eine Ringerschließung wäre hier sinnvoll.

Das Haibacher Holz wird im Bauhof verarbeitet zu Zäunen und für Gehege im Wildpark, die Grillhütte in der Haibacher Schweiz wurde erneuert und eine Fußgängerbrücke im Haibacher Schweiztal angefertigt.

Die Kosten für den Forstwirtschaftsplan belaufen sich auf ca. 31.500 EUR.

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass der Holzverkauf fast kostendeckend mit dem Aufwand ist.

Im Haushalt 2019 ist die Position für den Wegebau berücksichtigt. Er dankt für die ausführlichen Informationen.

5. Durchführung eines Bauleitverfahrens für das Bauvorhaben Pflegeheim am Wendelberg

Sachverhalt:

Dieser Tagesordnungspunkt wird aufgrund eines Antrags zur Geschäftsordnung von der heutigen Sitzung genommen.

6. Lagerraum in der Dr.-Albert-Liebmann-Schule

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 18.12.2018 hat der 1. Haibacher VW / Opel Club e.V. den Antrag gestellt, einen Lagerraum von der Gemeinde Haibach zur Verfügung gestellt zu bekommen. Die Vereinsutensilien sind momentan in verschiedenen Privathaushalten im ganzen Landkreis Aschaffenburg verteilt. Dieser Zustand bedeutet bei Veranstaltungen, wie z.B. die „Weihnachtsandacht an der Marien-kapelle“, einen sehr hohen logistischen Aufwand. Nach der letztjährigen Weihnachtsandacht konnten Teile der Weihnachtshütte/n in der Fahrradhalle an der Schule gelagert werden. Aber diese muss jetzt,

aufgrund der beginnenden Bauarbeiten für den Kinderhort, wieder geräumt werden.

Ebenfalls im Dezember beantragte der Ringerverein Felsenfest Haibach e.V. die Überlassung von Räumlichkeit zum Lagern von Vereinsmaterial. Dies ist momentan ebenfalls zum einen auf viele Privathaushalte verteilt und zum anderen in der Kultur- und Sporthalle gelagert. Auch der Ringerverein möchte sein Material gerne zentral aufbewahren und dafür wäre der kürzlich vom Trachtenverein D'Buchbergler frei gewordene Lagerraum hierfür ideal. Dieser Antrag wurde mit Schreiben vom 31.01.2019 nochmals bekräftigt.

Mit Schreiben vom 15.01.2019 stellte auch der Sportclub Cosmos Haibach 1984 e.V. den Antrag, den bisher vom Trachtenverein D'Buchbergler genutzten Lagerraum in der Dr.-Albert-Liebmann-Schule zur Verfügung gestellt zu bekommen. Die Vereinsutensilien sind derzeit größtenteils in der Scheune der Familie Bahmer in der Schollstraße gelagert. Von diesen wurde der Verein jetzt gebeten, die Scheune schnellstmöglich zu räumen.

Es sollte deshalb ein Beschluss gefasst werden, ob der freie Lagerraum in der Dr.-Albert-Liebmann-Schule grundsätzlich wieder an einen Verein vergeben wird.

Sinnvoll wäre evtl. aber auch, den Raum als Lagerraum, z.B. für die kommenden Wahlen (Europawahl 2019, Volksentscheid 2019, Bürgermeisterwahl 2020, Gemeinderatswahl 2020, Kreistagswahl 2020, Bundestagswahl 2021), für die Gemeinde selbst zu verwenden.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt zu den Ausführungen, dass auch die Möglichkeit besteht, eine oder maximal zwei Garagen des alten Feuerwehrhauses als Lagerflächen mit Hochregalen zu nutzen. Man sollte jedoch auch daran denken, dass an Kirchweih die weiteren 2 Garagen von der Feuerwehr oder auch der Edelweiß genutzt werden. Hier sollte man eine Lösung finden.

GR Dietmar Kempf-Blatt bemerkt, dass ihm gegenüber der VW/Opel Club geäußert hat, dass der Club sein Material zusammen mit den Utensilien des Wandervereins unterstellen könnte.

Dies bestätigt auch **GR Claus Rückert**.

GR Toni Stahl sieht die Problematik darin, dass sich 3 Vereine um einen Raum bewerben. Er hat die Örtlichkeiten gesehen und schlägt vor, dass eine Box im alten Feuerwehrhaus mit einem Bauzaun abgetrennt werden sollte. Nach seiner Meinung sollten drei Boxen für Festivitäten frei bleiben. Des Weiteren schlägt er vor, dass der freigewordene Raum in der Schule nun von dem Sportclub Cosmos genutzt werden sollte und die Ringer dann den Raum, der bisher von Cosmos genutzt wurde, für ihre Materialien nutzen sollten.

Den Vorschlag finden die Anwesenden akzeptabel.

Ringervorstand Herrmann Mantel informiert, dass die Ringer zwei Fahnen besitzen, die zum Teil Schimmelflecken haben. Ebenso sind Pokale vorhanden, die entsprechend aufgestellt werden sollen. Er würde eine Einigung, die für alle Vereine in Ordnung wäre, begrüßen.

GR Claus Rückert möchte wissen, was mit den in der FFW-Garage gelagerten Betten und Matratzen passieren soll.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass diese dem Freistaat Bayern gehören. Sie sollten längst abgeholt werden. Es ist vorgesehen, dass die Gemeinde etwa 20 davon erwirbt für die jährlich stattfindenden Jugendaustausche mit Marck.

Beschluss

Die Einlagerung von Vereinsgegenständen erfolgt gemäß Vorschlag von GR Toni Stahl und Einverständnis der beteiligten Vereine.

Abstimmungsergebnis: ja: 20 nein: 0

7. Allgemeines

7.1. Information von Bgm. Andreas Zenglein:

Einladung zum Spatenstich Neubau Kinderhort:

Freitag, 15.02.2019, um 13:30 Uhr, an der Baustelle, anschließend Umtrunk in der Aula der Volksschule.

Einladung zur Fahrt nach Marck

Freitag, 05.07. bis Sonntag, 07.07.2019, zur Einweihung des neu gestalteten Place de l'Europe in Marck. Die Anwesenheit von Gemeindevertretern ist gewünscht.

Bei genügend Anmeldungen wird ein Bus angemietet bzw. eventuell auch mit PKW gefahren. Entsprechende Einladungen liegen heute aus.

7.2. Gaststätte Ritter Heydebach

GR Claus Rückert bittet um Klärung bezüglich der Nutzung der Gaststätte durch Sportler. Ihm wurde mitgeteilt, dass Sportler in Trainingskleidung dort nicht mehr erwünscht sind.

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass er diesbezüglich bereits ein Gespräch mit dem Pächter geführt hat und dies eigentlich geklärt ist.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **13.03.2019** genehmigt.

Andreas Zenglein

Erster Bürgermeister

Silvia Reiling

Verw.ang.

SITZUNG

des

GEMEINDERATES**Sitzungstag: Mittwoch, 13. März 2019****Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 21:45 Uhr
Haibach, Rathaus**

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
---------------------------	-----------------	---

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Horst Hock	2. Bürgermeister	
Michael Albert	Gemeinderat	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Josef Farrenkopf	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Richard Hein	Gemeinderat	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Eva Rückert	Gemeinderätin	
Tobias Rückert	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Abwesend:

Andreas Först	Gemeinderat	
Jürgen Großmann	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Torsten Redeker	Gemeinderat	

Schriftführer		
Silvia Reiling		

Verwaltung		
Michael Müller		
Martin Volk		
Thomas Wenzel		

Tagesordnung

Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Bürgerfragestunde
3.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 06.02.2019
4.	Sachstandsbericht der Verwaltung
5.	Verabschiedung des Haushalts- und Finanzplanes 2019 mit Anlagen
6.	Parkfläche an der Zufahrt zur Büchel
7.	Straßenbaumaßnahmen 2019
8.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 16 erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

Er begrüßt ebenso die zahlreichen interessierten Bürgerinnen und Bürger, die wohl heute zur Bürgerfragestunde anwesend sind.

2. Bürgerfragestunde**Sachverhalt:**

Bgm. Andreas Zenglein begrüßt die Bürgerinnen und Bürger zur heutigen Bürger-fragestunde und fragt nach Wortmeldungen

Wortmeldung von Fäth, Herbert – Verkehrszählung

Herr Fäth möchte Informationen zur versprochenen Verkehrszählung in der Büchel-bergstraße.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass die Endergebnisse noch nicht vorliegen, da noch nicht alle Zählungen durchgeführt wurden. Es liegen aber Zahlen aus dem Jahr 2018 aus den bisher durchgeführten Zählungen vor.

Herr Fäth regt an, im Bereich Freiheitsstraße zur Müllerstraße einen Zebrastreifen anzulegen. Er sieht hier eine „Gefahrenquelle“ unter anderem für Schulkinder, die hier die Freiheitstraße überqueren.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass dies laut Aussage der Polizei u.a. wegen der Gefällstrecke in diesem Bereich nicht möglich ist. Ein ähnlicher Antrag wurde schon einmal gestellt, bei den damaligen Gesprächen mit der Polizei wurde als Kompromiss das Piktogramm „Achtung Schulweg“, aufgebracht auf der Straße, angeboten. Weitere Maßnahmen wurden nicht empfohlen. Er wird sich jedoch nochmals mit den zuständigen Sachbearbeitern der Behörde in Verbindung setzen.

In der kommenden Sitzung des Bauausschusses wird ein Antrag vorgestellt, in dem im kompletten Kreuzungsbereich Freiheits-/Büchelberg-/Haidebach-/Rohrbachstraße Straßenquerungen beantragt werden. Hierzu wird ebenfalls ein Gespräch mit der Polizei erforderlich sein. Dabei könnten alle Fragen angesprochen werden.

Er bezieht sich auf ähnliche Anträge, die zur Sicherung des Schulweges gestellt wurden, unter anderem auch im Bereich Großmannstraße zur Fischergasse. Hier wurde seitens der Polizei als Kompromisslösung die Markierung „30“ auf der Fahrbahn genehmigt. Die Polizei warnt im

Zusammenhang mit der Erstellung von Zebrastreifen davor, mit diesen eine „suggerierte Sicherheit“ vorzugeben, die von den Fußgängern so betrachtet wird, jedoch von den Autofahrern oftmals nicht entsprechend beachtet wird.

Wortmeldung Bonn, Helmut - Sammeltaxi

Herr Bonn berichtet über Probleme, die er bei der Bestellung und Nutzung des Sammeltaxis von Dörmorsbach nach Haibach hat. Selbst Herr Müller im Rathaus ist es nicht gelungen, ein Sammeltaxi ans Rathaus zu bestellen.

GIB Michael Müller erklärt, dass er nunmehr nach mehreren Telefonaten erreicht hat, dass die Fahrer dieses Unternehmens entsprechend sensibilisiert werden und die Bestellung eines Sammeltaxis nun funktionieren „müsste“.

Herr Bonn schlägt hierzu noch vor, die entsprechenden Abfahrtszeiten zur Nutzung dieses Sammeltaxis nochmals im Mitteilungsblatt zu veröffentlichen.

Dieser Vorschlag wird aufgenommen.

Wortmeldung Bonn, Helmut - Rückzahlung von Straßenbaukosten Ringstraße

Herr Bonn führt aus, dass 1983 in der Ringstraße Dörmorsbach Bauplätze ausgewiesen und von den Anliegern die Straßenbaukosten bezahlt wurden. Er möchte wissen, wo dieses Geld hingeflossen ist. Da noch nicht alle Plätze bebaut sind, können hier noch neue Anlieger dazu kommen, dann müsste nach seiner Meinung eine Rückzahlung der gezahlten Gelder an die seitherigen Anlieger erfolgen. Wie ist dies in der Gemeinde Haibach vorgesehen?

Bgm. Andreas Zenglein verweist in seiner Antwort auf das Solidarprinzip und sähe hier eine unübliche Vorgehensweise, die auch in dieser Form noch nicht aufgetreten ist. Bei mehreren Neuerschließungen in Baugebieten war es üblich, dass 25 % der Umlegungskosten von den neuen Anliegern zu zahlen waren. Er sieht dies jedoch keinesfalls als Bereicherung der Gemeinde an. Die Gemeinde leistet den Sachaufwand für die Straßen,

wie z. B. Winterdienst und entsprechend notwendige Reparaturarbeiten. Wenn dies so nicht erfolgen würde, dann wären immer die Anlieger jeder Straße für diese Kosten alleine zuständig.

Herr Bonn erklärt, dass er damals seitens der Gemeinde Dörmorsbach aufgefordert wurde, einen Betrag in Höhe von 2.000 DM zu leisten, da sein Anwesen zur Dörmorsbacher Straße erschlossen ist, jedoch ein Eckgrundstück zur Ringstraße hin ist.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass dies außerhalb seines Kenntnisbereichs ist, wie dies in Dörmorsbach gehandhabt wurde. Nach der seitherigen Straßenausbausatzung wäre die Kostenverteilung als Eckgrundstück ebenfalls eine andere gewesen. Die allgemeinen Straßenkosten werden mit solchen Beiträgen abgedeckt.

Herr Bonn würde sich dafür interessieren, welche Abstimmung ein solcher Antrag im Gemeinderat hätte.

Bgm. Andreas Zenglein teilt nochmals mit, dass diese Regelung so nicht bekannt ist und die Gelder ohnehin für die Kosten der Straßenpflege etc. benötigt werden.

Herr Adams fragt in diesem Zusammenhang, ob die Gemeinde bei den Abrechnungen zu Straßenausbauten so viel Geld eingenommen hat, dass davon übrig blieb.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass dieses Delta immer zu Lasten der Gemeinde geht. Wenn Grünflächen neu erschlossen werden, dann werden diese Einnahmen zu Straßenbauzwecken verwendet.

Bezüglich der Anfrage von Herrn Bonn wird er sich erkundigen.

3. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 06.02.2019

Sachverhalt:

Das Protokoll der Sitzung des Gemeinderates vom 06.02.2019 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

Nachgenehmigung zum Protokoll des Gemeinderates vom 14.11.2018

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass bei der Zusammenstellung des Jahresprotokolls aufgefallen ist, dass zu den

Die erforderliche Ergänzung lautet:

Abstimmungsergebnis: ja: 12 nein: 6

Dies wird noch in das Protokoll mit aufgenommen und hiermit genehmigt.

Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0

Ausführungen Ziffer 25 - Eingabe des Herrn Bastian Stenger –

das Abstimmungsergebnis des Beschlusses nicht aufgeführt ist.

4. Sachstandsbericht der Verwaltung

Sachverhalt:

Projekt	Zuständigkeit	Sachstand	Erledigung bis
Ortskerngestaltung	GL/GR	Pläne an Fraktionen weitergeleitet, nächste Beratung voraussichtlich Frühjahr/Sommer 2019	Offen
Gemeindeverbindungsstraße 2.BA	Bauamt	Rodungsarbeiten sind abgeschlossen. Zulassung zur Ausschreibung liegt vor. Ausschreibung wird erstellt.	April 2019
Radweg GV-Straße 1.BA	Bauamt	Derzeit Bauausführung	April 2019

Knotenpunkt St 2312/ Großmannstraße:	Bauamt	Derzeit Bauausführung	April 2019
Erdumschlagsplatz Wendelberg	Bauamt	Abschließendes Behördengespräch wegen Nutzung einer Teilfläche als Erdumschlagsplatz für gemeindliche Maßnahmen steht aus.	Offen
Aschaffener Straße	Bauamt	Zurückgestellt. Ausschreibung voraussichtlich Frühjahr 2020	2020
Sanierung HB Buch	Bauamt	Derzeit Bauausführung	August 2019
WSG Br. 71/ Spatgrube	Bauamt	Grenzen des Wasserschutzgebietes sind mit WWA/LRA abgestimmt. Einleitung Wasserrechtsverfahren	Offen
Knotenpunkt St 2312/ Sponackerweg (Adler)	Bauamt	Vorbereitung der Ausschreibung Tiefbau voraussichtlicher Beginn: Juli 2019	Offen
Brunnen Kirchenelsengrund	Bauamt	Historische Erkundung durch PeTerra abgeschlossen. Zusätzliche Rammkernsondier-Bohrungen in Verdachtsfläche 1 erforderlich und beauftragt. Untersuchung Verdachtsflächen 2 u. 3 in Vorbereitung.	März/April 2019
Außensportanlage Schule	Bauamt	Grundlagenermittlung abgeschlossen, Förderfähigkeit von der Regierung wurde bescheinigt, Förderantrag ist in Vorbereitung.	Offen
Wasserrechtsverfahren RÜB 80/90/91	Bauamt	Abstimmung mit Behörden	Offen
Kinderhort	Bauamt	Spatenstich am 15.02.2019	Beginn Schuljahr 2020/2021
PV Anlage Feuerwehrhaus	Bauamt	Auftrag erteilt. Montage: Mitte März 2019	März 2019
B- Planänderung Sommeracker Weg	GL	Erneute Auslegung und Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange bis einschließlich 15.03.2019	Offen
Seniorenwohnheim Wendelberg	GL/GR	Bauvoranfrage zur Prüfung im LRA. Keine Verbescheidung durch das LRA – ausstehende Behandlung der Frage, ob die Bauleitplanung vorangetrieben werden soll oder ob Standortalternativen aufgegriffen werden sollen. Behördengespräch mit der Regierung von Unterfranken und der Kreisbaumeisterin steht noch aus.	Offen
Dünnschichtasphalt-Sanierung	Bauamt	Festlegung der Straßen mit Sanierungsbedarf, anschließend Angebotseinholung	Heutige Sitzung; Offen
Umstellung / Erneuerung Straßenbeleuchtung in LED	Bauamt	Haushaltsmittel wurden im Haushalt veranschlagt, konkretes Angebot wird beim Netzbetreiber eingeholt	Offen; 2019-2023

5. Verabschiedung des Haushalts- und Finanzplanes 2019 mit Anlagen**Sachverhalt:**

Bgm. Andreas Zenglein führt zur Verabschiedung des Haushalts 2019 aus:

1. Allgemeines

Der Ergebnishaushalt schließt

mit dem Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von 16.238.200 Euro, dem Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von 15.551.200 Euro, einem Finanzergebnis von -14.800 Euro und dem Saldo (Jahresergebnis) von 672.200 Euro ab.

Im Finanzhaushalt belaufen sich die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 15.327.800 Euro und die Auszahlungen auf 13.443.000 Euro.

Daraus errechnet sich ein Saldo in Höhe von 1.884.800 Euro.

Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit belaufen sich auf 3.137.900 Euro und die Auszahlungen auf 11.617.000 Euro. Der Saldo beträgt somit -8.479.100 Euro.

Der Saldo aus der Finanzierungstätigkeit beläuft sich auf 158.100 Euro.

Dies entspricht den vorgesehenen Tilgungsleistungen für Kredite.

Die **Umlagekraft** (ist die Summe der Steuerkraftzahlen aus der Grund- und der Gewerbesteuer sowie den Beteiligungen an der Einkommen- und Umsatzsteuer zuzüglich 80% der Schlüsselzuweisung) der Gemeinde ist von 7.715.066 € (904,57 €/ Einwohner) im Jahre 2018 auf nunmehr 9.434.455 € (1.111,77 €/ Einwohner) gestiegen.

Dies entspricht einer **Mehrung** um **1.719.389 € (= 22,3 %)**.

Im Landkreis belegen wir damit Platz 9 (Vorjahr: 24) und im Freistaat Bayern Platz 601 (Vorjahr: 1426).

Ursache hierfür sind die wesentlich höheren Einnahmen bei der Gewerbesteuer 2017.

Diese beliefen sich auf ca. 2.101.100€ (2016: 1.456.900€).

Hinzu kommen noch die Mehreinnahmen aus den Schlüsselzuweisungen von ca. 994.200€.

Die **Steuerkraftzahlen** (hier wird die Schlüsselzuweisung nicht mitgerechnet) zeigen ein wesentlich deutlicheres Bild über die Höhe Steuereinnahmen.

Im Jahr 2018 belief sich die Steuerkraft auf 7.202.880 (844,52 €/Einw.) während im Jahr 2019 ein Betrag von 8.126.903 (997,68 €/Einw.) zu verzeichnen ist.

Daraus errechnet sich ein Plus von 924.023 € (12,8%).

Im Landkreis belegen wir damit Platz 9 (2018: 14) und im Freistaat Bayern Platz 661 (2018: 803).

2. Ergebnishaushalt

Die größte Einnahmequelle ist nach wie vor die **Einkommensteuerbeteiligung**.

Sie ist im vorliegenden Haushaltsentwurf mit 6.500.000 € veranschlagt.

Dies sind ca. 350.000 € mehr als der Ansatz des Jahres 2018.

Als Ausgleich für die Änderungen des Einkommensteuerrechts (Familienleistungsausgleich) erhalten die Gemeinden **Einkommensteuerersatzleistungen**. Diese belaufen sich voraussichtlich auf **480.000 €** gegenüber **455.000 €** im Jahre 2018.

Die Einnahmen bei der **Gewerbesteuer** beliefen sich im Jahr 2018 auf ca. 2.095.900€. Hierin enthalten sind einige einmalige Steuernachzahlungen aufgrund von Betriebsprüfungen.

Im Jahr 2019 ist mit einem erheblichen Rückgang zu rechnen. Die Gewerbesteuer ist deshalb mit einem Betrag von 1.300.000 € veranschlagt.

Als Ausgleich für den Wegfall der Gewerbekapitalsteuer werden die Gemeinden seit 1998 an der **Umsatzsteuer** beteiligt. Veranschlagt wurde ein Betrag von **330.000 €** (2018: 336.000 €).

Die Einnahmen bei den **Grundsteuern** weisen gegenüber dem Haushaltsansatz 2018 nur eine leichte Steigerung auf. Sie sind

veranschlagt mit **848.200 €** (Vorjahr 845.200 €).

Die **Hebesätze** der **Grundsteuern** betragen weiterhin 310 v. H. Der Landesdurchschnitt vergleichbarer Gemeinden lag 2017 für die Grundsteuer -A- bei 340,6 v. H. und bei der Grundsteuer -B- bei 335,9 v. H.

Der Hebesatz der **Gewerbsteuer** beträgt weiterhin 320 v. H. und entspricht damit in etwa dem Landesdurchschnitt (328,7 v. H.) vergleichbarer Gemeinden.

Die **Schlüsselzuweisungen** dienen dazu, die Unterschiede in der Finanzkraft der bayerischen Gemeinden teilweise auszugleichen (siehe oben). Aufgrund der **gestiegenen Steuerkraft** vermindert sie sich um ca. 291.900 € auf nunmehr ca. 1.342.500 € (2018: ca. 1.634.400 €).

Der Hebesatz der **Kreisumlage** beträgt 40,5%. Der von uns zu zahlende Betrag beläuft sich auf ca. **3.821.000 €** (2018: 3.201.800 €). Dies entspricht Mehrausgaben von ca. 619.200 €.

Aufgrund der geschätzten Gewerbesteuer-einnahmen errechnet sich eine **Gewerbesteuerumlage** i. H. v. ca. 260.000 €.

Die Entwicklung der Steuereinnahmen und der Umlagen ist in den beigefügten Grafiken nochmals dargestellt.

Die **Personalausgaben** in allen Bereichen inkl. Nebenausgaben, Sozialleistungen und Schule sind im **Haushalt 2019** mit **3.222.100 €** (**2018: 3.321.600 €**) veranschlagt.

Dies entspricht einem Anteil von 20,72% (2017: 21,37%) der ordentlichen Aufwendungen des Ergebnishaushaltes.

Für **Zuschüsse und soziale Leistungen** (vgl. Anlage 1) an Vereine, Kirchen usw. ist im Haushalt ein Betrag in Höhe von ca. 4.931.200 € vorgesehen.

Hierin enthalten sind auch die Kosten für den Neubau des Kinderhortes i. H. v. 3.200.000 €.

3. Investitionen

Für den Neubau des **Bauhofes** werden noch Haushaltsmittel von **20.000 €** benötigt.

Es handelt sich hierbei um Schluss honorare für Architekten und Ingenieure.

Hinzu kommen die Ausgaben für Ausstattungsgegenstände und Fahrzeuge.

Hierfür sind weitere **35.000 €** vorgesehen.

Der Erwerb eines Mannschaftstransportwagens für die Feuerwehr erfordert Mittel von 75.000 €.

Die Zuwendungen für die das Fahrzeug sind mit 12.500 € veranschlagt.

Weiterhin werden für die Beschaffung von Ausstattungsgegenständen noch 48.000 € bereitgestellt.

Für den Einbau einer **Klimatisierungsanlage** im **Feuerwehrhaus** ist ein Betrag von 50.000 € vorgesehen.

Außerdem soll noch eine Photovoltaikanlage auf dem Dach des Feuerwehrhauses errichtet werden. Hierfür werden Gelder von 12.000 € benötigt.

Für die Sanierung des **Hallendaches** im Bereich Schwimmbad sind 6.000 € vorgesehen.

Die Anschaffung von **Ausstattungsgegenständen** (Schulmöbel, Neuausstattung Küche usw.) für die Schule schlägt mit **86.000 €** zu buche.

Im Rahmen des Programmes „**Digitales Klassenzimmer**“ werden für neue Hardwarekomponenten **40.000 €** benötigt. Allerdings sind hier auch Zuweisungen des Freistaates Bayern von ca. 35.000 € eingeplant.

Haushaltsmittel in Höhe von **163.000 €** sind für die **Neugestaltung der Außensportanlagen** der Schule vorgesehen. An Zuweisungen wird ein Betrag von 80.000 € erwartet.

Erneuert werden muss auch die **Heizungsanlage** der Schule. Die Ausgaben hierfür sind mit einem Betrag in Höhe von **300.000 €** veranschlagt.

Im **Wildpark** sind Haushaltsmittel i. H. v. **30.000 €** für den Neubau von Wegen, Gehegen und Rückhaltebecken veranschlagt.

Neue Räumlichkeiten müssen für den **Kinderhort** geschaffen werden.

Hierfür werden voraussichtlich Haushaltsmittel von 3.200.000 € benötigt. In den Jahren 2019

und 2020 sind noch einmal Beträge von insgesamt 1.700.000 € vorgesehen.

An staatlichen Zuwendungen wird insgesamt ein Betrag von ca. 1.180.000 € erwartet.

Für die Fortsetzung der Sanierungsarbeiten (Neugestaltung) an den **Spielplätzen** sind 50.000 € eingeplant.

Mit der **Modernisierung der Kultur- und Sporthalle** wurde im Jahr 2015 begonnen. Für die baulichen Maßnahmen ist heuer ein Betrag von 750.000 € und für die Anschaffung von Ausstattungsgegenständen sind 15.000 € veranschlagt.

Im Rahmen der Planung der Ortsmitte wird wohl in den nächsten Jahren auch eine Sanierung des **Jugend- und Vereinshauses** erfolgen müssen.

Für die Jahre 2019 bis 2021 sind deshalb 335.000 € in den Haushalt eingestellt.

Der **Kreuzungsbereich Findberg-/Großmann -/Würzburger Straße** wird umgestaltet.

Diese Baumaßnahme steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Sanierung der Großmannstraße und der Erneuerung der Ortsverbindungsstraße nach Dörmorsbach.

In diesem Bereich wird nicht nur die Straße sondern auch die Wasser- und Kanalleitung erneuert.

Die Gesamtmaßnahme erfordert Gelder von 1.050.000 €. Ein Betrag von 725.000 € ist als Zuwendungen für den Straßenbau zu erwarten.

Für den Komplettausbau der **Großmannstraße (Kanal-, Wasserleitung und Straßenbau)** ist ein Restbetrag in Höhe von insgesamt 680.000 € veranschlagt.

Die **Aschaffener Straße** soll im Jahr 2020 ausgebaut werden. Für die Neuplanung der Versorgungsleitungen und des Straßenausbaues ist ein Betrag von 40.000 € vorgesehen.

Der Ausbau der **Ortsverbindungsstraße** nach **Dörmorsbach** soll fortgesetzt werden.

Im Jahr 2019 werden hierfür voraussichtlich Gelder von 1.900.000 € benötigt. Darin enthalten sind auch die Kosten für die Erneuerung des Kanals und der Wasserleitung im Bereich der Findbergstraße.

An staatlichen Zuwendungen ist ein Betrag von 700.000 € eingeplant.

Parallel dazu soll auch ein **Radweg** erstellt werden.

Hierfür sind Ausgaben von 650.000 € vorgesehen.

Die Zuwendungen des Freistaates Bayern dürften sich auf 325.000 € und die des Landkreises Aschaffenburg auf 113.000 € belaufen.

Am **Ortseingang von Dörmorsbach** soll der Einmündungsbereich der Straße von Gailbach umgestaltet werden. Die Bauleitung wird vom Landkreis Aschaffenburg durchgeführt. Der Anteil der Gemeinde Haibach ist mit 100.000 € geschätzt.

Ebenfalls umgestaltet wird der **Kreuzungsbereich** im Bereich des **Modehauses „Adler“**.

Die Baukosten inkl. Kanal und Wasserleitung sind mit 450.000 € geschätzt. An Zuwendungen ist ein Betrag von 150.000 € eingeplant.

Die Bauleitung für diese Maßnahme übernimmt das staatliche Bauamt.

In einem Teilbereich der **Rathausstraße** wurde die Wasserleitung ausgetauscht. Hierfür werden nochmals Haushaltsmittel von 30.000 € benötigt.

Die Neufestsetzung des **Wasserschutzgebietes für den „Brunnen 71“** schlägt mit 15.000 € und die wasserrechtliche **Erlaubnis für den Brunnen „Kirchen-Elsengrund“** mit 50.000 € zu Buche.

Im letzten Jahr wurde mit der schrittweisen Sanierung des **Hochbehälters Buch** begonnen.

Im laufenden Jahr ist deshalb ein Betrag von 600.000 € veranschlagt.

Im Bereich des Haibacher Schweiztales muss ein Teil des **Kanalsammlers** erneuert werden. Hierfür sind zunächst Planungskosten von 40.000 € vorgesehen.

Zusätzlich werden für die **Hochwasserfreilegung** in diesem Bereich und den Anschlusssammler nach Schweinheim weitere Haushaltsmittel von 150.000 € benötigt.

Für die **hydraulische Überrechnung und digitale Erfassung** der Kanalnetze in Dörmorsbach und Haibach ist ein Betrag von insgesamt 66.000 € bereitgestellt.

Die Steuerungseinheiten der **Regenüberlaufbauwerke FB 80, 90 und 91** müssen saniert werden. Im Haushalt ist ein Betrag von 60.000 € vorgesehen.

In den nächsten Jahren soll die **Straßenbeleuchtung** sukzessive mit **LED-Lampen** ausgestattet werden. Mit der Umstellung soll im OT Dörmorsbach begonnen werden.

Im Haushalt sind deshalb 60.000 € eingeplant. In den folgenden vier Jahren ist jeweils ein Betrag von 170.000 € vorgesehen.

Eine neue **Stützwand** wird im **Friedhof Grünmorsbach** benötigt.

Hierfür werden im Haushalt 80.000 € bereitgestellt.

Die Ausgaben für die **Tilgung** von Krediten sind mit **158.100 €** veranschlagt.

Auf der **Einnahmeseite** ist der Verkauf eines Baugrundstücks in Dörmorsbach mit einem Gesamtbetrag von 85.000 € veranschlagt.

Zuwendungen des Freistaates Bayern für Baumaßnahmen und Beschaffungen von beweglichen Anlagegütern sind in Höhe von 3.092.900 € vorgesehen.

Darin enthalten ist auch die Straßenausbaupauschale (Ersatz für den Wegfall der Straßenausbaubeiträge) von ca. 56.100 €.

An **Beiträgen** (Rohrnetzkosten- und Kanalherstellungsbeiträge) dürfte ein Betrag von 45.000 € zu erwarten sein.

4. Finanzplanung

Die **Finanzplanung** wird vor allem durch die Fortsetzung der Sanierungsarbeiten an den Ortsstraßen, die Errichtung eines Hortes, den Ausbau der Ortsverbindungsstraße nach Dörmorsbach und die künftigen Sanierungsarbeiten an der Wasserversorgung und am Kanalnetz geprägt.

Aufgrund des vorliegenden **Investitionsplanes** werden in den Jahren 2019 bis 2022 Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen mit einem Volumen von ca. **22,942 Mio. €** (ohne Berücksichtigung von Zuwendungen) zur Ausführung gelangen.

Nach dem derzeitigen Stand werden für die geplanten Maßnahmen (in den Jahren 2019 – 2022) **Kreditaufnahmen** in Höhe von 800.000 € benötigt.

Die Gesamtverschuldung wird sich bis Ende 2022 auf ca. 1.090.000 € belaufen.

Die Finanzlage der Gemeinde kann derzeit als geordnet bezeichnet werden.

Bei vollständiger Ausschöpfung der Einnahmequellen müssten die laut Finanzplanung beabsichtigten Investitionen – soweit derzeit absehbar – mit der Leistungsfähigkeit der Gemeinde in Einklang stehen.

5. Entwicklung der wichtigsten Einnahmen und Ausgaben

	€	€	€
<u>Ergebnishaushalt</u>	2017	2018	2019
	Ergebnis	Ansatz	Ansatz
Ordentliche Erträge	16.554.835,63	16.318.300	16.238.200
Ordentliche Aufwendungen	15.516.064,73	15.542.300	15.551.200
<u>Finanzhaushalt</u>			
Einzahlungen Investitionstätigkeit	1.458.836,22	1.759.300	3.137.900
Auszahlungen Investitionstätigkeit	4.857.928,09	7.380.200	11.617.000

5.1 Die Erträge des Ergebnishaushaltes verteilen sich wie folgt:

	2017 Ergebnis	2018 Ansatz	2019 Ansatz
Grundsteuer A	3.231,91	3.200	3.200
Grundsteuer B	844.253,91	842.000	845.000
Gewerbsteuer	2.096.299,35	1.600.000	1.300.000
Einkommensteuerbeteiligung	6.184.221,00	6.150.000	6.500.000
Umsatzsteuerbeteiligung	244.080,00	336.000	330.000
Schlüsselzuweisung	640.232,00	1.634.400	1.342.500
Allg. Zuweisungen v. Land	216.970,17	223.000	228.000
Konzessionsabgabe Gas	13.390,19	13.000	13.000
Konzessionsabgabe Strom	209.232,12	216.000	216.000
Kanalbenutzungsgebühren	790.152,86	750.000	840.000
Wasserverbrauchsgebühren	799.200,85	830.000	863.000

5.2 Die Aufwendungen des Ergebnishaushaltes verteilen sich wie folgt:

	2017 Ergebnis	2018 Ansatz	2019 Ansatz
Gewerbsteuerumlage	449.766,00	343.000	260.000
Kreisumlage	3.676.885,43	3.884.100	3.740.500
Personalaufwendungen	3.190.697,40	3.321.600	3.222.100
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.999.866,31	2.470.800	2.577.900
Planmäßige Abschreibungen	2.220.326,81	2.043.200	2.237.800
Transferaufwendungen	6.480.628,12	6.695.900	6.478.700
Sonstige ordentliche Aufwendungen	867.273,39	1.010.000	1.034.700
Betriebskostenumlage Stadt	345.962,30	335.000	337.500
Betriebskostenumlage Zweckverband Aschafftal	118.099,12	130.000	140.500
Zinsen an den Kreditmarkt	57.186,67	57.000	28.800
Ergebnishaushalt Jahresergebnis	1.034.880,35	743.000	672.200

6. Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen 2019

Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens	482.000 €
Erwerb von Grundvermögen	207.500 €
Neubau Bauhof	20.000 €
Einbau Lüftungsanlage Feuerwehrhaus	50.000 €
Photovoltaikanlage Feuerwehrhaus	12.000 €
Dach Eingangsbereich Schwimmbad/M-Klassen	6.000 €
Heizung Schule Haibach	300.000 €
Außensportanlage Schule	163.000 €
Baumaßnahmen im Wildpark	30.000 €
Kinderhort in Haibach	3.200.000 €
Spielplätze	50.000 €
Planungskosten Stadion	23.000 €
Modernisierung Kultur- und Sporthalle	750.000 €
Sanierung Jugendhaus	35.000 €
Maßnahmen der Wasserversorgung	1.180.000 €
Zuschüsse an Sportvereine, kulturelle Vereine u. Kirchen	38.000 €
Kanalbaumaßnahmen	911.000 €
Straßenbaumaßnahmen (inkl. Parkplätze)	3.720.000 €
Straßenbeleuchtung	60.000 €
Weihnachtsbeleuchtung	5.000 €
Baumaßnahmen am Kompostplatz	22.000 €
Hochwasserfreilegung Schweiztal	150.000 €
Stützmauer Friedhof Grünmorsbach	80.000 €
Forstwirtschaftliche Wege (Bereich Sonneck)	60.000 €

7. Entwicklung des Vermögens

Der Vermögensstand wird durch die geplanten Investitionen weiter ansteigen.

Der Landesdurchschnitt vergleichbarer Gemeinden betrug 731 € (zum 31.12.2016).

Im Jahre 2019 werden für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen keine Kredite benötigt.

8. Entwicklung der Schulden

Der Schuldenstand zum 31.12.2018 betrug 967.063,37 €. Dies entspricht, bei 8.486 Einwohnern (Stand 31.12.2017), einer Prokopferschuldung von 113,96 €.

Die Tilgungsleistungen belaufen sich im Jahre 2019 voraussichtlich auf 158.100,-- €.

9. Ergebnishaushalt Jahresergebnis

Im Jahre 2019 wird sich das Jahresergebnis voraussichtlich auf 672.200 € belaufen.

Im Jahre 2020 beträgt es dann voraussichtlich 1.082.400 €.

Im Jahre 2021 werden es voraussichtlich 1.342.900 € und für das Jahr 2022 errechnet sich ein Betrag von 1.257.900 €.

10. Kostenrechnende Einrichtungen

Die kostenrechnenden Einrichtungen weisen im Haushaltsjahr 2019 im Ergebnishaushalt folgende Jahresergebnisse auf.

Bei der Abwasserbeseitigung beträgt das Jahresergebnis -41.000 €. Zu berücksichtigen ist hierbei allerdings, dass in den Ausgaben Kosten in Höhe von 10.000 € für die Untersuchung der Kanalisation mittels Videobefahrung vorgesehen sind, wobei diese Kosten in der Kalkulation der Benutzungsgebühren auf einen Zeitraum von 10 Jahren zu verteilen sind.

Die Kanalgebühren betragen 2,35 €/m³ (Vorjahr: 2,11€/m³) Abwasser.

Im Bestattungswesen beläuft sich das Ergebnis auf -182.400 €. Dies ist vor allem auf die arbeitsintensive Pflege der Friedhöfe (vor allem des Waldfriedhofes) zurückzuführen.

Bei der Wasserversorgung ergibt sich ein Jahresergebnis in Höhe von 68.000 €.

Der Wasserpreis beträgt netto 2,21 €/m³ (Vorjahr: 2,18 €/m³) Frischwasser zzgl. einer jährlichen Grundgebühr von 18,00 € (für den normalen Hauswasserzähler).

11. Kassenlage

Der Kassenkredit wurde 2018 teilweise (1.500.000 € bis Juni 2018) in Anspruch genommen.

In der Haushaltssatzung 2019 ist ein Betrag von 2.000.000,-- € vorgesehen

GR Toni Stahl führt aus, dass der Haushalt in 3 Sitzungen intensiv besprochen wurde. Zunächst gilt sein Dank dem Kämmerer Thomas Wenzel, der auch mahnende Worte bezüglich der anstehenden Ausgaben mit auf den Weg gegeben hat.

Die Pflichtaufgaben in diesem Jahr sind hauptsächlich in den Bereichen Straßenbau und Neubau des Horts mit jeweils etwa 3 Mio EUR zu sehen. Die Vorgabe des Gemeinderates, dass keine

Neuverschuldung entstehen sollte, wurde eingehalten.

Es ist noch zu erwähnen, dass durch den Antrag von GR-Kollegen Jürgen Großmann die Arbeiten an den Außensportanlagen hinzugenommen wurden. Durch den Antrag der SPD-Fraktion wurde die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik auf den Weg gebracht und somit die Einsparung des CO₂-Ausstoßes verringert.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat mit Vernunft und Weitblick konstruktive Beratungen geführt, dem vorgelegten Haushaltsentwurf wird die CSU-Fraktion geschlossen zustimmen.

GR Dietmar Kempf-Blatt erklärt, dass die SPD-Fraktion dem diesjährigen Haushalt ebenfalls zustimmen wird. Er dankt den Kolleginnen und Kollegen des Gremiums, und der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit. Nach seiner Meinung hätte man dank der guten Arbeit des Kämmerers Thomas Wenzel dem Haushalt gleich bei der ersten Vorlage zustimmen können.

Als Hauptprojekte sieht er den Neubau des Kinderhorts, die Erneuerung der Ortsverbindungsstraße 2. BA mit Radweg und die beiden Kreuzungsbereiche der Staatsstraße 2312. Es wurde jedoch auch Geld in die Daseinsvorsorge, wie z.B. die Sanierung des Wasserhochbehälters am Buch, der Erneuerung der Heizung in der Schule, die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik und somit die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes berücksichtigt. Die Anliegen der Schule werden nach seiner Meinung ebenfalls immer mustergültig bezuschusst.

GR Jürgen Goldhammer spricht von 3 harmonisch abgelaufenen Vorberatungen dieses Haushalts. Der Haushalt kann tatsächlich als sportlich und solide bezeichnet werden. Zu diesem Ergebnis haben alle beigetragen. Dieser Haushalt bildet eine solide Grundlage für die kommenden Aufgaben. Der finanzielle Spielraum ist Dank des Kämmerers Thomas Wenzel sichergestellt. Er findet es einzigartig, dass erneut ein Haushalt ohne Neuverschuldung auf die Beine gestellt werden konnte.

Der Wunsch der FWG ist es, dass alle geplanten Vorhaben hoffentlich gut abgewickelt werden.

Er hebt ebenfalls den Antrag auf Erneuerung der Schulsportanlage, die Umstellung auf LED-Technik und die Anschaffung der Bewegungsgeräte hervor.

Bei den Ausführungen der Arbeiten bittet er um Nachsicht bei Beeinträchtigungen bei den Bürgerinnen und Bürger.

Beschluss**Haushaltssatzung****Haushaltssatzung der Gemeinde Haibach für das Haushaltsjahr 2019**

Aufgrund des Art. 63 ff. der Gemeindeordnung erlässt die Gemeinde Haibach folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019 wird hiermit festgesetzt; er schließt

- | | | |
|----|---|--------------|
| 1. | im Ergebnishaushalt mit | |
| | dem Gesamtbetrag der Erträge von | 16.238.200 € |
| | dem Gesamtbetrag der Aufwendungen von | 15.551.200 € |
| | und dem Saldo (Jahresergebnis) von | 672.200 € |
| 2. | im Finanzhaushalt | |
| | a) aus laufender Verwaltungstätigkeit mit | |
| | dem Gesamtbetrag der Einzahlungen von | 15.327.800 € |
| | dem Gesamtbetrag der Auszahlungen von | 13.443.000 € |
| | und einem Saldo von | 1.884.800 € |
| | b) aus Investitionstätigkeit mit | |
| | dem Gesamtbetrag der Einzahlungen von | 3.137.900 € |
| | dem Gesamtbetrag der Auszahlungen von | 11.617.000 € |
| | und einem Saldo von | -8.479.100 € |
| | c) aus Finanzierungstätigkeit mit | |
| | dem Gesamtbetrag der Einzahlungen von | 0 € |
| | dem Gesamtbetrag der Auszahlungen von | 158.100 € |
| | und einem Saldo von | -158.100 € |
| | d) und dem Saldo des Finanzhaushaltes von | -6.752.400 € |

ab.

§ 2

Kredite für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen sind nicht vorgesehen.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen zur Leistung von Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren werden nicht festgesetzt.

§ 4

Die Steuersätze (Hebesätze) für nachstehenden Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

- | | | |
|----|---|-----------|
| 1. | Grundsteuer | |
| | a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (A) | 310 v. H. |
| | b) für die Grundstücke (B) | 310 v. H. |
| 2. | Gewerbsteuer | 320 v. H. |

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen nach dem Haushaltsplan wird auf 2.000.000 Euro festgesetzt.

§ 6

Die Haushaltssatzung tritt am 1. Januar 2019 in Kraft

Haibach, den

Gemeinde Haibach

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0

6. Parkfläche an der Zufahrt zur Büchel**Sachverhalt:**

In der Gemeinderatssitzung vom 11. April 2018 wurde darüber diskutiert, den Parkplatz am Ortseingang von Haibach aufzulösen und ersatzweise einen Wandererparkplatz an der Zufahrt „Büchel“ einzurichten. Die Verwaltung wurde daher ermächtigt, in entsprechende Grundstücksverhandlungen einzutreten. Die Grundstücksverhandlungen waren soweit erfolgreich, dass ausreichend Fläche für den Parkplatz erworben / getauscht werden konnte.

Insgesamt sollte eine Parkplatzfläche für ca. 20 Fahrzeuge entstehen, mit der Option zur Erweiterung.

Weiterhin könnten Leerrohre für einen späteren Stromanschluss für eine E-Bike-Ladestation mit berücksichtigt werden.

Eine Sitzgruppe würde den Parkplatz gestalterisch abrunden.

Die Parkplatzfläche an sich würde aus Gründen des Naturschutzes unversiegelt bleiben

=> hydraulisch gebundene Decke (s. Parkflächen am Parkplatz Sonneck).

GR Toni Stahl schlägt vor, zu prüfen, ob in diesem Bereich auch die Erstellung von 2-3 Wohnmobilstellplätzen machbar ist.

Beschluss

Der Wandererparkplatz an der Zufahrt „Büchel“ wird im Zusammenhang mit der Baumaßnahme GV-Straße 2.BA mit umgesetzt.

Es sind 20 Parkplätze und die Möglichkeit für eine E-Bike-Ladestation und eine Sitzgruppe mit vorzusehen.

Es wird geprüft, ob die Erstellung von 2-3 Wohnmobilstellplätzen möglich ist.

Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0

7. Straßenbaumaßnahmen 2019**Sachverhalt:**

In den Haushaltsberatungen für das Jahr 2019 wurde im Zusammenhang mit den Straßenbau-/Sanierungsmaßnahmen nochmals gesondert

darauf hingewiesen, mehrere Straßen mit Dünn-schichtasphalt zu versehen.

Mit dieser Maßnahme sollen Straßen, die sich derzeit nicht im Sanierungsumfang Kanalisation

befinden, einer temporären Ertüchtigung unterzogen werden.

Folgende Straßen werden seitens der Bauverwaltung in Betracht gezogen:

Nr.	Straße:	Fläche (m²)	Bemerkung:
1.	Sommerackerweg (Teilfläche nach TV-Gelände)	1.100,0	Deutliche Netzrisssbildung => nicht geeignet
2.	Gabelsbergerstraße	600,0	
3.	Hasenstock (Teilbereich)	150,0	
4.	Dorfstraße	2.400,0	sehr schlechter Straßenzustand gepl. Kanalbau 2020/21
5.	Rothstraße	500,0	sehr schlechter Straßenzustand gepl. Kanalbau 2020/21
6.	Schäferstraße	860,0	sehr schlechter Straßenzustand gepl. Kanalbau 2020/21
7.	Ankergasse	2.300,0	Sanierungskonzept Kanal 2022ff
8.	Gartenstraße	900,0	
9.	Bessenbacher Weg (Teilbereiche)	1.300,0	
10.	Frankenstraße	850,0	
11.	Bayernstraße	620,0	
12.	Paul-Gerhard-Str.	580,0	
13.	Rosenstraße	700,0	
14.	Marienstraße	680,0	
15.	Heckenweg	360,0	
16.	Grenzweg	2.300,0	
17.	Ebenungstraße	2.000,0	Kanalschäden, erhebliche Verwerfungen/Absenkungen im Straßenbereich
	Summe gesamt:	18.200,0	

	Kosten (ca. 12,0 €/m²)		218.400,00 €
	Vorschlag Bauverwaltung:		
	Summe 2019	9.040,0	
	Kosten (ca. 12,0 €/m²)		108.480,00 €

Zur Durchführung der Dünnschichtasphaltarbeiten werden von verschiedenen Fachfirmen Angebote eingeholt.

Nach Vorstellung des Sanierungsumfangs bemerkt **GR Jürgen Goldhammer**, dass nach seiner Meinung das Quartier Bessenbacher Weg, sowie die Gartenstraße mit Ankergasse erledigt werden sollten. Die weiteren Straßen dann im kommenden Jahr.

Hierzu wird in der Diskussion darauf verwiesen, dass für die Ankergasse ohnehin ein Sanierungs-

konzept für den Kanal besteht, daher sollte man diese Straße zum jetzigen Zeit-punkt nicht sanieren.

Beschluss

Dem vorgeschlagenen Umfang der Bauverwaltung zur Straßensanierung mittels Dünnschichtasphalt wird zugestimmt. Für die Arbeiten in den Straßen Nr. 9-16 der Aufstellung sind Angebote einzuholen.

Die Beauftragung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0

8. Allgemeines

8.1. Haibach App

GR Beate Konrad schlägt vor, dass die „Haibach-App“ etwas aufgepeppt werden sollte. Nach ihrer Meinung könnten hier noch Ergänzungen erfolgen im Bereich „Sammeltaxi, Apothekennotdienst, etc.“.

Bgm. Andreas Zenglein dankt für den Hinweis – Die Vorschläge werden geprüft und einge-arbeitet.

8.2. Gemeindliches Anwesen Kirchgasse 2

GR Claus Rückert möchte wissen, wie hier die weitere Vorgehensweise bzgl. des Daches ist.

Hierzu antwortet **GIB Michael Müller**, dass derzeit eine Kostenermittlung für den Ausbau des Dachgeschosses in der Neuen Heimatstr. 10 erfolgt.

Die beiden Einzelpersonen, die derzeit in der Kirchgasse 2 wohnen, können zeitnah in 2 freie Wohnungen in der Neuen Heimatstr. umziehen. Für die Familie wird mindestens eine 3 Zimmer-Wohnung benötigt. Hierzu soll der Dachgeschossausbau erfolgen.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **03.04.2019** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Silvia Reiling
Verw.-Angest.

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 3. April 2019
Sitzungsdauer: 20:00 Uhr bis 22:50 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
---------------------------	-----------------	---

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Horst Hock	2. Bürgermeister	
Michael Albert	Gemeinderat	
Josef Farrenkopf	Gemeinderat	
Andreas Först	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Jürgen Großmann	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Torsten Redeker	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Abwesend:

Peter Amrhein	Gemeinderat	
Eva Rückert	Gemeinderätin	
Tobias Rückert	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	

Schriftführer		
Silvia Reiling		

Verwaltung		
Michael Müller		
Andreas Roth		
Martin Volk		
Thomas Wenzel		

Tagesordnung

Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift
3.	Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung
4.	Umstellung Straßenbeleuchtung auf LED-Leuchtkörper
5.	4. Änderung des Bebauungsplans "Sommerackerweg" - Anregungen und Bedenken aus der erneuten Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit gem. § 1 Abs. 7 BauGB
6.	Sanierung Schulsportanlage
7.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 16 erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

Zur heutigen Sitzung sind die Herren Sauer und Lutz von der AVG anwesend, sie informieren über die Umstellung der Straßen-beleuchtung auf LED-Technik.

Frau Richter, die Ortsplanerin hat sich für die Sitzung heute Abend wegen des Todes ihres Vaters, Herrn Schöffner, entschuldigt. Herr Schöffner war seit den 1960ern in Haibach als Ortsplaner tätig.

Des Weiteren liegt ein Dringlichkeitsantrag vor bzgl. der Sanierung der Schulsportanlage. Für die Beantragung der Fördermittel ist ein Beschluss notwendig, um dann auch zeitnah die vorzeitige Baufreigabe zu erhalten und die Ausschreibung der Maßnahme durchführen zu können.

Im Gremium besteht hierzu Einverständnis.

GR Anja Goymann erklärt zum

**TOP 10.1. Änderung des Flächennutzungsplanes;
Alten- und Pflegeeinrichtung mit Betreutem Wohnen am Wendelberg – weiteres Vorgehen:**

Sie sieht in diesem TOP keine Notwendigkeit, dies in nicht-öffentlicher Sitzung zu behandeln und beantragt hierzu die Beratung im öffentlichen Teil der Sitzung. Nach ihrer Meinung wollen die Bürgerinnen und Bürger wissen, wie die Entscheidungen zustande kommen.

Bgm. Andreas Zenglein stellt daraufhin hierzu dann den **weitergehenden Antrag**, diesen Punkt komplett von der Tagesordnung der heutigen Sitzung zu nehmen. Nach seiner Meinung sind die interessierten Personen heute nicht anwesend, da dieser Punkt nicht öffentlich bekannt war. Somit ist die Öffentlichkeit auch nicht gegeben. Er schlägt vor, diesen Punkt in der Sitzung des GR am 08.05. zu behandeln. Er wollte ohnehin nur eine Information über die weitere Vorgehensweise auch bezüglich des Antrags aus dem Gemeinderat erhalten.

Beschluss:

Der TOP: **Änderung des Flächennutzungsplanes; Alten- und Pflegeeinrichtung mit Betreutem Wohnen am Wendelberg – weiteres Vorgehen:** entfällt in der heutigen Sitzung und wird in der Sitzung des GR am 08.05.2019 mit den vorliegenden Anträgen öffentlich beraten.

Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift

Das Protokoll der Sitzung des Gemeinderates vom 13.03.2019 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

3. Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung

Die Fa. Strabag AG, Köln erhielt den Auftrag zum Abtransport der überschüssigen Erdmassen aus dem 1. Bauabschnitt des Rad- und Fußweges.

Das Büro Sommer + Staab Fachplanung GmbH, Aschaffenburg erhielt den Auftrag für die Ingenieurleistungen (Leistungsphasen 1 – 9) zur Sanierung der Heizungsanlage der Schule Haibach.

4. Umstellung Straßenbeleuchtung auf LED-Leuchtkörper**Sachverhalt:**

Im Rahmen der Haushaltsberatungen wurde beschlossen, die Straßenbeleuchtung im gesamten Ortsgebiet auf eine LED-Beleuchtung umzustellen.

Herr Sauer von der AVG informiert über den Sachstand zur Straßenbeleuchtung in Haibach. Die AVG ist Eigentümer der Straßenbeleuchtung in Haibach mit Ortsteilen.

Es wurde eine Bestandsanalyse durchgeführt und ein Modernisierungsvorschlag mit Umstellung auf LED Technik erarbeitet.

In Haibach mit Ortsteilen sind 660 Leuchtstofflampen, 728 Natriumdampf-Hochdrucklampen (HST/HSE) und 60 LED-Boards im Einsatz. Hieraus ergibt sich folgende Aufteilung der Leuchtmittel: 50 % HSE/HST, 46 % LS, TC, 4 % LED.

Zum Stromverbrauch der Straßenbeleuchtung im Jahr 2018 wurde ermittelt, dass bei 793 Lichtpunkten, einer Anschlussleistung von 83.632 kW, einer Brenndauer von 4.169 Stunden, einem Stromverbrauch von 348.678 kWh daraus 64.000 EUR an Stromkosten entstehen.

Dies bedeutet 439,69 kWh pro Lichtpunkt.

Zum LED-Funktionsprinzip wird erläutert, dass diese Elektronik-Chips eine optimale Lichtgestaltung, überzeugende Technologie und beste Wirtschaftlichkeit bieten.

Die Kosten für den Austausch einer Bestandslampe in eine LED-Leuchte wurden wie folgt kalkuliert:

Haibach mit 682,00 EUR, Grünmorsbach mit 635,00 EUR, Dörmorsbach mit 629,00 EUR.

Zur Modernisierung wird vorgeschlagen:

Ersatz von veralteten Leuchten im Bestand durch LED-Leuchten über mehrere Jahre. Bei Straßenbaumaßnahmen und in Neubaugebieten Errichtung einer Beleuchtungsanlage nach DIN. Erneuerung von Masten und Kabelanlagen berücksichtigen. Verwendung von Standard-Leuchten, damit auch eine Ersatzteilhaltung garantiert werden kann.

Folgende technischen Informationen zum LED-Produktportfolio der AVG liegen vor.

Systemlebensdauer bis 100.000 h (ca. 24 Jahre) bei 90 % Lichtstromerhalt. Garantieleistungen der Hersteller 5-10 Jahre auf LED-Board und Treiber. Dimmung für 8 Stunden bei 50 % Leistung von 22-6 Uhr. Standard-Leuchten Philips-Luma, Leipziger-Richard IV, Such Baureihe 48, Hellux Ellipse.

Folgende Punkte sind bei der Lampenauswahl unbedingt zu beachten:

Mastabstände und Lichtpunkthöhe, Leuchten mit ähnlicher Abstrahlcharakteristik als Ersatz wählen.

Die Energieeinsparung kommt nicht nur der Gemeindekasse, sondern auch der Umwelt zugute. Durch den Austausch aller Leuchten mit konventioneller Technik in LED-Leuchten können die Verbräuche in der Straßenbeleuchtung von ca. 350.000 kWh auf ca. 210.000 kWh reduziert werden. Dies entspricht einer Reduzierung um 40 %

und somit auch eine Einsparung von 73 t CO₂ im Jahr.

GR Andrea Stürmer fragt, welche Vor- und Nachteile einer LED-Leuchte bestehen.

Hierzu antwortet **Herr Lutz**, dass die LED-Leuchte eine sehr abgegrenzte Leuchte ist. So ist z.B. die Straße hell und der rückwärtige Raum der Leuchte nicht.

GR Jürgen Goldhammer erklärt, dass bei 793 Leuchtpunkten in Haibach mit etwa 650 EUR an Kosten für den Austausch zu rechnen ist. Es gibt jedoch auch noch defekte Masten bzw. Probleme mit der Standsicherheit diverser Masten. Wie soll das abgewickelt werden?

Herr Sauer bemerkt hierzu, dass die Masten geprüft wurden. Die Masten, die nicht mehr standsicher sind, werden in einem entsprechenden Angebot aufgelistet.

GR Jürgen Goldhammer möchte wissen, ob der Austausch der Masten in Dörmorsbach oder Grünmorsbach innerhalb eines Jahres möglich sein wird. Er stellt noch die Frage, wer der Eigentümer der Straßenbeleuchtung ist?

Herr Sauer erklärt, dass diese vom Überlandwerk Unterfranken in das Eigentum der AVG übergegangen ist.

GR Jürgen Goldhammer fragt, warum dann die Gemeinde für diese Umstellung bezahlen muss, wenn sie nicht Eigentümer der Beleuchtung ist. Bei einer Autoreparatur zahlt auch der Besitzer.

Herr Sauer erläutert, dass die damaligen Verträge der ÜWU 1:1 durch die AVG übernommen wurden. Eigentum der AVG, Zahlungspflicht liegt bei der Kommune. Im Jahr 2011 wurde der Vertrag angepasst. Jetzt werden alle Leuchtmittel durch die AVG ausgetauscht und Störeinsätze müssen nicht separat gezahlt werden, sondern hierfür wird eine Monatspauschale berechnet.

Bgm. Andreas Zenglein bestätigt, dass der Vertrag bezüglich der Eigentums- und Kostenträgerschaft beim Bayerischen Gemeindetag und dem Kommunalen Prüfungsverband geprüft wird. Es gibt hier wohl unterschiedliche Vertragsgestaltungen auch in anderen Gemeinden.

Herr Sauer erklärt, dass die Monatspauschale sinken wird, weil kein so hoher Serviceaufwand mehr nötig sein wird.

GR Jürgen Großmann fragt, warum Aschaffenburg die Leuchten der Marke Philips und Haibach die der

Marke Schuch verwendet. Welche unterschiedlichen Ausleuchtungs-möglichkeiten gibt es hier?

Herr Lutz erklärt, dass die Firma Philips die komplette Leuchtenfamilie „Luma“ anbietet.

GR Jürgen Großmann sieht die Tendenz eher zur Firma Philips und schlägt vor, hier auch die Erfahrung der AVG zu nutzen.

In der weiteren Diskussion wird über die Preisgestaltung der beiden angebotenen Leuchten beraten.

GR Jürgen Goldhammer möchte noch wissen, wer haftbar ist, wenn die Straßenbeleuchtung nicht DIN gerecht ist.

Hierzu antwortet **Herr Lutz**, dass es in Deutschland keine Straßenbeleuchtungspflicht gibt. Die Kommunen sind verkehrssicherungspflichtig und es besteht ein kommunales Interesse, die Gehwege auszuleuchten.

Herr Sauer ergänzt, dass es wohl bereits entsprechende Gerichtsverhandlungen gibt, die eine Pflicht der Kommunen erwirken wollen.

GR Beate Konrad möchte wissen, woher der Preisunterschied zwischen den Standorten kommt und welche bestehenden Leuchten wie ersetzt werden.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass eventuell auch die Masten erhöht werden müssen wegen der Ausleuchtung, dass muss noch geprüft werden.

Herr Lutz ergänzt, dass auch die Blendungswerte geprüft werden müssen.

GR Toni Stahl bemerkt, dass er der Ansicht war, dass die DIN-Norm eingehalten wurde. Wie haben andere Kommunen in diesem Fall gehandelt?

Herr Lutz antwortet, dass man beim Austausch keine Rücksicht auf die DIN Norm genommen hat. Dies wurde lediglich in Neubaugebieten angewandt.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt zum weiteren Ablauf, dass bezüglich der Beantragung von Zuschüssen ein entsprechendes Zeitfenster abgewartet werden muss. Das Procedere ist wie bei allen öffentlichen Bauten. Der Antrag kann ab Herbst gestellt werden, wenn die Genehmigung vorliegt, kann die Ausschreibung erfolgen. Die Ausführung der Arbeiten wird dann im Frühjahr 2020 beginnen.

GR Dietmar Kempf-Blatt fragt, ob die Möglichkeit besteht, dass Dörmorsbach und Grünmorsbach im Jahr 2020 abgewickelt werden könnten, da im Jahr 2019 keine Austauschmaßnahmen erfolgen werden.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass dies von der Leistungsfähigkeit der AVG abhängt.

GR Richard Hein interessiert sich für die Höhe des Zuschusses.

Hierzu erklärt **Herr Lutz**, dass dies 20 % des Materials bzw. der zuschussfähigen Kosten sein wird.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass die Entscheidung jetzt getroffen werden sollte, denn das Angebot, das angefordert wird, ist Grundlage des Förderantrags.

Beschluss

Die Gemeinde Haibach stellt ihre komplette Straßenbeleuchtung in den nächsten 4 Jahren auf LED um.

Die Verwaltung wird beauftragt, den bestehenden Vertrag mit der AVG zu prüfen und für die Umstellung entsprechende Angebote einzuholen.

Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0

5.	4. Änderung des Bebauungsplans "Sommerackerweg" - Anregungen und Bedenken aus der erneuten Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit gem. § 1 Abs. 7 BauGB
----	--

Sachverhalt:

Bgm. Andreas Zenglein sieht sich gem. Art. 48 GO in einem Interessenskonflikt und nimmt daher weder an Diskussionen noch an Abstimmungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

2. Bgm. Horst Hock übernimmt um 21:00 Uhr die Leitung der Sitzung.

Er informiert, dass in der letzten Woche ein gemeinsames Gespräch mit Vertretern der Interessensgemeinschaft, deren Anwalt sowie Vertretern der Verwaltung und des Gemeinderates stattgefunden hat. Als Ergebnis hierzu wird noch ein weiteres Gespräch mit dem Investor stattfinden. Er begrüßt diese Vorgehensweise ausdrücklich und sieht hier den richtigen Weg für den weiteren Verlauf. Für ihn ist es immer wichtig, miteinander zu reden.

GR Toni Stahl erklärt für die CSU-Fraktion, dass, wenn die Durchfahrtsmöglichkeit an der Stichstraße textlich festgesetzt wird und die Festsetzung der GRZ 0,4 beträgt, eine Zustimmung erfolgen wird. Somit sind die Anlieger wohl zufrieden.

GR Dietmar Kempf-Blatt befürwortet ebenfalls diese Vorgehensweise und schlägt damit auch vor, dass sicherlich für jeden eine Lösung machbar ist, wenn man sich zusammenreißt.

GR Jürgen Goldhammer spricht sich ebenfalls für die Zustimmung durch die FWG-Fraktion aus.

GR Jürgen Großmann möchte wissen, wie der weitere formale Ablauf in diesem Verfahren ist.

Hierzu antwortet **2. Bgm. Horst Hock**, dass nach entsprechenden Beschlüssen des Gemeinderates diese in die 4. Änderung eingearbeitet werden. Es wird dann im Anschluss eine weitere öffentliche Auslegung erfolgen und im Anschluss, sofern keine weiteren Eingaben zu den heutigen Beschlüssen mehr erfolgen, der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Er verweist jedoch noch auf die Besprechung der Interessengemeinschaft mit dem Investor, welche in der nächsten Woche noch stattfinden wird.

2. Bgm. Horst Hock verliest nachfolgend alle Einwände und Anmerkungen zur erneuten Auslegung:

Bebauungsplan „Sommerackerweg“, Änderung 4

Aufstellung im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB

Erneute Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4a Abs. 3 BauGB in der Zeit vom **11.02.2019 bis einschließlich 15.03.2019**

A. Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange wurden beteiligt:

1. Landratsamt – Bauaufsicht/Kreisbaumeisterin
2. Landratsamt – Untere Naturschutzbehörde
3. Landratsamt – Untere Immissionsschutzbehörde
4. Landratsamt – Sachgebiet Wasser- und Bodenschutz
5. Landratsamt – Regionaler Planungsverband
6. Landratsamt – Kreisbrandinspektion
7. Landratsamt – Kreisstraßenverwaltung, Dienststelle Auhofstraße
8. Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg
9. Regierung von Ufr., Höhere Landesplanungsbehörde
10. Staatl. Bauamt Aschaffenburg, Fachbereich Straßenbau

1. Landratsamt, Bauaufsicht/Kreisbaumeisterin,

27.01.19

Fachtechnische Stellungnahme

Aus städtebaulicher Sicht werden zu dem vorliegenden Bebauungsplan Sommerackerweg, Änderung 4, in der Fassung vom 15.01.2019 nochmals folgende Anregungen und Bedenken vorgetragen:

1. Die Festsetzung eines Allgemeinen Wohngebietes lässt – im Gegensatz zu dem vorherig festgesetzten besonderen Wohngebiet einige Nutzungen nun nur noch ausnahmsweise zu. Aus städtebaulicher Sicht wohl eine durchaus nachvollziehbare Absicht, die ruhebedürftigen Wohnbereiche in Zukunft von störenden Nutzungen im dicht bebauten Innenbereich zu schützen. Die Spessartstuben (Bestandsschutz) haben wohl kaum eine überörtliche, sondern lediglich eine lokale Funktion in der Gemeinde.
2. Die Baufenster weisen unterschiedliche Größen auf, die teils sehr eng oder relativ großzügig um Bestandsgebäude gezogen sind. Der städtebauliche Planungsansatz erschließt sich dem Betrachter stellenweise nicht. Wie sind die Zielsetzungen für die Baufenster entlang der

Kreisstraße Nr. 30 bis Nr. 40? Geht man von einem Abbruch der Gebäude und der Erweiterung der Straßenverkehrsfläche aus? Was ist bei Umbauten, z.B. Eingriffe in den Dachstuhl oder ein Quergiebel würden zu einer Befreiung von den Festsetzungen führen.

3. Was hat es mit dem Baufenster auf dem Flurstück Nr. 4872 auf sich? Dieses erscheint für eine Wohnbebauung relativ klein bemessen.
4. Die festgesetzten, zwingenden Grenzbebauungen sind nicht durchgehend schlüssig. Sicherheitshalber wird die Kontrolle der zulässigen Grenzbebauungen für alle Flurstücke durch das Planungsbüro empfohlen.
5. Im Weiteren keine Bedenken.

Beurteilung:

1. Kenntnisnahme
2. Die Größe des jeweiligen Rahmens, der durch die Baugrenzen für die überbaubare Grundstücksfläche festgesetzt wurde, ist in Abhängigkeit von Grundstücksgröße und Baubestand sowie unter Berücksichtigung von Mindestabstandsflächen gegenüber Grundstücksgrenzen (z.B. 3,00 m) erfolgt.

Bei der vorliegenden Planung in einem bebauten Quartier wird auf eine differenzierte Festsetzung durch die Ausweisung von Baufenstern zurückgegriffen. Die für die Bebauung (mit Hauptgebäuden) vorgegebenen Baufenster sind dabei so dimensioniert, dass zum einen Möglichkeiten zur Realisierung von angemessenen Erweiterungen der Gebäude im Bestand zugelassen und zum anderen Freiflächen im Innenbereich freigehalten werden.

Zielsetzung für die Festsetzung der Baufenster entlang der Kreisstraße/Hauptstraße Nr. 30 bis Nr. 40 und der straßenseitigen Baugrenze in einem Abstand von 3,00 m von der Straßenbegrenzungslinie ist die Schaffung der Voraussetzungen für einen künftigen Ausbau der Kreisstraße AB 2 in diesem Bereich. Dies ist auch bereits in dem rechtskräftigen Bebauungsplan durch die zurückgesetzte vordere Baugrenze zum Ausdruck gebracht worden

Die Gemeinde Haibach beabsichtigt an dieser Stelle, die Möglichkeiten des Gebäude- und Grunderwerbs auszuschöpfen, um bei einem Ausbau der Kreisstraße AB 2 ausreichende Fahrbahn- und Gehwegbreiten sowie verkehrssichere Einmündungs-bereiche gewährleisten zu können. Im Zuge von Gebäudeabbrüchen und der Einordnung neuer Baukörper ist die angestrebte Verbesserung der verkehrstechnischen Situation, insbesondere für Fußgänger zu berücksichtigen (siehe Begründung Pkt. 5.3). Umbauten innerhalb des Bestandes sind hiervon nicht betroffen.

3. Das Baufenster auf dem Flurstück Fl.Nr. 4872 zuzüglich Fl.Nr. 4869 ist klein bemessen. Die Gemeinde unterstützt jedoch hier den Wunsch nach Bebaubarkeit durch die Zulässigkeit einer Bebauung.

Hinweis: Die Bebauung auf den Fl.Nrn. 4872 und 4869 war nicht Gegenstand der Änderungen in dem erneuten Beteiligungsverfahren.

4. Eine Festsetzung von zwingenden Grenzbebauungen ist in dem Bebauungsplan nicht erfolgt, lediglich sind Grenzbebauungen in einzelnen Fällen zulässig.
5. Kenntnisnahme.

2. Landratsamt, Untere Naturschutzbehörde,

14.02.19

Fachtechnische Stellungnahme

Die mit Schreiben vom 30.08.2018 (Az.:81.3-1741.1-18/287 KL) gegebenen Hinweise zum Artenschutzrecht wurden in die Planung eingearbeitet.

Es besteht Einverständnis.

Beurteilung: Kenntnisnahme

3. Landratsamt, Untere Immissionsschutzbehörde, 15.02.19

Fachtechnische Stellungnahme

Es bestehen keine Einwände.

Beurteilung: Kenntnisnahme

4. Landratsamt, Sachgebiet Wasser- und Bodenschutz,

Es liegt keine Stellungnahme vor.

5. Regionaler Planungsverband Bayer. Untermain – Region 1,

11.02.19

Es werden weiterhin keine Einwendungen erhoben.

Beurteilung: Kenntnisnahme

6. Landratsamt, Kreisbrandinspektion,

25.02.19

Bei den bauleitplanerischen Überlegungen bestehen bezüglich des abwehrenden Brand-schutzes bei dem vorliegenden Bebauungsplan keine Bedenken, wenn die Punkte aus der Stellungnahme vom 20.08.2018 bei der Bebauung beachtet werden.

Beurteilung:

Zur Information und zum Verständnis wird die Stellungnahme vom 20.08.2018 mit den Hinweisen auf den abwehrenden Brandschutz hier nochmals aufgeführt.

Zu beachten sind die nachfolgenden Punkte:

- *Die Freiwillige Feuerwehr Haibach kann den Brandschutz für dieses Gebiet in der vorgeschriebenen Hilfsfrist von 10 Minuten gewährleisten.*

Die Ausrüstung und Organisation der Feuerwehr ist für die geplante Bebauung ausreichend.

- **2. Rettungsweg**

Für Gebäude der Gebäudeklasse 1, 2 oder 3 kann der 2. Rettungsweg mittels der bei der Feuerwehr vorhandenen tragbaren Leiter im Regelfall sichergestellt werden, wenn Zugänge zu den Aufstellflächen für diese Leitern an den notwendigen Anleiterstellen vorhanden sind und die Rettungshöhe 8 m nicht übersteigt.

Bei Gebäuden der Gebäudeklassen 4 und 5 kann der 2. Rettungsweg mittels der bei der Feuerwehr vorhandenen Drehleiter im Regelfall sichergestellt werden, wenn Zufahrten zu den Aufstellflächen für die Drehleiter an den notwendigen Anleiterstellen vorhanden sind.

Bei Gebäuden oder Betrieben besonderer Art und Nutzung oder für besondere Personengruppen (Sonderbauten) ist im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens zu prüfen, ob die Sicherstellung des 2. Rettungsweges über Rettungsgeräte der Feuerwehr erfolgen kann oder ob der 2. Rettungsweg baulich sicherzustellen ist.

- **Zufahrten und Bewegungsflächen**

Die Zufahrtsstraßen zu den Schutzobjekten (Wohnhäuser) müssen für Feuerwehrfahrzeuge mit einer Achslast von mind. 10 t ausgelegt sein und sollten im Regelfall keinen größeren Abstand als 50 m zu den Gebäuden auf dem Grundstück haben. Die Zufahrtsstraßen müssen mit Fahrzeugen, die eine Länge von 10 m, eine Breite von 2,5 m und einen Wendekreisdurchmesser von 18,5 m besitzen, befahren werden können.

Bei Gebäuden, die ganz oder mit Teilen mehr als 50 m von einer öffentlichen Verkehrsfläche entfernt sind, sind Zufahrten und Durchfahrten zu den vor und hinter den Gebäuden gelegenen

Grundstücksteilen und Bewegungsflächen herzustellen, wenn sie aus Gründen des Feuerwehreinsatzes vorhanden sein müssen (Art. 5 Abs. 1 Satz 4 BayBO).

Ausreichende Flächen für die Feuerwehr auf der öffentlichen Verkehrsfläche bei Abständen der Gebäude zur Verkehrsfläche von weniger als 50 m.

In Abständen von max. 100 m müssen im Straßenverlauf ausreichende Bewegungsflächen ($L = 12\text{ m}$, $B = 7\text{ m}$) für den Einsatz eines Feuerwehrfahrzeuges, max. Abstand von 50 m zu den jeweiligen Grundstücken bzw. Schutzobjekten vorhanden sein.

- **Löschwasserversorgung**

Die Bereithaltung und Unterhaltung notwendiger Löschwasserversorgungsanlagen ist Aufgabe der Gemeinde und damit bei Neuausweisung eines Bebauungsplangebietes ein Teil der Erschließung im Sinn von § 123 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB). Die Sicherstellung der notwendigen Löschwasserversorgung zählt damit zu den bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erteilung einer Baugenehmigung. Welche Löschwasserversorgungsanlagen im Einzelfall notwendig sind, ist anhand der Brandrisiken des konkreten Bauvorhabens zu beurteilen.

Sie hat Löschwasser in einem Umfang bereitzuhalten, wie es die jeweils vorhandene örtliche Situation, die unter anderem durch die (zulässige) Art und das (zulässige) Maß der baulichen Nutzung, die Siedlungsstruktur und die Bauweise bestimmt wird, verlangt. Ein Objekt, das in dem maßgebenden Gebiet ohne weiteres zulässig ist, stellt regelmäßig kein außergewöhnliches, extrem unwahrscheinliches Brandrisiko dar, auf das sich die Gemeinde nicht einzustellen bräuchte (vgl. die Vollzugsbekanntmachung zum BayFWG unter Pkt. 1.3)

Frühzeitige und sorgfältige Planung der Löschwasserversorgung. Ermittlung der notwendigen Löschwassermenge nach den Vorgaben des Arbeitsblattes W 405 der Deutschen Vereinigung des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW).

Bei der Planung, Ausführung und Betrieb der Wasserversorgungsanlage sind die einschlägigen Richtlinien des DVGW, insbesondere die Arbeitsblätter W 405 – Löschwasser, W 331 – Hydrantenrichtlinie, W 313 – Feuerlösch- und Brandschutzanlagen, W 311 – Wasserversorgung und Wasserspeicherung, zu beachten.

Sicherstellung der notwendigen Löschwasserversorgung über einen Zeitraum von 2 Stunden.

Aufgrund der zulässigen Geschossflächenzahl ist eine Löschwassermenge von mind. 1.600 l/min ($96\text{ m}^3/\text{h}$) über einen Zeitraum von 2 Stunden erforderlich.

Hydranten

Ausreichende Anzahl von geeigneten Hydranten, max. 75 m Entfernung von den notwendigen Bewegungsflächen für Feuerwehrfahrzeuge, Beachtung der DIN-Normblätter.

Einplanung von alternativen Löschwasserentnahmeeinrichtungen, wie z.B. unterirdische Löschwasserbehälter, Löschwasserbrunnen, Löschwasserteiche, wenn die erforderliche Löschwassermenge mit dem öffentlichen Trinkwasserversorgungsnetz nicht ausreichend sichergestellt werden kann.

Die für die Hydranten und Löschwasserentnahmeeinrichtungen relevanten Normblätter sind zu beachten.

- **Ausreichende Sirenenanlagen**
- *Bauanträge, welche die einschlägigen Brandschutzanforderungen der BayBO nicht erfüllen oder bei denen von den Brandschutzanforderungen abgewichen werden soll und Gebäude oder Betriebe besonderer Art und Nutzung oder für besondere Personengruppen (Sonderbauten), sind im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens zu prüfen.*

Beurteilung:

Kenntnisnahme und Beachtung der genannten Punkte. Die Entfernungen der Gebäude zu den öffentlichen Verkehrsflächen betragen jeweils weniger als 50 m und die erforderlichen Bewegungsflächen können im öffentlichen Verkehrsraum zur Verfügung gestellt werden. In dem

Bebauungsplan ist ein Hinweis zur Sicherstellung des zweiten Rettungsweges bei Gebäuden mit einer Rettungshöhe über 8,00 m über die Drehleiter mit den hierfür erforderlichen Zufahrten und Aufstellflächen oder baulich über weitere Treppen enthalten.

Im Zuge der Realisierung von Neu- und Umbauten sind jeweils die Vorgaben an die Zufahrten zu den Schutzobjekten einzuhalten, die Sicherstellung des zweiten Rettungsweges nachzuweisen und evtl. erforderliche Bewegungs- und Aufstellflächen festzulegen.

Durch die Gemeinde kann eine Löschwassermenge von mindestens 48 m³/h zur Verfügung gestellt werden. Für darüber hinausgehende Mengen ist eine Prüfung im Einzelfall erforderlich.

Der Löschwasserbedarf ist bei konkreten Bauvorhaben gemäß DVGW-Arbeitsblatt 405 unter Berücksichtigung der baulichen Nutzung (Zahl der Vollgeschosse und Geschossflächenzahl) und der Gefahr der Brandausbreitung zu ermitteln. Gegebenenfalls sind alternative Löschwasserentnahmeeinrichtungen bei einem Löschwasserbedarf, der über 48 m³/h hinausgeht, einzuplanen.

Die Gemeinde Haibach hat die Ingenieurleistungen zur hydraulischen Überrechnung des Ortsnetzes zur Wasserversorgung von Haibach-Grünmorsbach angefragt, um exakte Angaben über die zur Verfügung stehende Löschwassermenge sowie die Hydranten und ihre Leistungsfähigkeit zu erhalten. Die ersten technischen Ergebnisse werden frühestens zum Jahresende 2019 vorliegen.

2. Bgm. Horst Hock merkt hierzu noch an, dass am kommenden Mittwoch ein Bauantrag von Frau Steffi Eckert, Hotel Spessartstuben, wegen der Ertüchtigung des Brandschutzes vorliegen wird. Bei der hierzu vorher stattgefundenen Besprechung wurden durch den Planer und die Verwaltung die Löschwassermenge von 96 m³/h bestätigt.

7. Landratsamt, Kreisstraßenverwaltung,

12.03.19

Grundsätzlich bestehen keine Einwände.

Die Hinweise aus der Stellungnahme vom 21.09.2018 wurden berücksichtigt.

Beurteilung: Kenntnisnahme

Überlassen einer Planfassung sowie des dazugehörigen Beschlusses nach Erlangen der Rechtskraft.

8. Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg,

13.02.19

Es sind keine Anmerkungen zu den Änderungen veranlasst.

Beurteilung: Kenntnisnahme

9. Regierung von Unterfranken, Höhere Landesplanungsbehörde,

11.02.19

Landesplanerische Stellungnahme

Gegen den aus landesplanerischer Sicht nicht wesentlich geänderten Bauleitplanentwurf werden weiterhin keine Einwendungen aus der Sicht der Raumordnung und Landesplanung erhoben.

Beurteilung: Kenntnisnahme

10. Staatliches Bauamt Aschaffenburg, Fachbereich Straßenbau,

14.02.19

Die aufgeführten Forderungen und Hinweise aus dem Schreiben vom 30.08.2018 werden weiter aufrechterhalten.

Beurteilung:

Die Stellungnahme vom 30.08.18 enthielt folgende Forderung:

Schallschutz

Im Hinblick auf die vorhandenen Immissionen, die von der Staatsstraße 2312 auf das künftige Gewerbegebiet einwirken, wurde eine Verkehrslärmschutzberechnung, die auf das Prognosejahr 2030 ausgelegt wurde, angefertigt. Das Ergebnis ist in den Festsetzungen des Bebauungsplanes zu berücksichtigen.

Nachfolgende Formulierung ist in den Festsetzungen aufzunehmen:

„Auf die von der Staatsstraße auf das Gewerbe-/Wohngebiet einwirkenden Immissionen (z.B. Lärm usw.) wird hingewiesen. Forderungen hinsichtlich erforderlicher Schutzmaßnahmen können gegenüber dem Straßenbaulastträger der Staatsstraße nicht geltend gemacht werden.“

Mit der Festsetzung von passiven Schallschutzmaßnahmen bei Neu- und Umbaumaßnahmen (nach § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB, Immissionsschutz – Schutz vor schädlichen Umwelteinrichtungen) ist das Ergebnis der Verkehrslärmschutzberechnung berücksichtigt.

Der genannte Passus bezüglich Forderungen gegenüber dem Straßenbaulastträger ist als Hinweis in dem Bebauungsplan aufgeführt.

Überlassen einer rechtskräftigen Planfassung sowie dem dazugehörigen Aufstellungsbeschlusses.

B. Erneute öffentliche Auslegung

1. Lothar Röser, 11.02.19

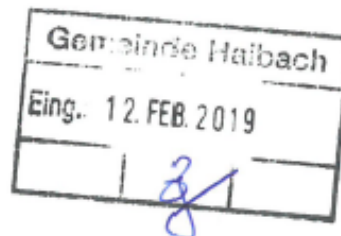
Lothar Röser,
Aschaffenburg Straße 25

63808 Haibach

Gemeinde

Haibach

Haibach, den 11.02.2019



Bebauungsplan Sommerackerweg

Sehr geehrte Damen und Herren,

gegen den ausliegenden Bebauungsplan „Sommerackerweg“ lege ich Einspruch ein, da m.E. die geplante Bebauung die Anwohner unverhältnismäßig hoch belastet.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Lothar Röser'.

Lothar Röser

Beurteilung: Kenntnisnahme

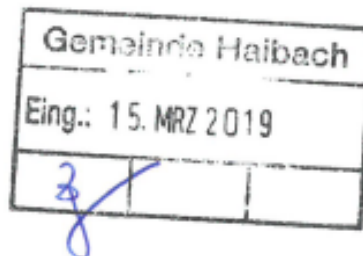
Eine konkrete Planung liegt dem Bebauungsplan nicht zugrunde, somit kann keine pauschale Aussage oder Bewertung zu evtl. Beeinträchtigungen der Anwohner getroffen werden.

2. Bien, Gaby und Dieter, Anna Hugo, Sommerackerweg 18, Haibach

14.03.19

Gaby und Dieter Bien
 Anna Hugo
 Sommerackerweg 18
 63808 Haibach

Gemeinde Haibach
 Hauptstr. 6
 63808 Haibach



Datum: 14.03.2019

Widerspruch Bebauungsplan „Sommerackerweg 4. Änderung“

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir erheben hiermit Einspruch gegen die 4. Änderung des Bebauungsplanes mit folgender Begründung:

Bei einer Bebauung mit 9 Häusern muss mit mindestens 18 Autos gerechnet werden. Wie H. Zenglein in der 1. Sitzung am 16.05.18 mitteilte, würden die Carports als „Kellerersatz“ genutzt werden um Mülltonnen, Rasenmäher, Kinderwagen, ect. unterzubringen, da in den Häusern kein Keller vorgesehen sei. Wo sollen die Autos parken? Bereits jetzt parken Anwohner aus der Jahnstraße im Sommerackerweg. Das absolute Halteverbot in der Jahnstraße wird ignoriert, eine Ausfahrt vom Sommerackerweg in die Jahnstraße gestaltet sich oft schwierig, da die neue Mauer der Hausnummer 11 (Jahnstraße) die Sicht erheblich erschwert.

Ab Haus Nr. 15 steht kein begehbare Gehsteig zur Verfügung. Als Fußgänger ist man jetzt schon gezwungen auf die Fahrbahn auszuweichen, mit der neuen Bebauung wird vermutlich die Straße komplett beparkt, das heißt die Fußgänger, (oft mit Kindern, Kinderwagen, Rollator, Rollstuhl oder Hunden) befinden sich mitten auf der Straße. Unserer Meinung nach unzumutbar.

Eine weniger dichte Bebauung und ausreichend **beparkbarer** Parkplätze ist deshalb anzustreben.

Wir bitten dies bei der Planung zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Gabriel Bien *Bien Dieter*

für Anna Hugo : Vollmacht Gabriel Bien *Gabriel Bi*

Beurteilung:

Eine Planung mit 9 Wohneinheiten einschließlich der erforderlichen Stellplätze ist nicht Gegenstand der vorliegenden Bauleitplanung. Erst im Rahmen eines Bauantrages kann eine Aussage über das Maß der baulichen Nutzung einschließlich der Stellplatzlösung getroffen werden.

Bezüglich der zulässigen Grundflächenzahl wird auf die Beurteilung in der Stellungnahme Nr. 5 verwiesen.

Das Grundstück hat eine Größe von 2.136 m². Bei Ausnutzung der Grundflächenzahl von 0,4

ergibt sich eine zulässige Grundfläche durch die Hauptanlagen von max. 854 m².

Zum Vergleich: Der Baubestand TV weist 833 m² überbaute Grundfläche auf.

Die Baufensterausweisung umfasst eine Fläche von 1.180 m², die jedoch unter Berücksichtigung der Obergrenze von der GRZ 0,4 und der einzuhaltenden Abstandsflächen nicht vollständig zu überbauen ist. Das für die Bebauung vorgegebene „Baufenster“ ist so dimensioniert, dass es unterschiedliche Varianten zur Realisierung des festgesetzten Nutzungsmaßes zulässt.

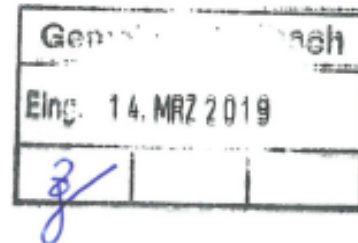
3. Eckert, Gerdi und Karl-Heinz Eckert, Julius-Echter-Str. 4, Haibach,

14.03.19

Gerdi und Karl-Heinz Eckert
Julius-Echter-Str. 4
63808 Haibach

Haibach, 14. März 2019

Gemeinde Haibach
Hauptstr. 6
63808 Haibach



Betr. Eingabe zum Bebauungsplan „Sommerackerweg“
4. Änderung 2. Öffentliche Auslegung vom 11.02.2019 bis 15. 03. 2019

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Zenglein,
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates,

wir nehmen ausdrücklich Bezug auf unsere Einwendungen gegen den
Bebauungsplan.

Das vorgesehene große Baufenster wurde so gestaltet, dass eine
massive Bebauung nun möglich ist. Auch hat man eine abweichende
Bestimmung für die Grundflächenzahl bis zu einer Verdopplung in den
Bebauungsplan mit aufgenommen.

Durch dieses große Baufenster wird eine Konfliktsituation geschaffen,
die nicht durch diesen Bebauungsplan gelöst ist.
Also grob verfehlt !!! **Ärger vorprogrammiert**, statt Befriedung !!!

Wir beantragen daher ausdrücklich, die entsprechende **abweichende
Bestimmung** aus dem Bebauungsplan herauszunehmen und es bei
der zulässigen Überschreitungsmöglichkeit bis 0,6 zu belassen.

Wir bitten die Gemeinderäte hierfür Sorge zu tragen.

Wir werden einfach das Gefühl nicht los, dass wir als ehemalige Eigentümer ausgetrickst und hintergangen werden, zu Gunsten eines Investors.

Wie kann es sein, dass der Eigentümer immer noch der TV Haibach ist, laut neuestem Grundbuchauszug.

Welches Spiel wird da gespielt ???

Haibach 14. März 2019

*Gerd Herr
Brot. Heinz Eder*

Beurteilung:

Bezüglich der zulässigen Grundflächenzahl wird auf die Beurteilung in der Stellungnahme Nr. 5 verwiesen.

Das Grundstück hat eine Größe von 2.136 m². Bei Ausnutzung der Grundflächenzahl von 0,4 ergibt sich eine zulässige Grundfläche (Hauptanlagen) von max. 854 m². Zum Vergleich: Der Baubestand TV weist 833 m³ überbaute Grundfläche auf. Die Baufensterausweisung

umfasst eine Fläche von 1.180 m², die jedoch unter Berücksichtigung der Obergrenze von der GRZ 0,4 und der einzuhaltenden Abstandsflächen nicht vollständig zu überbauen ist. Das für die Bebauung vorgegebene „Baufenster“ ist so dimensioniert, dass es unterschiedliche Varianten zur Realisierung des festgesetzten Nutzungsmaßes zulässt.

Besitzer ist die Neska Bauträger GmbH, Eigentümer ist noch der TV Haibach.

4. Hotel-Restaurant Spessartstuben,

14.03.19

Hotel-Restaurant Spessartstuben

Hotel-Restaurant Spessartstuben
Steffi Eckert & Wolfram Kopetz
Jahnstraße 7
63808 Haibach

Haibach den, 14.03.2019

Gemeinde Haibach
Hauptstraße 6

63808 Haibach



Betrifft: Bebauungsplan Sommerackerweg 4te Änderung / 2te Öffentliche Auslegung vom
11.02.2019 bis 15.03.2019

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Zenglein,
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates,

wir nehmen auf unsere bisherigen Einwendungen gegen den Bebauungsplan nochmals ausdrücklich Bezug. Der Bebauungsplan dient ausschließlich und alleine der Realisierung eines Bauvorhabens eines Bauträgers, das mit der bisherigen Eigenart des Gebietes auch nicht im Ansatz etwas zu tun hat.

Um dieses Bauvorhaben zu realisieren - offensichtlich ist man hierzu in der Verpflichtung - wurde das Baufenster so gestaltet, dass eine massivste Bebauung möglich ist. Da allein dies aber noch nicht ausgereicht hätte und erhebliche Bedenken von Beteiligten kamen, auch in Bezug auf die Ausnutzbarkeit des Grundstückes, hat man nunmehr eine abweichende Bestimmung für die Grundflächenzahl bis zu einer Verdoppelung in den Bebauungsplan aufgenommen.

Dies kann nur als Griff in die Trickkiste bezeichnet werden, da durch diese Regelung eine deutlich massivere Bebauung als in den umgebenden Baugebieten und auch in dem Bestand erreicht wird.

Diese reine Maßnahmenplanung, noch dazu mit zwei Vollgeschossen plus Dachgeschossen, somit einer Höhe von bis zu ca. 13m, dient allein und ausschließlich der Realisierung des beabsichtigten Projekts des Bauträgers.

Hotel-Restaurant Spessartstuben

- 2 -

Eine solche reine Einzelfall- oder Maßnahmeplanung, gar noch mit entsprechenden abweichenden Bestimmungen zum Zwecke der Realisierung hält einer rechtlichen Überprüfung ganz sicher nicht stand. **Wir beantragen daher ausdrücklich, die entsprechende abweichende Bestimmung aus dem Bebauungsplanentwurf herauszunehmen und es bei der zulässigen gesetzlichen Überschreitungsmöglichkeit (bis 0,6) zu belassen.**

Auch durch das vorgesehene große Baufenster mit der Möglichkeit der Überschreitung der Grundflächenzahl bestehen erhebliche Bedenken gegen eine zulässige Erschließung, insbesondere unter Berücksichtigung der benachbarten Bebauung gerade dieses Bauvorhabens, das offensichtlich auf Biegen und Brechen realisiert werden soll.

Gerade durch das durchgehende Baufenster wird hier eine Konfliktsituation geschaffen, die durch den geänderten Bebauungsplan nicht gelöst ist.

Offensichtlich wird nicht berücksichtigt, dass es die Aufgabe von Überplanungen von bereits teilbebauten Gebieten ist - das vorliegende Gebiet ist nahezu vollständig bebaut; es bestehen nur noch geringe Baulücken -, bereits bestehende Konflikte zu lösen und zukünftige Konflikte zu vermeiden. Der nunmehrige Bebauungsplanentwurf, gar noch mit der entsprechenden Abweichung schafft aber gerade solche Konflikte, statt sie zu lösen. Die Aufgabe eines Bebauungsplanes wird daher grob verfehlt.

Wir weisen darauf hin, dass dann, wenn nicht eine gebietsverträgliche Planung erfolgt, die in sich konsequent ist und die Bebauung im Übrigen berücksichtigt, die Durchführung einer Normenkontrollklage bei Bayerischen Verwaltungsgerichtshof unvermeidlich sein wird.

In diesem Zusammenhang wollen wir auch mögliche zeitliche Hoffnungen nicht aufkommen lassen. Nach Rücksprache mit sachkundigen Personen kann im Rahmen des Normenkontrollverfahrens unschwer ein entsprechender Eilantrag gestellt werden, über den der Verwaltungsgerichtshof in München innerhalb relativ kurzer Zeit entscheiden wird.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrift



Beurteilung:

Bezüglich der zulässigen Grundflächenzahl wird auf die Beurteilung in der Stellungnahme Nr. 5 verwiesen.

Die Festsetzung mit zwei Vollgeschossen zuzüglich Dachgeschoss orientiert sich an

Die Beurteilung zu den Einwänden „Abweichende Bestimmung“ und „Baufenster“ ist der Beurteilung zu dem Schreiben Nr. 3, Gerdi und Karl-Heinz Eckert, zu entnehmen.

der bestehenden und nach rechtskräftigem Bebauungsplan zulässig

5. Nachbarschaftsinitiative, Sommerackerweg, Haibach,

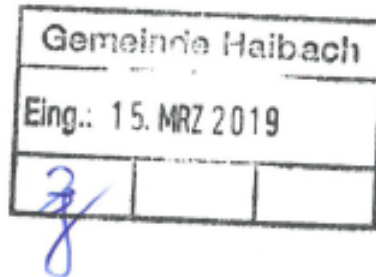
12.03.19

Beigefügt ist eine Unterschriftenliste mit 46 Unterzeichnenden.

Nachbarschaftsinitiative
Sommerackerweg
Haibach

63808 Haibach, 12.03.2019
Sommerackerweg 16c
Telefon (06021) 6 64 51

Gemeinde Haibach
Hauptstr. 6
63808 Haibach



**Bebauungsplan „Sommerackerweg“ 4. Änderung
2. Öffentliche Auslegung vom 11.02.2019 bis 15.03.2019
Stellungnahme gemäß § 3 Abs. 2 BauGB**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

zum o. g. Bebauungsplan geben wir folgende Stellungnahme ab und bitten diese im
Aufstellungsverfahren zu berücksichtigen.

1. Öffentliche Auslegung

Laut Beschluss des Haibacher Gemeinderates vom 16.01.2019 wurde der geänderte
Bebauungsplan in der Fassung vom **07.12.2018** genehmigt.

Die Verwaltung wurde weiterhin beauftragt „die erneute öffentliche Auslegung zu
veranlassen und ortsüblich bekanntzumachen.“
Tatsächlich wurden aber der B-Plan mit Textteil und Begründung mit **Stand 15.01.2019**
öffentlich ausgelegt.

Der Gemeinderatsbeschluss und die öffentliche Auslegung stimmen somit nicht überein.

Damit liegt ein Verfahrensfehler vor.

2. Verkehrsrechtliche Erschließung des TV Geländes

In der Sitzung des GR vom 14.11.18 wurde einstimmig beschlossen, dass lediglich die
Zufahrt für eine Wohneinheit über die Wendepalte Sommerackerweg zugelassen werden
soll. Es wird im Beschluss ausgeführt: „Eine Zufahrt (Ein- und/oder Ausfahrt) zu den
weiteren Wohnhäusern auf Flnr. 4836 oder eine Durchfahrtmöglichkeit sind auf Ebene des
Bebauungsplanes durch **Planzeichen** auszuschließen.“

Das hier auch geforderte Planzeichen ist im Plan nicht vorhanden. In der Legende sowie

der Begründung wird dies lediglich in einem lapidaren Satz erwähnt. Der Hinweis auf bauliche Maßnahmen und Beschilderung (bei Realisierung) fehlt völlig. Nach Rechtskraft des B-Planes wird wohl niemand mehr in den alten Sitzungsprotokollen nachlesen.

Wir beantragen hiermit, das Planzeichen und den Vermerk, die Durchfahrtsmöglichkeiten durch bauliche Maßnahmen auszuschließen, in den Plan aufzunehmen und festzusetzen.

3. Brandschutz/Löschwasserversorgung

Die in der Begründung zum B-Plan aufgeführte Prüfung der Löschwasserversorgung, vorgesehen im Jahr 2019, halten wir aus Sicherheitsaspekten für nicht ausreichend. Auch die Kreisbrandinspektion verlangt eine Prüfung des öffentlichen Trinkwassernetzes hinsichtlich der erforderlichen Löschwassermenge.

Die vage Formulierung der Begründung „ist im Jahr 2019 vorgesehen“ hat wohl nur deklaratorischen Charakter im Hinblick auf die Ausführungen der Kreisbrandinspektion und entfaltet keine rechtlich festsetzende Wirkung.

Solche Sicherheitsaspekte müssen, bei sachgerechter und objektiver Abwägung, doch **vor Schaffung des Baurechtes** abgeklärt werden!

Hier sollen im TV-Gelände eine Vielzahl von mehrgeschossigen Häusern entstehen. Im gesamten übrigen Baugebiet wäre durch die Erhöhung der GRZ in vielen Fällen auch noch eine massive Steigerung der Gebäudeflächen möglich.

Wer trägt hier im hoffentlich nie eintretenden Schadensfalle die Verantwortung?

Wir beantragen, die Prüfung der Löschwasserversorgung noch vor der Schaffung von Baurecht durchzuführen.

4. Maß der baulichen Nutzung, insbesondere TV-Gelände

Nahezu alle Einwendungen gegen den ersten Entwurf der Bebauungsplanänderung sprachen sich gegen die massive Bebauung des TV-Geländes aus. Insgesamt resultierten wohl fast alle angesprochenen Probleme aus dieser geplanten Bebauung von neun Wohnhäusern.

Einstimmig wurde in der Sitzung vom 14.11.2018 vom GR das WB gestrichen und durch ein WA – Allgemeines Wohngebiet im gesamten Baugebiet ersetzt.

Aus dem Gesamtzusammenhang der Einwendungen heraus war das Ziel eine Reduzierung der Wohnhäuser im TV-Gelände und dem übrigen WB-Gebiet. Hätten die Damen und Herren Gemeinderäte eine Grundflächenzahl von 0,8 haben wollen, hätten sie WB nicht abzulehnen brauchen!

Die jetzige erneute Planung mit WA und der Ausnahme der GRZ bis zu 0,8 widerspricht dem damaligen Gemeinderatsbeschluss.

Im gesamten Baugebiet könnte dann eine maximale Bebauung bzw. Bodenversiegelung

durchgeführt werden. Die eigentliche Ausnahme bis 0,8 wird hier zum Regelfall erhoben. Damit wird die Ausnutzbarkeit der Grundstücke auf 80% der Grundfläche ermöglicht, was den aufgelockerten dörflichen Wohncharakter des Gebietes zerstören wird, sobald der Bauträger diese Festsetzung bis ins Letzte ausnutzt.

Es werden Anwesen im Bereich Jahn- und Hauptstraße als Negativbeispiele genannt und gleichzeitig wird dann gerade eine solche Bebauung im restlichen Bebauungsgebiet ermöglicht.

Als weiterer Aspekt sei hier der **Schutz der Nachbarschaft** erwähnt. Durch diese Aufblähung der Bebauungsmöglichkeiten steigt die Anzahl der möglichen Freisteller im gesamten Gebiet Sommerackerweg. Eine eventuell gerechtfertigte Beteiligung der Nachbarn und eine sachgerechte Abwägung durch den Gemeinderat fällt dann weg.

Was uns als die Unterzeichner erzürnt, ist wiederum die Art und Weise des Zustandekommens dieses Auslegungsbeschlusses.

In Kooperation von Frau Richter, Bürgermeister Zenglein, 2. Bürgermeister Hock wurde ein unzutreffendes Szenario aufgebaut, dass ohne 0,8 nahezu keine Baumaßnahmen etc. im gesamten Bebauungsgebiet mehr möglich seien. Den Bürgern könne doch nicht verwehrt werden, dass sie ihre Fahrzeuge auf dem eigenen Grund abstellen. Außerdem würde dies den Parkdruck auf den öffentlichen Straßen nehmen. Hier wird von den „übrigen Bürgern“ gesprochen, tatsächlich aber das TV-Gelände gemeint. Dort liegen die Schwierigkeiten nicht bei der Unterbringung der Wohnhäuser, sondern in den Verkehrs- und Parkflächen!

Schon beim ersten Entwurf stellte sogar das Landratsamt fest, dass die Parkflächen teilweise nur mit Kleinwagen anfahrbar seien.

Von den o.g. Personen wurde behauptet, das Landratsamt würde **keinerlei** Ausnahmen von der Grundflächenzahl mehr genehmigen.

Die Gemeinderätinnen Andrea Stürmer und Eva Rückert bestätigten dies ausdrücklich, auch mit Verweis auf Informationen aus dem Kreistag!

Eine Nachfrage bei Frau Zürn im Landratsamt ergab, dass diese Aussage so nicht stimmt, da sie **der Gesetzeslage** und der Verwaltungspraxis des Landratsamtes widerspricht! Selbstverständlich habe jeder Bürger das Recht, eine Ausnahme bzw. Befreiung zu beantragen. Diese würde dann im jeweiligen Einzelfall sachgerecht geprüft und individuell entschieden. Die Maßstäbe bei neuen Bebauungsplänen seien natürlich strenger als im Altbestand.

Es ist schon auffällig, wie sich die Vorgehensweisen ähneln. Der erste Auslegungsbeschuß wurde am 18.7.2018 gefasst. Architekt Franz hatte in dieser Sitzung wahrheitswidrig behauptet, die Nachbarn hätten keine Einwände gegen die Art der Bebauung des TV-Geländes erhoben, zum Teil sogar zugestimmt. Dass dies so nicht stimmte, zeigte sich ja aus den Reaktionen der Anwohner/Interessengemeinschaft.

Der zweite Auslegungsbeschuß, der wie bereits erwähnt stark vom Abwägungsbeschuß des GR vom 14.11.2018 abweicht, wurde ebenfalls durch die o.g. unwahre Behauptung erreicht.

Von verschiedenen Gemeinderäten wurde die Abweichung zum Abwägungsbeschluß moniert. Zweiter Bürgermeister Hock führte aber dazu aus, dass ein neuer Plan so beschlossen werden sollte, dass keine weiteren Beschlüsse oder Befreiungen bei evtl. Bauanträgen nötig werden.

Aufgrund dieser verschiedenen Vorträge schien die letztendlich zur Auslegung beschlossene Version alternativlos.

Als letzten Punkt zu dieser Problematik möchten wir noch anführen, dass bei dem ersten Versuch, die Maximalbebauung durchzusetzen, Argumente wie Bestandsschutz für das Hotel, Belange der ansässigen Betriebe, Lärmschutz etc. maßgebend waren. Die jetzt angeführten Argumente „zu Gunsten der übrigen Bürger“ spielten dabei keine Rolle. Die „übrigen Bürger“ waren den Initiatoren des B-Planes damals also offensichtlich völlig egal. Erst jetzt, wo die erste Begründung durch den GR verworfen wurde, tauchen diese Gründe plötzlich auf.

Spätestens jetzt müssen wir uns wieder die Frage nach der Objektivität und Neutralität des Bürgermeisters/2. Bürgermeisters und der Ortsplanerin stellen.

5. Dachform und -höhe im Bereich des TV-Geländes entspricht nicht der gebietsprägenden Dachlandschaft im B-Plan-Gebiet

Mit der Festsetzung der Dachformen Satteldach (SD) und höhenversetztes Pultdach (vPD) mit einer Dachneigung von 30 bis 53 Grad soll laut B-Plan-Begründung (Ziff. 9) der gebietsprägenden Rolle der Dachlandschaft Rechnung getragen werden. Es gibt im gesamten Gebiet, das fast vollständig bebaut ist, kein einziges vPD. Das Gebiet besteht ausschließlich aus Satteldächern, wobei Dächer mit 53 Grad Dachneigung ebenfalls keine vorhanden sind.

Bei voller Ausnutzung dieser Neigung könnten hier Wohnhäuser mit einer Höhe von über 13 Metern entstehen, **also nochmal 1/3 höher als die bestehende 10 Meter hohe Turnhalle.**

Auch das widerspricht dem Charakter des Gebietes.

Mit dieser Festsetzung soll einzig und allein den Neubauten auf dem TV-Gelände eine möglichst hohe Ausnutzung des Dachbereiches ermöglicht werden.

Damit wird gegen einen elementaren Punkt der Bauleitplanung, nämlich die Gestaltung des Ortsbildes (§ 1 Abs. 5 und 6 BauGB) verstoßen.

Im gesamten Bebauungsplangebiet ist die Bebauung geprägt von Ein- und Zweifamilienhäusern mit Satteldach, in der überwiegenden Mehrzahl mit einer Dachneigung von 30 bis 38 Grad. So stellt sich der gesamte Ortskern von Haibach dar. Mit den geplanten Dachformen SD und vPD (30 bis 53 Grad) auf dem TV-Gelände wird das Ortsbild erheblich gestört. Die Nachbarbebauung wird völlig ignoriert und das Ortsbild der Gemeinde nachhaltig negativ beeinträchtigt.

Aus all diesen Gründen bitten wir den Gemeinderat, unseren Argumenten zu folgen und diesen Entwurf abzulehnen.

Es mögen die Grundsätze für das Allgemeine Wohngebiet, ohne allgemeine Ausnahmen, herangezogen werden und der Beschluß so präzise gefasst werden,

dass nicht nochmal eine erneute „alternativlose Begründung“ herbeigezaubert werden kann.

Bitte sorgen Sie dafür, dass hier eine familienfreundliche und sozialverträgliche Bebauung mit Licht, Luft und auch Platz für Familien und insbesondere die Kinder entsteht.

Schaffen Sie die Möglichkeit für eine künftige ortsübliche Bebauung und schützen den Bestand.

Mit freundlichen Grüßen

siehe Unterschriftenliste

Beurteilung:

Zu 1. Öffentliche Auslegung

In der Sitzung des Gemeinderates lag der Bebauungsplanentwurf i.d.F. vom 15.01.2019 zur Beratung und Billigung vor. Das genannte Datum „07.12.2018“ in dem Auszug aus der Niederschrift des Gemeinderates am 16.01.2019 ist nicht korrekt. Es handelt sich um ein Versehen, jedoch nicht um einen Verfahrensfehler.

Anmerkung:

Am 07.12.2018 wurde ein 1. Änderungsplan i.d.F. vom 06.12.2018 an die Gemeinde übermittelt, der jedoch noch nicht alle Ergänzungen/Änderungen beinhaltete.

Zu 2. Verkehrliche Erschließung des TV-Geländes

Der Bebauungsplan enthält folgende Festsetzung:

Erschließung Grundstück Fl.Nr. 4836.

Die Haupteerschließung des Grundstücks muss eine Mindestbreite von 4,50 m aufweisen. Von der Stichstraße „Sommerackerweg“ darf nur max. 1 Wohneinheit erschlossen werden.

Für die Zweckbestimmung „Verbot der Durchfahrtsmöglichkeit“ enthält die Planzeichenverordnung kein Planzeichen. Anzumerken ist, dass die Verbindung zwischen Wendeplatz an der Stichstraße und der Jahnstraße entsprechend der örtlichen Beschilderung als Fußweg festgesetzt ist. Eine Ein- und Ausfahrt ist somit in diesem Bereich nicht zulässig, lediglich eine Erschließung einer Wohneinheit von dem Wendehammer.

Beschluss:

Die textliche Festsetzung wird mit dem Zusatz „Ausschluss der Durchfahrtsmöglichkeit“ ergänzt.

Abstimmungsergebnis: ja: 16 nein: 0

Abstimmungsbemerkung:

Bgm. Andreas Zenglein sieht sich gem. Art. 48 GO in einem Gewissenskonflikt und nimmt daher weder an Beratungen noch an Abstimmungen teil.

Zu 3. Brandschutz/Löschwasserversorgung

Durch die Gemeinde kann eine Löschwassermenge von mindestens 48 m³/h gewährleistet und zur Verfügung gestellt werden. Für darüber hinausgehende Mengen ist eine Prüfung im Einzelfall erforderlich.

Der Löschwasserbedarf ist bei konkreten Bauvorhaben gemäß DVGW-Arbeitsblatt 405 unter Berücksichtigung der baulichen Nutzung (Zahl der Vollgeschosse und Geschossflächenzahl) und der Gefahr der Brandausbreitung zu ermitteln. Gegebenenfalls sind alternative Löschwasserentnahmeeinrichtungen bei einem Löschwasserbedarf, der über 48 m³/h hinausgeht, einzuplanen.

Die Gemeinde Haibach hat die Ingenieurleistungen zur hydraulischen Überrechnung des Ortsnetzes zur Wasserversorgung von Haibach-Grünmorsbach angefragt, um exakte Angaben über die zur Verfügung stehende Löschwassermenge sowie die Hydranten und ihre Leistungsfähigkeit zu erhalten. Die ersten technischen Ergebnisse werden frühestens zum Jahresende 2019 vorliegen.

Zu 4. Maß der baulichen Nutzung, insbesondere TV-Gelände

Es wird vorgeschlagen, die **Zulässigkeit der abweichenden Bestimmung** nach § 19 Abs. 4 Satz 3 BauNVO mit einer Überschreitung der zulässigen Grundfläche durch die Grundflächen von Nebenanlagen, Garagen, Stellplätzen... (Satz 1) bis zu einer Grundflächenzahl von 0,8 **nicht** im Bebauungsplan festzusetzen.

Folglich gilt:

Eine Überschreitung der zulässigen Grundfläche (GRZ 0,4) ist um **50 %**, d.h. bis zu einer **Obergrenze von GRZ = 0,6**, jedoch nur durch die Grundflächen der

- Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten,
- Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO,
- baulichen Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche,

gestattet, nicht jedoch durch die Grundflächen der Hauptanlagen.

Wird eine Befreiung über die vorgegebene 50 %-Grenze unter Vorlage einer Begründung beantragt, hat die Gemeinde unter Berücksichtigung des Zwecks der jeweiligen Anforderung und unter Würdigung der öffentlich-rechtlich geschützten nachbarlichen Belange mit den öffentlichen Belangen darüber zu entscheiden. Der Antrag auf Befreiung von der Festsetzung des Bebauungsplanes ist mit dem Bauantrag zu stellen. Eine Vorlage im

Genehmigungsfreistellungsverfahren, die auch eine geringere Form der Beteiligung der Nachbarn beinhaltet, ist somit ausgeschlossen.

Eine Ausnahme oder Befreiung von den Festsetzungen eines neu aufgestellten Bebauungsplanes wird nur in ausreichend begründeten Einzelfällen genehmigt werden.

Beschluss:

Die zulässige Grundflächenzahl (GRZ) wird auf 0,4 festgelegt.

Abstimmungsergebnis: ja: 16 nein: 0

Abstimmungsbemerkung:

Bgm. Andreas Zenglein sieht sich gem. Art. 48 GO in einem Gewissenskonflikt und nimmt daher weder an Beratungen noch an Abstimmungen teil.

Zu 5. Dachform und -höhe im Bereich des TV-Geländes entspricht nicht der gebietsprägenden Dachlandschaft im Bebauungsplangebiet

Im direkten Umfeld des TV-Geländes befinden sich Gebäude mit Satteldächern, die Dachneigungen von 45° bis 53° mit den sich daraus ergebenden Firsthöhen aufweisen. Auch

in den rechtskräftigen Bebauungsplänen „Sommerackerweg“ von 1966/68 und 1984/85 ist eine Dachneigung bis 53° zulässig und im Bestand damals bereits vorhanden.

2. Bgm. Horst Hock teilt mit, dass die Auslegung in der Zeit vom 11.04.2019 bis zum 03.05.2019 vorgesehen ist. Der Satzungsbeschluss ist für die Sitzung des Gemeinderates am 08.05.2019 geplant.

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, die gefassten Beschlüsse in den Bebauungsplan „Sommerackerweg - 4. Änderung“ einzuarbeiten und anschließend gemäß § 4a (3) i.V.m. § 3 (2) BauGB erneut den Trägern öffentlicher Belange zur Stellungnahme zukommen zu lassen und die erneute öffentliche Auslegung zu veranlassen und ortsüblich bekanntzumachen.

Abstimmungsergebnis: ja: 16 nein: 0

Abstimmungsbemerkung: Bgm. Andreas Zenglein sieht sich gem. 48 GO in einem Gewissenskonflikt und nimmt daher weder an Beratungen, noch an Abstimmungen teil.

6. Sanierung Schulsportanlage

Bgm. Andreas Zenglein übernimmt ab 22:15 Uhr wieder die Leitung der Sitzung.

Sachverhalt:

Für Sanierung der Schulsportanlage werden vom Freistaat Bayern Zuwendungen gem. Art. 10 BayFAG gewährt.

Hierzu ist es erforderlich, einen Zuwendungsantrag zu stellen und die vorzeitige Baufreigabe zu beantragen.

Nach der Kostenberechnung des Bauamtes betragen die Baukosten 272.700 €. Die Zuwendungen des Freistaates Bayern dürften sich auf 136.400 € belaufen.

Daraus ergibt sich folgender Finanzierungsplan:

Baukosten gesamt (lt. Kostenberechnung)	272.700 €
Zuwendungsfähige Kosten	272.700 €
Zuwendungen des Freistaates Bayern	136.400 €
Eigenmittel der Gemeinde Haibach	136.300 €

GR Toni Stahl fragt, wie hoch die Förderung für diese Maßnahme geplant war.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass im Haushalt 163.000 EUR eingestellt wurden. Der heutige Beschluss ist notwendig, um die Vollfinanzierung zu bestätigen, die Fördersumme wird dann ausgezahlt. Seitens der Regierung wurde nun noch vorgeschlagen, die Kugelstoßanlage und die Tartanbahn in die Maßnahme mit aufzunehmen. Wichtig ist, dass man nicht unter den Betrag von 100.000 EUR Investitionssumme (Bagatellgrenze) kommt, da sonst keine Förderung möglich ist.

GR Jürgen Großmann möchte wissen, welche Gartenbauarbeiten dort anstehen.

Hierzu antwortet **Dipl. Ing. Martin Volk**, dass dies Gestaltungs- und Pflasterarbeiten sind.

GR Beate Konrad fragt, ob eine exakte Angabe über die Teile, die bezuschusst werden sollen, erforderlich ist.

Bgm. Andreas Zenglein erwidert, dass die Summe von 100.000 EUR nicht unterschritten werden darf. Die Entscheidungen über die Maßnahme insgesamt trifft das Gremium.

Beschluss

Die Generalsanierung der Schulsportanlage wird durchgeführt.

Die finanziellen Mittel sind im Haushalt 2019 bereitgestellt.

Bei der Regierung von Unterfranken werden Zuwendungen nach Art 10 BayFAG beantragt.

Gleichzeitig wird ein Antrag auf vorzeitige Baufreigabe gestellt.

Die Gesamtbaukosten belaufen sich auf 272.700,00 €.

Die Zuwendungen des Freistaates Bayern werden sich voraussichtlich auf 136.400 € belaufen.

Die Gemeinde Haibach ist bereit und in der Lage, erwartete Zuwendungen über mehrere Jahre vorzufinanzieren.

Der Gemeinde Haibach ist bekannt, dass

- mit der Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn keine Zusage einer künftigen Förderung verbunden ist, also ob, wann und in welcher Höhe Zuwendungen bereit gestellt werden und eine mögliche Förderung sich nach den dann geltenden Förderungsrichtlinien bemisst.
- Die Kosten der Zwischenfinanzierung nicht gefördert werden und mit dem vorzeitigen Baubeginn die Dringlichkeit des Vorhabens nicht begründet werden kann.

Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0

7. Allgemeines

Informationen von Bgm. Andreas Zenglein:

7.1. Evaluierungstag „WeSPE“

Die Evaluierung der „interkommunalen Allianz WeSPE“ findet am 03.07. im „Panoramahotel Heimbuchenthal“ statt. Von jeder Fraktion sollte ein Vertreter dabei anwesend sein. Es geht um die weiteren Zuschüsse für diese Allianz. Die Veranstaltung dauert von 8:30 Uhr bis ca. 16:00 Uhr.

7.2. Glasfaserausbau

Im Rahmen der „WeSpe“ ist in den Mitgliedsgemeinden der Ausbau des Glasfasernetzes mit der „Deutschen Glasfaser“ vorgesehen. Die Verträge hierzu liegen vor und wurden geprüft. Hierzu fehlt jedoch für die Beteiligung Haibachs noch der Beschluss des Gemeinderates, dieser soll in der Sitzung am 08.05. gefasst werden.

7.3. Veranstaltung zur Info zur Straßenausbauschätzung

Am Mittwoch, 17.04.2019, findet in der Kultur- und Sporthalle eine Info-Veranstaltung für interessierte Bürgermeister, Gemeinderäte und Mitarbeiter der Landkreisgemeinden statt. Hierzu sind selbstverständlich auch alle Haibacher Gemeinderäte eingeladen. Die Veranstaltung wird vom Bayerischen Gemeindetag und der KPV organisiert. Beginn: 15:30 Uhr.

7.4. Geplante Besichtigungen bzgl. Denkmalschutz

Die vorgeschlagenen Besichtigungen in Kleinwallstadt und Großostheim finden am Samstag, 27.04.2019, statt. In Großostheim wird dann auch Volker Schickling dabei sein, um entsprechende Erläuterungen zum eventuell geplanten Quartier in Haibach zu geben.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **08.05.2019** genehmigt.

Andreas Zenglein

Erster Bürgermeister

Silvia Reiling

Verw.-Angest.

SITZUNG

des

GEMEINDERATES**Sitzungstag: Mittwoch, 8. Mai 2019****Sitzungsdauer: 20:00 Uhr bis 22:00 Uhr
Haibach, Rathaus**

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
---------------------------	-----------------	---

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Horst Hock	2. Bürgermeister	
Michael Albert	Gemeinderat	anwesend ab 20:35 Uhr
Josef Farrenkopf	Gemeinderat	
Andreas Först	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Jürgen Großmann	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Torsten Redeker	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Eva Rückert	Gemeinderätin	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Abwesend:

Peter Amrhein	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Tobias Rückert	Gemeinderat	

Schriftführer		
Monika Heuberger		

Verwaltung		
Michael Müller		
Andreas Roth		
Sonja Stahl		
Martin Volk		
Thomas Wenzel		

Tagesordnung

Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift GR vom 03.04.2019 + HFA vom 20.02.2019
3.	Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung
4.	4. Änderung des Bebauungsplanes "Sommerackerweg" - Satzungsbeschluss
5.	Behandlung von Bauanträgen; Nr. 16/19 - Jahnstraße 7 - Außengastronomie, Ertüchtigung Brandschutz und Anbindung Fluchtweg 2. OG an vorhandene Spindeltreppe
6.	Antrag zur Festlegung einer Agenda zur Errichtung einer Senioreneinrichtung
7.	Antrag auf Durchführung einer unabhängigen Bestands- und Bedarfsermittlung zur Ansiedlung einer Seniorenpflege-/Betreuungseinrichtung
8.	Breitbandausbau; Deutsche Glasfaser GmbH
9.	Neubau Radweg Haibach - Dörmorsbach (1.BA) - Finanzierungsplan
10.	Knotenpunkt St2312/Findbergstraße - Finanzierungsplan
11.	Sonnenschutz KSP Drei Kreuze und Dorffriedhof
12.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 15 erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

Zunächst werden GR Josef Farrenkopf und 2. Bgm. Horst Hock zu ihrem 70. Geburtstag beglückwünscht.

Zum weiteren Verlauf der Sitzung stellt **Bgm. Andreas Zenglein** fest, dass die Tagesordnungspunkte 4 und 5 von 2. Bgm. Horst Hock geleitet werden.

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift GR vom 03.04.2019 + HFA vom 20.02.2019

Die Protokolle der Sitzungen des Gemeinderates vom 03.04.2019 und des Haupt- und Finanzausschusses vom 20.02.2019 werden ohne Anmerkungen genehmigt.

3. Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung

Die Jahresvertragsleistungen Tiefbau 2019/ 2020 wurden an die Fa. Heinrich Kunkel, Aschaffenburg, vergeben.

4. 4. Änderung des Bebauungsplanes "Sommerackerweg" - Satzungsbeschluss

Die Leitung dieses Tagesordnungspunktes übernimmt 2. Bgm. Horst Hock, da sich Bgm. Andreas Zenglein in einem Interessenskonflikt gem. Art. 48 GO sieht. Er nimmt weder an Diskussionen noch an Abstimmungen zur diesem Punkt teil.

Beurteilung: Kenntnisnahme

B. Öffentliche Auslegung

Seitens der Öffentlichkeit sind keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken eingegangen.

Sachverhalt:

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 03.04.2019 als weiteres Verfahren die erneute öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 4a Abs. 3 BauGB beschlossen. Die erneute öffentliche Auslegung fand in der Zeit vom 15.04. bis einschließlich 03.05.2019 statt.

Der Bebauungsplan Sommerackerweg, Änderung 4, kann nunmehr festgestellt und als Satzung beschlossen werden. Der Bebauungsplan wird dann nach der Veröffentlichung rechtswirksam.

Beschluss

Der Bebauungsplan Sommerackerweg, Änderung 4, wird in der Fassung vom 04.04.2019 festgestellt und gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Die Satzung ist ortsüblich bekannt zu machen.

A. Beteiligt wurde das Landratsamt – Bauaufsicht/Kreisbaumeisterin**Landratsamt – Bauaufsicht/Kreisbaumeisterin**

Aus städtebaulicher Sicht werden zu dem Bebauungsplan i.d.F. vom 04.04.2019 keine weiteren Anregungen und Bedenken vorgebracht. Einvernehmen!

Abstimmungsergebnis: ja: 15 nein: 0

15.04.19
Abstimmungsbemerkung: Bgm. Andreas Zenglein sieht sich gem. Art. 48 GO in einem Interessenskonflikt und nimmt daher weder an Diskussionen noch an Abstimmungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

5. Behandlung von Bauanträgen; Nr. 16/19 - Jahnstraße 7 - Außengastronomie, Ertüchtigung Brandschutz und Anbindung Fluchtweg 2. OG an vorhandene Spindeltreppe

Die Leitung dieses Tagesordnungspunktes übernimmt 2. Bgm. Horst Hock, da sich Bgm. Andreas Zenglein in einem Interessenskonflikt gem. Art. 48 GO sieht. Er nimmt weder an Diskussionen, noch an Abstimmungen zu diesem Punkt teil.

Bauherr:	Eckert, Steffi und Kopetz, Wolfram
Bauvorhaben:	Außengastronomie, Ertüchtigung Brandschutz und Anbindung Fluchtweg 2. OG an vorhandene Spindeltreppe
Baugrundstück:	Jahnstr. 7, 63808 Haibach Fl.Nr. 4839, Gemarkung Haibach

Beurteilung:

§ 30 BauGB Das Bauvorhaben entspricht nicht den Festsetzungen des rechtsverbindlichen B-Planes „Sommerackerweg“ (WA).

Befreiungen:

Für das Bauvorhaben sind nach § 31 Abs. 2 BauGB folgende Befreiungen erforderlich:

- Für die Errichtung einer Nebenanlage (hier Außengastronomie) außerhalb der Baulinien
- Für die Überschreitung der GRZ von 0,805 (aus genehmigtem Außenanlagenplan von 1976) auf 0,836

Anmerkung der Bauverwaltung:

Nach Einreichung der Bauantragsunterlagen wurde eine Kopie des Befreiungsantrages für die GRZ an das Landratsamt zur „Vorprüfung“ gegeben, da die Gemeinde die GRZ nicht prüft. Nach Rücksprache mit Frau Zürn am 04.04.2019 teilte sie folgendes mit: Die Berechnung der GRZ sei falsch, da die 6 Stellplätze, welche an der Liegewiese entlang bestehen, nicht in die GRZ-Berechnung mit eingeflossen wären. Ebenso ist die Andienung der Fluchttreppe, welche auf der Liegewiese liegt, nicht mit aufgenommen.

Es ist irritierend, dass der zugrunde liegende Plan zur GRZ-Berechnung sich anders darstellt, als der Erdgeschoss-Plan des Bauantrages.

Das im Befreiungsantrag angegebene Höchstmaß der GRZ von 0,8 findet derzeit noch keine Anwendung, da dem zugrunde liegenden Bebauungsplan „Sommer-ackerweg“ aus dem Jahr 1968 die BauNVO 1962 zugrunde liegt.

Info aus dem Bauamt:

Prüfungsumfang für Ausnahmen und Befreiungen nach § 31 BauGB:

Abs. 1 – Von den Festsetzungen des Bebauungsplans können solche Ausnahmen zugelassen werden, die in dem Bebauungsplan nach Art und Umfang ausdrücklich vorgesehen sind.

Abs. 2 – Von den Festsetzungen des Bebauungsplans kann befreit werden, wenn die Grundzüge der Planung nicht berührt werden und

- Gründe des Wohls der Allgemeinheit, einschließlich des Bedarfs zur Unterbringung von Flüchtlingen oder Asylbegehrenden, die Befreiung erfordern oder
- die Abweichung städtebaulich vertretbar ist oder
- die Durchführung des Bebauungsplans zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde
- und wenn die Abweichung auch unter Würdigung nachbarlicher Interessen mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist.

§ 31 Abs 2. BauGB hat mit dem Gebot der Würdigung nachbarlicher Interessen drittschützende Wirkung. Die Befreiung verletzt die Nachbarin oder den Nachbarn in ihren / seinen Rechten, wenn die Behörde bei der Ermessensentscheidung nicht die gebotene Rücksicht auf ihre oder seine Interessen genommen hat.

Erschließung: gesichert

Nachbarunterschriften gemäß Art. 66

BayBO: Nicht vollständig

Der direkt angrenzende Nachbar, Turnverein Haibach, hat die Bauantragsunterlagen nicht unterschrieben.

(Es wurde im Bauantrag nichts angekreuzt bezüglich der Benachrichtigung der Eigentümer benachbarter Grundstücke, deren Unterschriften fehlen, durch die Gemeinde. Von daher ist keine Benachrichtigung durch das Bauamt erfolgt.)

Stellplatznachweis nach der gemeindlichen Stellplatzsatzung vom Jan 93:

Durch die Ertüchtigung des Brandschutzes erhöht sich der Stellplatzbedarf nicht.

Da die Freischankfläche 30% der Gastraumfläche nicht überschreitet, sind keine zusätzlichen Stellplätze nachzuweisen.

2. Bgm. Horst Hock stellt fest, dass der Gemeinderat nicht über die Zulässigkeit der Außen-gastronomie entscheidet. Es wird lediglich das Einverständnis der Gemeinde angefordert. Die Zulässigkeit wird vom Landratsamt entschieden.

GR Toni Stahl bestätigt die Ausführungen, dass die Gemeinde nicht die Genehmigungsbehörde ist. Der Antrag soll nach seiner Meinung an das Landratsamt weitergegeben werden und von dort wird dann die Rückmeldung kommen.

GR Dietmar Kempf-Blatt vertritt die gleiche Meinung. Er hat jedoch Bedenken wegen der fehlenden Nachbarunterschrift hinsichtlich der GFZ. Der Biergarten wird seit Jahren unbeanstandet genutzt und sollte daher Bestandschutz genießen.

GR Claus Rückert schlägt vor, diesen Antrag zu splitten. Er schließt sich allerdings der Meinung der Kollegen an.

GR Anja Goymann ist der Auffassung, dass ein Statement gegenüber dem Landratsamt abgegeben werden sollte.

GR Richard Hein sieht hier die Problematik bei künftigen Bauanträgen, wenn die GFZ nicht stimmt. Eine Richtigstellung der GFZ wurde nicht gemacht. Die vollständigen Nachbarunterschriften zu diesem Bauantrag liegen nicht vor. Hier sollte das die Gemeinde noch erledigen und die Unterschriften anfordern. Er spricht sich für den Weiterbetrieb des Biergartens aus, kann aber wegen der fehlenden Unterschriften keine Zustimmung erteilen.

GR Torsten Redeker bemerkt, dass nach seiner Meinung der Betrieb des Biergartens kein Thema ist. Aber es geht darum, dass das öffentliche Interesse inzwischen schon so groß geworden ist und eine harte Diskussion im Gemeinderat bezüglich der GFZ geführt wurde. Monatelang wurde diskutiert wegen einer Senkung der GFZ und dann eine Lösung

hierzu erzielt. Kurz nach diesem Ergebnis kommt dann ein Antrag, in dem sich die gleiche Diskussion wiederholt und nun soll eine Ausnahmegenehmigung erteilt werden. Diese Angelegenheit sollte geklärt werden. Und – er hätte sich im Übrigen ohnehin ein anderes Niveau zu diesem Thema gewünscht. Der Antrag zum Brandschutz ist für ihn selbstverständlich – dem Biergarten kann er jedoch nicht zustimmen.

2. Bgm. Horst Hock erklärt, dass er die Diskussionen sehr gut nachvollziehen kann. Er hofft, dass mit dem heute gefassten Satzungsbeschluss doch wieder Ruhe in diese Sache kommt. Nach seiner Meinung können nicht nur Forderungen gestellt werden, die Regularien sollten für alle gelten. In der weiteren Diskussion wird die Beschlussfassung für die Variante 1 festgelegt.

Beschluss

Das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB wird unter Maßgabe folgender Befreiungen erteilt:

- a) Für die Errichtung einer Nebenanlage (hier Außengastronomie) außerhalb der Baulinien
- b) Für die Überschreitung der GRZ von 0,805 auf 0,836

Brandschutz:

Das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB für die Ertüchtigung des Brandschutzes und die Anbindung des Fluchtweges vom 2. OG an die vorhandene Spindeltreppe wird erteilt.

Abstimmungsergebnis: ja: 12 nein: 3

Abstimmungsbemerkung: Bgm. Andreas Zenglein fühlt sich gem. Art. 48 GO in einem Interessenskonflikt und nimmt daher weder an Diskussionen noch an Abstimmungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

GR Richard Hein bemerkt zu seiner Gegenstimme, dass er seine Zustimmungen bezüglich des Brandschutzes erteilt hätte.

6. Antrag zur Festlegung einer Agenda zur Errichtung einer Senioreneinrichtung

Ab diesem TOP ist GR Michael Albert anwesend.

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 11.03.2019 stellen die Gemeinderäte Beate Konrad, Anja Goymann, Toni Stahl und Jürgen Großmann den Antrag, der Agenda zur Errichtung einer Senioren-einrichtung zuzustimmen.

Die eingereichte Agenda soll dazu dienen, dass der Gemeinderat unabhängig vom Vorhaben eines externen Investors eine fundierte und unabhängige Entscheidung zur Errichtung einer Senioreneinrichtung und deren Örtlichkeit in der Gemeinde treffen kann.

Der Antrag wird verlesen.

Anmerkung der Verwaltung:

Wie bereits der Beschlussvorlage vom 06.02.2019 zu entnehmen war, sollte um die weitere Vorgehensweise in der Frage Seniorenwohnheim in Haibach festlegen zu können, Klarheit über den Standort Wendelberg geschaffen werden.

Insofern wird nochmals vorgeschlagen einen Beschluss zu fassen, ob ein Bauleitplanverfahren (mit städtebaulichem Vertrag) für den Standort Wendelberg durchgeführt werden soll.

Aufgrund der am 29.11.2016 von Frau Richter vorgestellten Standortanalyse für rund 80 Pflegeplätze (vollstationär, teilstationär und ambulant) kommen lediglich die Standorte „Am Wendelberg“ oder das Sportgelände „Am Hohen Kreuz“ in Frage.

Ob diese Anzahl von Pflegeplätzen aktuell bzw. zukünftig dem Bedarf entspricht, kann durchaus durch Beauftragung einer unabhängigen Bedarfsanalyse, auch im Hinblick auf die im Antrag genannten Kriterien, abgefragt werden.

GR Anja Goymann verweist nochmals auf die Agenda zur Errichtung einer Senioren-tagesstätte. Hier sollte unabhängig eine Bedarfsanalyse erstellt werden. Nach außen sollte dies transparent sein, damit die Bürger und die betreffenden Behörden auch im weiteren Verlauf informiert sind.

Hier soll ein Entstehungsprozess durchlaufen werden, der weit in die Zukunft reicht. Sie erinnert an Umweltschutz und Vorsorge. Aus diesem Grund wurde der Antrag gestellt, um eine unabhängige Entscheidung zu erhalten.

GR Dietmar Kempf-Blatt bemerkt, dass in der SPD Fraktion hierzu diskutiert wurde, jedoch kein einheitliches Meinungsbild erreicht wurde. Man ist sich jedoch einig, dass sowohl eine Bürgerbeteiligung als auch eine Bedarfsanalyse erforderlich sind. Diese Bedarfsanalyse sollte jedoch zuerst durchgeführt werden.

GR Claus Rückert bemerkt, dass auch in der FWG-Fraktion keine Einigkeit zu diesem Punkt erzielt werden konnte.

GR Anja Goymann stellt fest, dass man das Rad nicht neu erfinden will. Man hat sich an der Agenda der Firma orientiert. Die Reihenfolge der Abhandlung sollte kein Problem darstellen.

Es kann jedoch nicht sein, dass der Investor die Vorgaben zur Abwicklung macht und die Kosten hierfür an der Gemeinde hängen bleiben. Alternativ erwähnt sie zur Vorgehensweise auch den bereits bekannten Antrag von GR Jürgen Goldhammer.

GR Richard Hein erklärt, trotz angeblicher persönlicher Beteiligung, dass er sich für diese Agenda ausspricht, weil diese von einer Fachabteilung abgearbeitet wird.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt zur Wortmeldung von GR Richard Hein:

Hier liegt ein Antrag für eine Agenda vor und kein Bauantrag. Da sich noch mehrere Interessenten diesbezüglich interessieren, geht es hier um eine wertfreie Standortanalyse. Aus diesem Grund kann GR Richard Hein sich an der Diskussion beteiligen und auch an der Abstimmung teilnehmen.

GR Claus Rückert stellt den Antrag zur Geschäftsordnung:

Abstimmung über den Antrag zur Festlegung einer Agenda

Beschluss

Der Gemeinderat stimmt dem vorliegenden Antrag und der Agenda zu. Die Gemeinde Haibach trägt die Kosten für die in der Agenda aufgeführten Punkte Nr. 1 – 8.

Die Reihenfolge der Agenda ist noch festzulegen.

Abstimmungsergebnis: ja: 9 nein: 7

Abstimmungsbemerkung: 2. Bgm. Horst Hock bemerkt zu seiner Gegenstimme, dass er diese Agenda richtig findet, diese jedoch auch mit Kosten verbunden ist. Zum Punkt 1 der Agenda sieht er die Möglichkeit, dass eventuell so auch ein neuer Standort gefunden werden kann.

7. Antrag auf Durchführung einer unabhängigen Bestands- und Bedarfsermittlung zur Ansiedlung einer Seniorenpflege-/Betreuungseinrichtung

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 24.03.2019 stellt Gemeinderat Jürgen Goldhammer den Antrag, vor dem Einleiten weiterer Schritte zur Ansiedlung einer Seniorenpflege-/Betreuungseinrichtung in Haibach zwingend eine unabhängige Bestands- und Bedarfsermittlung nach Art. 69 Abs. 1 AGSG

(Gesetz zur Ausführung der Sozialgesetze) für die Gemeinde Haibach durchgeführt wird. Die Ergebnisse, Ziele und Maßnahmen des „Integrierten Gesamtkonzeptes für Seniorinnen, Senioren und Menschen mit Behinderung im Landkreis und der Stadt Aschaffenburg sind dabei zu beachten und bei der Bewertung mit einzubeziehen.

Begründet wird der Antrag mit dem in den letzten Jahren stark veränderten Bedarf im Bereich der Seniorenpflege- und Betreuung in und um Haibach.

Die Gemeinde Haibach soll im Rahmen ihrer Aufgaben und Pflichten nach Art. 68 AGSG das durch den Kreistag und den Stadtrat beschlossene „Integrierte Gesamtkonzept für Seniorinnen, Senioren und Menschen mit Behinderung im Landkreis und der Stadt Aschaffenburg“ sinnvoll und nachhaltig ergänzen.

Ziel soll es sein, auf Basis dieser Bestands- und Bedarfsermittlung zukünftig die erforderlichen Maßnahmen für die erfolgreiche Ansiedlung einer privat betriebenen Seniorenpflege- und/oder Seniorenbetreuungseinrichtung im aktuell bebaubaren Ortsgebiet zu bewerten.

Bgm. Andreas Zenglein befürwortet den vorgelegten Antrag. Es sollte zuerst eine Bedarfsanalyse durchgeführt werden.

GR Jürgen Großmann sieht durch diesen Antrag den Pkt. 2 der vorher beantragten Agenda bestätigt. Die Reihenfolge kann nach seiner Meinung flexibel gestaltet werden.

Beschluss

Vor dem Einleiten weiterer Schritte zur Ansiedlung einer Seniorenpflege-/Betreuungseinrichtung in Haibach wird eine unabhängige Bestands- und Bedarfsermittlung nach Art. 69 Abs. 1 AGSG für die Gemeinde Haibach durchgeführt.

Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0

8. Breitbandausbau; Deutsche Glasfaser GmbH

Sachverhalt:

Die Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH möchte in den fünf Gemeinden der Kommunalen Allianz WEstSPeessart einen eigenwirtschaftlichen Glasfaserausbau vornehmen, wenn sich mindestens 40% der Haushalte der Kommunalen Allianz im Rahmen der Nachfragebündelung für einen Vertrag mit der Deutschen Glasfaser GmbH entscheiden. Das Unternehmen informierte bei der gemeinsamen Gemeinderatssitzung der WESPE-Gemeinden am 21.06.2018 in Sailauf umfassend über die Projektinhalte, sowie über den notwendigen Kooperationsvertrag zwischen den Gemeinden und der Deutschen Glasfaser GmbH.

Zwischenzeitlich ist eine juristische Prüfung des Kooperationsvertrages durch die Firma IK-T Manstorfer und Hecht GbR und den Bayerischen Gemeindetag erfolgt. Anhand dieser Prüfung wurden im Vergleich zum ersten Entwurf des Kooperationsvertrages viele kleine Formulierungen geändert. Kern der Änderung ist § 4 des Kooperationsvertrages. Neu ist auch die Dokumentationspflicht in § 10 des neuen Kooperationsvertrages.

Die ursprüngliche Fassung des § 4 Abs. 2 sah grundsätzlich die Verlegung der Glasfaserleitungen im Wege des Micro- oder Minitrenching vor. Jetzt enthält § 4 Abs. 2 die Regelung, dass die Deutsche Glasfaser die Verlegung der Glasfaserleitungen oder Leerrohrsysteme, die der Aufnahme der Glasfaserleitungen dienen, im Wege des Micro- oder Minitrenching beantragen kann. Sollte es bei dieser Verletechnik zu Problemen gem. § 4 Abs. 3 kommen, wird die Deutsche Glasfaser die entstehenden Kosten beziehungsweise den höheren Verwaltungsaufwand übernehmen.

Die Gemeinde Haibach hat - wie die anderen vier WESPE-Gemeinden auch - die Entscheidung zu treffen, ob der Aufbau eines Glasfasernetzes im Gemeindegebiet durch die Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH befürwortet, bzw. unterstützt werden soll.

GR Jürgen Großmann fragt, ob ein zentraler Knotenpunkt gestellt werden muss.

Dies bestätigt **Bgm. Andreas Zenglein**.

GR Dietmar Kempf-Blatt möchte Informationen zur Umsetzung.

Bgm. Andreas Zenglein teilt mit, dass nach Vertragsunterzeichnung im 1. Halbjahr der Beginn der Maßnahme noch im Jahr 2019 vorgesehen ist. Da die Maßnahme im gesamten Gebiet der WESPE-Gemeinden erfolgen soll wird der Zeitraum wohl Minimum 2 Jahre dauern. Bgm. Marianne Krohnen von der Gemeinde Geiselbach ist mit dem seitherigen Verlauf der Arbeiten durch die Deutsche Glasfaser sehr zufrieden.

GR Toni Stahl sieht dieses Angebot als gute Sache, wobei nach seiner Meinung Haibach bisher schon gut aufgestellt ist. Neuentwicklungen sollte man nicht entgehen lassen.

Bgm. Andreas Zenglein ist der Ansicht, dass Konkurrenz auch das Geschäft belebt.

Beschluss

Bürgermeister Andreas Zenglein wird ermächtigt, den Kooperationsvertrag mit der Deutschen Glasfaser Wholesale GmbH abzuschließen.

Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass im Fall der Nichterreichung der Anschlussquote (40% der Haushalte der Kommunalen Allianz WEstSPessart),

ein Breitbandausbau mit der Deutschen Glasfaser Wholesale GmbH nicht zustande kommt.

Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0

9. Neubau Radweg Haibach - Dörmorsbach (1.BA) - Finanzierungsplan

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 29.11.2018 wurde von der Regierung von Unterfranken ein Zuwendungsbescheid zum Neubau des Geh- und Radweges zwischen Haibach und Dörmorsbach - BA 1 erlassen.

Aufgrund des Zuwendungsbescheides ergibt sich folgender Finanzierungsplan:

Veranschlagte Gesamtkosten	499.000 €
Davon zuwendungsfähig	460.000 €
Zuwendungen gem. Art. 13c BayFAG	240.000 €
Anteil Gemeinde Haibach	259.000 €

GR Toni Stahl ist der Meinung, dass die vorgelegten Zahlen gegenüber der letzten Vorlage gestiegen sind.

Dipl. Ing. Martin Volk erklärt, dass dies die Ergebnisse der Ausschreibungen sind. Der Landschaftspflegeplan und der Begleitplan waren bisher nur als geschätzte Kosten veranschlagt.

GR Toni Stahl möchte nochmals die ursprünglichen Zahlen wissen.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass sich an der Sache nichts ändern wird, weil der Beschluss für die Durchführung der Maßnahme notwendig ist.

Dipl. Ing. Martin Volk stellt fest, dass derzeit nur Schätzwerte angegeben sind. Erst nach der Ausschreibung liegen die exakten Zahlen vor. Die Regierung ist mit diesen Werten für die Finanzplanung einverstanden.

Bgm. Andreas Zenglein ergänzt, dass auch die Zuwendung des Landkreises für diese Maßnahme

in Abzug gebracht wird. Somit verkleinert sich auch der finanzielle Anteil der Gemeinde.

Beschluss

Der Neubau des Geh- und Radweges zwischen Haibach und Dörmorsbach – BA 1 wird durchgeführt.

Die finanziellen Mittel sind im Haushalt 2019 bereitgestellt.

Bei der Regierung von Unterfranken werden Zuwendungen nach Art. 13c BayFAG beantragt.

Die Gesamtbaukosten belaufen sich auf 499.000€.

Davon ist zuwendungsfähig ein Betrag von 460.000€.

Die Zuwendungen des Freistaates Bayern werden sich voraussichtlich auf 240.000€ belaufen.

Die Gemeinde Haibach ist bereit und in der Lage, erwartete Zuwendungen über mehrere Jahre vorzufinanzieren.

Der Gemeinde Haibach ist bekannt, dass

- mit der Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn keine Zusage einer künftigen Förderung verbunden ist, also ob, wann und in welcher Höhe Zuwendungen bereit gestellt werden und eine mögliche Förderung sich nach den dann geltenden Förderungsrichtlinien bemisst.
- Die Kosten der Zwischenfinanzierung nicht gefördert werden und mit dem vorzeitigen Baubeginn die Dringlichkeit des Vorhabens nicht begründet werden kann.

Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0

10. Knotenpunkt St2312/Findbergstraße - Finanzierungsplan

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 21.02.2019 wurde von der Regierung von Unterfranken ein Zuwendungsbescheid zum Ausbau des

Knotenpunktes St 2312/ Findbergstraße/ Großmannstraße erlassen.

Aufgrund des Zuwendungsbescheides ergibt sich folgender Finanzierungsplan:

Veranschlagte Gesamtkosten	1.211.000 €
Anteil Gemeinde: 24,79%	300.200 €
Davon zuwendungsfähig	244.000 €
Zuwendungen gem. Art 2 BayGVG	130.000 €
Anteil Gemeinde Haibach	170.200 €

Beschluss

Der Ausbau der Kreuzung Großmannstraße/Findbergstraße/Würzburger Straße (ST 2312) wird durchgeführt.

Die finanziellen Mittel sind im Haushalt 2019 bereitgestellt.

Bei der Regierung von Unterfranken werden Zuwendungen nach Art. 2 BayGVFG beantragt. Die Gesamtbaukosten belaufen sich auf 1.211.000€. Davon ist zuwendungsfähig ein Betrag von 244.000€.

Die Zuwendungen des Freistaates Bayern werden sich voraussichtlich auf 130.000€ belaufen.

Die Gemeinde Haibach ist bereit und in der Lage, erwartete Zuwendungen über mehrere Jahre vorzufinanzieren.

Der Gemeinde Haibach ist bekannt, dass

- mit der Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn keine Zusage einer künftigen Förderung verbunden ist, also ob, wann und in welcher Höhe Zuwendungen bereit gestellt werden und eine mögliche Förderung sich nach den dann geltenden Förderungsrichtlinien bemisst.
- Die Kosten der Zwischenfinanzierung nicht gefördert werden und mit dem vorzeitigen Baubeginn die Dringlichkeit des Vorhabens nicht begründet werden kann.

Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0

11. Sonnenschutz KSP Drei Kreuze und Dorffriedhof

Sachverhalt:

Die Errichtung eines Sonnenschutzes am KSP „Zu den drei Kreuzen“ wurde in verschiedenen BAsitzungen vorgestellt und diskutiert. Zuletzt wurde der Antrag der Altbürgermeisterin Heidrun Schmitt zur Errichtung eines Sonnenschutzes am 25.07.2018 behandelt. Die Beschlussfassung wurde zurückgestellt, Angebote sollten eingeholt werden.

In den heißen Sommermonaten des vergangenen Jahres wurde der auch der fehlende Sonnenschutz an der Aussegnungshalle des Dorffriedhofes mehrfach thematisiert, weshalb auch für diesen Bereich eine Lösung geprüft werden sollte.

1) KSP Drei Kreuze:

Insgesamt wurden für den Kinderspielplatz 3 Angebote eingeholt. Grundsätzlich handelt es sich dabei um Sonnensegelvarianten,

Zwei Anbieter schaffen den Sonnenschutz über ein Einzelsegel, Segelgröße ca. 64m².

Ein Anbieter arbeitet mit 3 Einzelsegeln von 18 bis 25 m² Einzelgrößen.

Die beiden Lösungen mit Einzelsegel überdecken vorwiegend den Bereich des Spielschiffes, die Rutsche und die Matschanlage bleiben ungeschützt.

Die Variante mit den 3 kleineren Segeln erlaubt die Beschattung des gesamten Spielgerätes, die Matschanlage bleibt ungeschützt.

Die voraussichtlichen Kosten des Sonnenschutzes am KSP betragen zwischen 10 – 12 Tsd. Euro.

2) Aussegnungshalle Dorffriedhof:

Nachdem im vergangenen Sommer gehäuft die Problematik des fehlenden Sonnenschutzes an der Aussegnungshalle aufgetreten ist, wurden Lösungsansätze betrachtet.

Zur Entscheidungsfindung wurden Angebote eingeholt.

a) Sonnenschirme:

Insgesamt müsste eine Platzfläche von ca. 13 * 10 m beschattet werden.

Großschirme werden mit Abmessungen von 6,00*6,00 m oder 5,0 *7,0 m angeboten.

Als Minimallösung wären 2 Schirme, bzw. als Maximallösung 4 Schirme erforderlich.

Die Kosten betragen 12.000 € bzw. 25.000 € - brutto.

b) Sonnensegel:

Das vorliegende Angebot beinhaltet ein motorisch betriebenes Sonnensegel,

Fläche ca. 74 m². Dieses Sonnensegel ermöglicht eine Beschattung der Platzfläche vor der Aussegnungshalle.

Die Kosten belaufen sich auf 17.000 € zuzüglich Fundamentarbeiten (ca. 3.000 €).

GR Ilse Spielmann fragt, ob für die Befestigung der Sonnensegel Metallpfosten verwendet werden. Sie erweitert den Antrag für die Verschattung der Matschanlage, da dies nach ihrer Meinung dort ebenso notwendig ist.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass nur Produkte mit Zertifikat und TÜV-Siegel angeschafft werden.

GR Jürgen Großmann fragt, ob die Ausführung höhenverstellbar sein soll.

Dipl. Ing. Martin Volk erklärt, dass noch geprüft werden muss, wie die optimale Leistung zu erzielen ist.

GR Jürgen Großmann fragt, ob ein Modulsystem oder eine fertige Lösung vorgesehen ist und ob hier dann eine Erweiterung möglich sein wird.

Dipl. Ing. Martin Volk geht von einer beliebigen Erweiterung aus. In der jetzigen Überlegung sind Schiff und Rutsche abgedeckt. Ein weiteres Segel wird etwa zu einer Kostensteigerung von 1/3 bringen.

GR Torsten Redeker möchte wissen, wieviele Spielplätze es in Haibach gibt.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass dies 21 sind.

GR Torsten Redeker schlägt vor, dass man sich einen Überblick verschaffen sollte, inwieweit die nächsten Anträge hierzu anstehen.

Dipl. Ing. Martin Volk erklärt, dass dies noch nicht gemacht wurde.

Zur Beschattung am Dorffriedhof bemerkt **Bgm. Andreas Zenglein**, dass die Bäume dort keinen großen Schatten spenden und es schon zu diversen Vorfällen bei Beerdigungen kam.

Pfarrer Sauer hat argumentiert, dass er bei Beerdigungen auf dem Vorplatz kein Leute stehen sieht, weil alle sich unter die Bäume stellen. Es gibt die Möglichkeiten der „Luxusversion“ als ein motorbetriebenes Sonnensegel oder in Form von Ampel- oder Marktschirmen. Das würde bedeuten, dass die Schirme nur bei Bedarf aufgestellt werden und dann wieder deponiert werden.

Dipl. Ing. Martin Volk stellt das motorbetriebene Sonnensegel vor. Die Anlage kann nach dem Sommer demontiert werden, die Masten bleiben

dauerhaft. Der Aufwand ist technisch aufwendig und auch mit ca. 18.000 EUR relativ kostenintensiv.

Günstiger ist die Variante mit Marktschirmen, die pro Stück etwa 5.000 EUR kosten. Hier sollte man von mindestens 2 Schirmen ausgehen.

GR Toni Stahl erklärt, dass er ein Sonnensegel an der Friedhofshalle als nicht ansehnlich hält. Er würde eine Lösung mit Bodenhülsen und Marktschirmen befürworten.

GR Claus Rückert erklärt, dass er generell die Notwendigkeit sieht den Bereich zu beschatten. Jedoch gibt er zu bedenken, dass der Friedhof irgendwann aufgelassen werden soll. Dann kann hier ein Park entstehen. Er hält jedoch nichts von der Variante mit den Schirmen.

Bgm. Andreas Zenglein weist darauf hin, dass hier keine Biergartenschirme verwendet werden sollen.

GR Jürgen Großmann fragt, ob die Kosten für Fundamente beinhaltet sind.

Dipl. Ing. Martin Volk antwortet, dass die Fundamente vom Bauhof hergestellt werden, die Preise beziehen sich auf die Beschattungsmaterialien.

GR Jürgen Großmann macht den Vorschlag, dass Regenschirme mit Wappen angeschafft werden sollten, somit kann sich jeder bei Bedarf bedienen. Die Anschaffung hierfür liegt nach seinem Ermessen bei ca. 1.000 EUR.

GR Andrea Stürmer spricht sich gegen die Variante mit den Schirmen aus, im Übrigen sollte man den Friedhof betreffend nicht über die Kosten diskutieren.

GR Anja Goymann spricht sich gegen Markt- und Regenschirme jedoch für die Aufstellung eines Sonnensegels auf dem Friedhof aus.

GR Torsten Redeker möchte Informationen zur vorgesehenen Technik bzgl. der Sonnensegel.

Dipl. Ing. Martin Volk erklärt, dass dies ähnlich wie eine Markise ist.

GR Toni Stahl schlägt vor, sich dies in „Natura“ anzusehen. Das wird keinem gefallen und hält dies für den Friedhof als nicht ansehnlich.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass bereits in Schweinheim und Hösbach Sonnensegel installiert wurden. Diese können dort besichtigt werden.

GR Beate Konrad macht den Vorschlag, den Punkt zu vertagen, bis man sich vor Ort die Lösungen mit den Sonnensegeln angesehen hat.

GR Ilse Spielmann spricht sich auch gegen eine Abstimmung in der heutigen Sitzung aus.

2. Bgm. Horst Hock erklärt, dass das System in Schweinheim auch bei Regen genutzt werden kann. Es sollten noch weitere Alternativen angefragt werden.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass der TOP: Beschattung im Dorffriedhof zurückgestellt wird.

Beschluss

Die Sonnenschutzmaßnahmen werden wie folgt durchgeführt:

- 1) KSP „Zu den Drei Kreuzen“: Mehrteilige Sonnensegel um eine möglichst große Beschattungsfläche zu erreichen.

Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0

12. Allgemeines

12.1. Europawahl am 26.05.2019

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass die Wahleinweisung für Wahlvorstände und Schriftführer am Donnerstag, 23.05.2019, um 19:30 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses stattfindet.

Entsprechende Einladungen werden verschickt.

12.2. Frühlingsball 2019

Bgm. Andreas Zenglein lädt nochmals alle Gemeinderatsmitglieder zum Frühlingsball am 11.05.2019 ein. Es sind noch Restkarten an der Abendkasse erhältlich.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **05.06.2019** genehmigt.

Andreas Zenglein

Bürgermeister

Monika Heuberger

Verw.-Fachwirtin

SITZUNG

des

GEMEINDERATES**Sitzungstag: Mittwoch, 5. Juni 2019****Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 22:00 Uhr****Haibach, Rathaus**

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
---------------------------	-----------------	---

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Horst Hock	2. Bürgermeister	
Michael Albert	Gemeinderat	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Josef Farrenkopf	Gemeinderat	
Andreas Först	Gemeinderat	anwesend ab 19:10 Uhr
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Andreas Hein	Gemeinderat	anwesend ab 19:30 Uhr
Richard Hein	Gemeinderat	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Eva Rückert	Gemeinderätin	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	

Abwesend:

Jürgen Großmann	Gemeinderat	
Torsten Redeker	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Tobias Rückert	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Schriftführer		
Silvia Reiling		

Verwaltung		
Martin Volk		
Thomas Wenzel		

Tagesordnung

Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Bürgerfragestunde
3.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 08.05.2019
4.	Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung
5.	Sachstandsbericht der Verwaltung
6.	Antrag der SPD-Fraktion zur Gestaltung des Ortskerns
7.	Bekanntgabe des Rechnungsergebnisses für das Jahr 2018
8.	Antrag auf Mitfinanzierung einer halben Stelle (Jugendsozialarbeit an Schulen) für die Grundschule Haibach
9.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 14 erschienen sind, der Gemeinde-

rat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

2. Bürgerfragestunde**Sachverhalt:**

Bgm. Andreas Zenglein begrüßt die anwesenden interessierten Bürgerinnen und Bürger zur heutigen Bürgerfragestunde und bittet um Wortmeldungen.

techniker Franz Staab diesbezüglich ein Gespräch führen. Zum Thema Mähen informiert er, dass dies zurzeit auch wegen der Biodiversität nicht mehr so häufig durchgeführt wird und die Flächen nicht mehr so kurz gemäht werden.

Herr Günther Blatt stellt folgende Fragen:

- Wer überwacht die Feierlichkeiten, die im Feuerwehrhaus stattfinden? Wer genehmigt ein Feuerwerk bei einer solchen Veranstaltung?
- Wer kümmert sich um die Pflegearbeiten im Friedhof Grünmorsbach? Dieser sieht sehr ungepflegt aus.
- Wer hat die Verantwortung für die Pflegearbeiten an den Strom-/ Telefon – Verteilerkästen im Ortsgebiet?

Zur **3. Frage** erklärt er, dass die Aufstellflächen der AVG als Energieversorger oder z. B. der Telekom gehören. Es finden mehrfach Mähvorgänge an diesen Standorten statt. Diese werden von den beauftragten Firmen der Energieversorger durchgeführt. Es ist bekannt, dass die Pflegearbeiten nicht so exakt durchgeführt werden.

GR Toni Stahl bemerkt, dass es sich hier um unterschiedliche Anbieter handelt.

Herr Blatt fragt, warum die Stromkästen, z.B. immer genau an Straßeneinfahrten platziert werden. Dort findet er sie wegen möglicher Unfallgefahren total deplatziert.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet zu **Frage 1:**

Hier fanden bereits viele und große Diskussionen statt. Die Feiern, die dort stattfinden, werden nicht im Rathaus angemeldet. Hier wurde eine Vereinbarung getroffen, dass nur aktive Feuerwehrleute dort feiern dürfen. Es wird lediglich eine Mitteilung seitens des Kommandanten weitergeben, damit die Energiekosten entsprechend abgerechnet werden können.

Wenn Feuerwerke stattfinden, müssen diese angemeldet werden.

Herr Blatt bemerkt hierzu, dass die Gemeinde von diesen Feiern nichts mitbekommen würde.

GIA Michael Müller bemerkt, dass seit etwa ¼ Jahr keine Info mehr erfolgte, ob entsprechende Feste stattfanden. Es wird entsprechend beim Kommandanten nachgefragt.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt zu **Frage 2:**

Im Bereich der Leichenhalle in Grünmorsbach steht eine „Engelstompete“. Diese muss von Zeit zu Zeit zurückgeschnitten werden. Er wird mit Gartenbau-

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass er hierzu nichts zur rechtlichen Situation sagen kann. Er bestätigt, dass die Anbieter von VDSL/Telekom und weitere mittlerweile schon sehr große Verteilerkästen aufgestellt haben und auch noch werden.

Herr Ingo Adams möchte wissen, wann die Stellplätze für Wohnmobile an der Kultur- und Sporthalle fertiggestellt werden.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass zurzeit die Rabatten gesetzt und Pflasterarbeiten durchgeführt werden. In Kürze sind diese Arbeiten abgeschlossen.

Herr Adams fragt, warum am Skaterplatz Betonquader aufgestellt wurden, er findet diese sehr gefährlich.

Hierzu stellt **Bgm. Andreas Zenglein** fest, dass die Jugendlichen damit zufrieden sind. Sie können nach eigener Aussage diesen Quader zum „Sliden“ gut nutzen.

Die vorher dort vorhandenen Ketten mussten entfernt werden, diese sind mittlerweile verboten.

GR Peter Amrhein regt an, dass nach der Fertigstellung der Wohnmobilstellplätze ein entsprechender Hinweis auf der Homepage erscheinen sollte.

Robert Fuchs ergänzt, dass dies auch in der „App“ erscheinen sollte. Entsprechende Vorlagen wird er ins Rathaus schicken.

Herr Josef Auer bittet darum, dass auf der Homepage in der Rubrik „Ratsinfo“ die öffentlichen Protokolle wieder eingestellt werden sollten.

Hierzu wird Erledigung zugesagt.

Herr Bernd Oppenrieder stellt folgende Fragen:

- Wann beginnt der 2. BA der Ortsverbindungsstraße?
- Wie erfolgt die Organisation hierzu bzgl. die Verkehrsführung für die Feuerwehr.
- Welche Unwägbarkeiten werden erwartet – und- wird der Fahrradweg parallel zum Straßenausbau erfolgen?

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass heute, im nichtöffentlichen Teil, noch die Vergabe für die Arbeiten des 2. BA einschließlich des Radwegs erfolgen wird. Der Spatenstich ist auf jeden Fall noch vor der Sommerpause geplant.

Dipl. Ing. Martin Volk ergänzt, dass die Zustimmung der Regierung für die Vergabe vorliegen muss – diese liegt nun vor. Es ist ein Komplettausbau vorgesehen, bei dem nur Anliegerverkehr zugelassen ist. Die Versorgung durch die Feuerwehr wurde geklärt. Nach dem heutigen Beschluss besteht noch eine 10-tägige Frist nach der Freigabe der Regierung.

Als Bauzeit werden 2 Jahre geplant, eventuell ist eine Reduzierung möglich.

Alle Grundstücke sind mittlerweile im Eigentum der Gemeinde, die problematischen Grundstücksverhandlungen wurden alle abgeschlossen. Es liegen alle erforderlichen Genehmigungen zum Naturschutz und Wasserrecht vor.

Bgm. Andreas Zenglein ergänzt, dass in ca. 2 Wochen eine Infoveranstaltung im Stadtteil Gailbach stattfindet, um die Bürger dort über die Maßnahme zu unterrichten.

Bezüglich der Feuerwehr wird ein Fahrzeug in Dörmorsbach stationiert, um dort schnell einsatzbereit zu sein.

GR Ilse Spielmann fragt, wie die Andienung des Kompostplatzes erfolgen soll?

Hierzu bemerkt **Bgm. Andreas Zenglein**, dass noch Planungen anstehen über eine eventuelle „Notstraße“. Dies ist noch in der Prüfung.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, wird die Bürgerfragestunde um 19:40 Uhr beendet.

3. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 08.05.2019

Das Protokoll der Sitzung des Gemeinderates vom 08.05.2019 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

4. Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung

Sachverhalt:

Der Auftrag für die Straßensanierung mittels Dünnschichtasphalt wurde an die Firma VSI Sanierungs- und Baugesellschaft mbH, Kaiserslautern, vergeben.

Der Auftrag für den Sonnenschutz am Kinderspielplatz „Zu den Drei Kreuzen“ wurde an die Firma Fersch Sonnenschutz GmbH, Eschau, erteilt.

Die Firma Heinrich Kunkel GmbH & Co. Straßen- & Tiefbau, Aschaffenburg hat den Auftrag zur Errichtung der Gabionenwand im Bereich des Kreuzungsumbaus Knotenpunkt Staatsstraße 2312 / Findbergstraße erhalten.

Den Auftrag für die Fahrzeugausschreibung für einen Mannschaftstransportwagen (MTW), sowie ein Tanklöschfahrzeug (TLF 3000) für die FF Gemeinde Haibach wurde an die Firma Brandschutzplanung Renninger GbR, Eßfeld, erteilt.

5. Sachstandsbericht der Verwaltung
--

Sachverhalt:

Projekt	Zuständige it	Sachstand	Erledigung bis
Ortskerngestaltung	GL/GR	Gesprächstermin mit der Regierung von Unterfranken steht noch aus.	Offen
Gemeindeverbindungs- straße 2.BA	Bauamt	Angebotseröffnung erfolgt. Beauftragung nach Freigabe durch Förderstelle. Vergabe in GR-Sitzung 05.06.2019, Bau ab Juli 2019	2019/2020
Radweg GV-Straße 1.BA	Bauamt	Baufertigstellung/Abnahme Bepflanzung Herbst 2019	Dez. 2019
Knotenpunkt St 2312/ Großmannstraße:	Bauamt	Derzeit Bauausführung BA3 / BA4	Juli 2019
Erdumschlagsplatz Wendelberg	Bauamt	Abschließendes Behördengespräch wegen Nutzung einer Teilfläche als Erdumschlagsplatz für gemeindliche Maßnahmen steht aus.	Offen
Aschaffenburg Straße	Bauamt	Zurückgestellt. Ausschreibung voraussichtlich Frühjahr 2020	2020
Sanierung HB Buch	Bauamt	Derzeit Bauausführung Sanierung 2. WK	August 2019
WSG Br. 71/ Spatgrube	Bauamt	Grenzen des Wasserschutzgebietes sind mit WWA/LRA abgestimmt. Einleitung Wasserrechtsverfahren	Offen
Knotenpunkt St 2312/ Sponackerweg (Adler)	Bauamt	Vorbereitung der Ausschreibung Tiefbau voraussichtlicher Beginn: Juli /August 2019 – <i>Hierzu erfolgt eine Vollsperrung, Umleitung über Josef-Roth-Str. und Industriestraße</i>	Offen
Brunnen Kirchenelsengrund	Bauamt	Historische Erkundung durch PeTerra abgeschlossen. Zusätzliche Rammkernsondier-Bohrungen in Verdachtsfläche 1 erforderlich und beauftragt. Untersuchung Verdachtsflächen 2 u. 3 in Vorbereitung. <i>Es liegt noch keine Genehmigung durch das WWA vor. Das Bohrgerät ist defekt. Sobald die Bohrungen begonnen werden, erfolgt entsprechende Information</i>	Dezember 2019
Außensportanlage Schule	Bauamt	Grundlagenermittlung abgeschlossen, Förderfähigkeit von der Regierung wurde bestätigt. Förderantrag ist zu überarbeiten	Offen

		und neu vorzulegen.	
Wasserrechtsverfahren RÜB 80/90/91	Bauamt	Abstimmung mit Behörden	Offen
Kinderhort	Bauamt	Derzeit Rohbauarbeiten. Ausschreibungspaket 2 im Vergabeverfahren. Vergaben in GR-Sitzung am 03.07.2019	Beginn Schuljahr 2020/2021
PV Anlage Feuerwehrhaus	Bauamt	Maßnahme abgeschlossen, Anlage in Betrieb	ERLEDIGT
B- Planänderung Sommeracker Weg	GL	Satzungsbeschluss am 08.05.2019. Inkrafttreten am 24.05.2019.	Offen
Seniorenwohnheim	GL/GR	Beschlüsse zur Festlegung einer Agenda und Durchführung einer Bedarfsanalyse in der GR-Sitzung am 08.05.2019. Terminabstimmung mit der Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altenforschung steht noch aus.	Offen <i>Beratung: 03.07.2019</i>
Dünnschichtasphalt- Sanierung	Bauamt	Auftrag erteilt	ERLEDIGT
Umstellung / Erneuerung Straßenbeleuchtung auf LED	Bauamt	Haushaltsmittel wurden im Haushalt veranschlagt, konkretes Angebot wird beim Netzbetreiber eingeholt	Offen; 2019-2023
Toranlage Recyclinghof	Bauamt	Maßnahme abgeschlossen	ERLEDIGT
Sanierung KUS	Bauamt	Tektur Brandschutzkonzept Dokumentation Neubau Geländer Foyer => Vergabe GR 03.07.2019 Schlussrechnung einzelner Gewerke	offen
Beleuchtung Hallenbad	Bauamt	Vergabe nach Freigabe der Fördermittel PtJ	offen
Klima FFW	Bauamt	Vergabe GR 05.06.2019	Juli/Aug. 2019
„Nahwärmenetz“ / Heizung Schule	Bauamt	Planung in Bearbeitung Beauftragt wurde das Fachbüro Sommer+Staab in Zusammenarbeit mit Prof. Brautsch	offen

Folgende Anregungen werden noch vorgebracht:

GR Jürgen Goldhammer:

Kanalüberprüfung mit Fortschritt in diese Aufstellung mit aufnehmen.

GR Beate Konrad:

Nachfrage wegen kostenlosem Busticket an Samstagen

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass hier nach seiner Kenntnis noch Klärungsbedarf zwischen der VU und der AVG besteht. Er wird jedoch nachfragen.

6. Antrag der SPD-Fraktion zur Gestaltung des Ortskerns**Sachverhalt:**

Mit Schreiben vom 25.03.2019 stellt die SPD-Fraktion folgenden Antrag:

Die Gestaltung unseres Ortskerns ist eine ausgesprochen große Aufgabe. Sie ist eine einmalige Chance, weil nicht nur das äußere Bild dauerhaft geprägt wird, sondern auch die zukünftigen und langfristigen Bedürfnisse unserer Bürgerinnen und Bürger abgebildet werden können und müssen.

Diesen Erfordernissen entsprechend sollte an diesem Jahrhundertvorhaben nicht allein der Gemeinderat beteiligt sein, sondern von Anfang an auf eine breite Bürgerbeteiligung gesetzt werden. Damit ist sichergestellt, dass die Interessen, die Kreativität, die Ideen und der Gestaltungswille aller Mitbürgerinnen und Mitbürger miteinbezogen werden. Solche Bürgerbeteiligungsverfahren werden bereits in vielen Städten und Gemeinden (z.B. Stadt Aschaffenburg) erfolgreich ein- und umgesetzt. Diese Prozesse sorgen für die Berücksichtigung aller Interessen, für eine breite Identifikation aller Mitbürgerinnen und Mitbürger mit dem Projekt und damit ihrer Gemeinde und vor allem für eine reibungslose Umsetzung der geplanten Vorhaben.

Die SPD-Fraktion stellt deshalb folgenden Antrag:

Der Haibacher Gemeinderat möge beschließen:

1. Das gesamte Vorhaben der Ortskerngestaltung wird als Prozess angelegt, bei dem sowohl in der Planungs- und Konzeptionsphase als auch in der Entscheidungsphase eine umfassende Bürgerbeteiligung sichergestellt ist.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, von geeigneten ModeratorInnen Vorschläge für die Gestaltung des Prozesses und seiner Begleitung sowie Voranschläge für die Kosten eines solchen Verfahrens einzuholen.
3. Der Gemeinderat entscheidet dann über einen für das Vorhaben der Bürgerbeteiligung geeigneten Prozess und dessen Vergabe an kompetente ModeratorInnen.

Ziel des Verfahrens sollte in einem 1. Schritt die Erarbeitung eines Raumkonzeptes und von Leitlinien für dessen Umsetzung sein. Das heißt, es soll festgelegt werden, welche Funktionen und welche Nutzung im Ortskern angestrebt werden (z.B. Bürgerhaus, neue Formen des Wohnens etc., etc.) und unter welchen Rahmenbedingungen dies geschehen soll (z.B. Anteil der Grünflächen). In einem 2. Schritt wären dann diese Vorgaben evtl. im Rahmen eines Wettbewerbs von Planungsbüros konkret planerisch umzusetzen und dann wieder der Beteiligung und ggf. auch der Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger zuzuführen.

GR Dietmar Kempf-Blatt erläutert den Antrag der SPD-Fraktion. Nach seiner Ansicht wurde im Mai über das Gebiet von Bauamt bis zur Gaststätte „Old Church“ gesprochen. Im März ging es um den Bereich hinter dem Rathaus. Hier handelt es sich um unterschiedliche Flächen. Der Prozess zur Ortskerngestaltung muss organisiert werden. Es sollten der Bürgerwille und das Pflichtenheft der Gemeinde vereinbart werden. Hierzu ist nach Meinung der SPD-Fraktion ein Moderator erforderlich, der dies begleiten kann.

Hierfür sollte die Gemeinde entsprechende Kontakte aufnehmen, Vorschläge einholen und die Kosten ermitteln. Die bereits vorliegenden Ideen

des Herrn Müller könnten mit einfließen, jedoch sollten auch die Vereine berücksichtigt werden.

GR Toni Stahl erwidert zu den Ausführungen, dass sich die CSU-Fraktion ausführlich mit dem Antrag beschäftigt hat. Es fehlen im Antrag jedoch die Details. Eine Bürgerbeteiligung sollte auf jeden Fall erfolgen.

In der Sitzung am 15.05. wurde durch Herrn Schickling der Ablauf einer solchen möglichen Ortskerngestaltung vorgestellt. Demnach ist erst zu prüfen, was und welche Ziele hier verfolgt werden sollen. Zudem ist auch eine Stellungnahme der Regierung für das weitere Vorgehen notwendig,

zumal auch entsprechende Fördermittel bereitgestellt werden.

Seit dem Jahr 1995 werden hierzu immer wieder Beschlüsse gefasst. Nun sollte man zuerst mit der Regierung Kontakt aufnehmen und entsprechend beginnen.

GR Dietmar Kempf-Blatt wiederholt nochmals, dass ein Angebot für einen Moderator eingeholt werden soll. Die Unterschiede zwischen dem Bereich Schollstraße und Ortskern sind sehr groß und die Bereiche sollten verzahnt werden.

GR Ilse Spielmann fragt, wie lange man sich jetzt schon mit der Gestaltung des Ortskerns beschäftigt und noch nicht weitergekommen ist. Aus ihrer Sicht ist ein Moderator wichtig, um die Bürger zu befragen. Es sollten hierzu verschiedene Büros / Moderatoren angefragt werden. Die Bürger sollten alle mitentscheiden können – die Diskussion wird sonst noch weitere Jahre dauern.

GR Jürgen Goldhammer bestätigt, dass diese Diskussion schon sehr lange geführt wird. Er schlägt zum weiteren Vorgehen vor, ein Gebiet herauszunehmen und zu klären, welche Zuschussmöglichkeiten genutzt werden können.

Nach seiner Meinung sollte das Vorkaufsrecht der Gemeinde aktiviert werden, um den Vorschlag von Architekt Schickling, ein Areal zu gründen, zu ermöglichen. Es sollte abgewartet werden bis Herr Hemmelmann von der Regierung hier war. Die Entscheidung sollte der Gemeinderat treffen, in welchem Ausmaß ein solches Areal festgelegt wird und die Bürger vorher mitbeteiligt werden. Er hat nichts gegen einen neutralen Moderator einzuwenden.

GR Ilse Spielmann erläutert, dass ein Moderator nach ihrer Meinung vorrangig die Aufgabe hat, sich um die gemeindlichen Flächen zu kümmern.

GR Anja Goymann ergänzt, dass nach ihrer Auffassung die Entscheidung über die gemeindlichen Flächen nicht durch 20 Personen entschieden werden kann.

GR Jürgen Goldhammer möchte nun wissen, was ein Moderator machen soll.

GR Peter Amrhein bemerkt zu einer „Insellösung“, dass die Gemeinde in diesem Umgriff auch in Privatgelände eingreift. Nach seiner Ansicht dürfen keine Nachteile für die Bürger entstehen und es sollte auch eine Wertsteigerung des jeweiligen Objektes erfolgen.

Man sollte ein Gebiet eingrenzen, die Bürger hören und die Meinungen berücksichtigen.

GR Beate Konrad erklärt, dass ein Städteplaner alles auf den Prüfstand stellen und fundieren wird. Die Gemeinde Großostheim ist Haibach 30-40 Jahre voraus – hier fehlt noch das Konzept.

GR Dietmar Kempf-Blatt sieht dieses Vorgehen als nicht praktikabel an.

GR Anja Goymann spricht sich dafür aus, dass verschiedene Arbeitsgruppen Lösungen erarbeiten können. Bisher fanden schon 3-4 Sitzungen statt, Ergebnisse wurden bisher noch keine erzielt.

Was wollen die Bürger mit dem Platz – das muss erfragt werden.

GR Jürgen Goldhammer sieht in diesem Antrag den 2. vor dem 1. Schritt. Die Ideen, die Herr Müller bereits vorgestellt hatte, sollten in einem Workshop mit verarbeitet werden. Der Rahmen muss hier im Gremium festgelegt werden, dann sollten die Bürger beteiligt werden.

GR Anja Goymann spricht sich gegen die Vorgaben durch die Gemeinde aus.

GR Toni Stahl betont, dass jeder hier eine Bürgerbeteiligung möchte. Jedoch sollte zuerst Herr Hemmelmann kommen und sich das Ortsgebiet ansehen.

Bgm. Andreas Zenglein erläutert, dass Architekt Schickling nach Absprache mit der Gemeinde das geplante Vorhaben erläutert hat. Der Umgriff ist natürlich jederzeit erweiterbar.

Im Jahr 2013 wurde die Feuerwehr umgesiedelt – und somit ergeben sich für eine Gestaltung der Ortsmitte andere Möglichkeiten.

Bei einer Quartierplanung ist zu bedenken, dass die Bürger in diesem Bereich nicht mehr das machen können, was sie wollen. Dann werden Vorhaben behandelt und beurteilt wie bei einem Bebauungsplan.

Wir warten nun das Gespräch mit Herrn Hemmelmann ab. Er wird entsprechende Büros kennen, die dann ihre Vorstellungen hier präsentieren können, sofern sie beauftragt werden.

Die Festlegung eines Quartiers ist nach seiner Meinung jetzt noch nicht sinnvoll, denn der Verkehr ist auf jeden Fall maßgebend und muss mit berücksichtigt werden.

2.Bgm. Horst Hock erklärt, dass viele beim Ortstermin in Großostheim dabei waren. Die Gegebenheiten dort sind mit Haibach nicht zu vergleichen. Die Bürger müssen beteiligt werden.

Wenn Fördermittel beantragt werden können, kann dies auch einen Fortschritt bringen. Es müssen jedoch alle Grundstücksbesitzer mit berücksichtigt werden.

Das Gespräch mit dem Vertreter der Regierung sollte auf jeden Fall abgewartet werden.

GR Anja Goymann erwidert, dass die Leute, die hier wohnen, das ausbaden müssen, was hier beschlossen wird. Ein Moderator ist routiniert und hat Erfahrungen mit solchen Gesprächen. Sie fragt, ob man Angst vor einem solchen Ergebnis hat.

Der Vertreter der Regierung, Herr Hemmelmann, kann trotz des Antrags kommen.

GR Jürgen Goldhammer erwidert, dass nicht über ein Gebiet beschlossen, sondern ein Gesamtergebnis erarbeitet werden sollte.

GR Toni Stahl stellt den Antrag zur Geschäftsordnung zur Abstimmung des SPD-Antrags.

Beschluss

1. Das gesamte Vorhaben der Ortskerngestaltung wird als Prozess angelegt, bei dem sowohl in der Planungs- und Konzeptionsphase als auch in der Entscheidungsphase eine umfassende Bürgerbeteiligung sichergestellt ist.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, von geeigneten Moderatorinnen/Moderatoren Vorschläge für die Gestaltung des Prozesses und seiner Begleitung sowie Voranschläge für die Kosten eines solchen Verfahrens einzuholen.

Der Gemeinderat entscheidet dann über einen, für das Vorhaben der Bürgerbeteiligung, geeigneten Prozess und dessen Vergabe an kompetente Moderatorinnen/Moderatoren.

Abstimmungsergebnis: ja: 6 nein: 10

abgelehnt

7. Bekanntgabe des Rechnungsergebnisses für das Jahr 2018

Sachverhalt:

Die Ergebnisrechnung weist folgende Zahlen aus:

Ordentliche Erträge	17.228.129,28 €
Ordentliche Aufwendungen	14.979.892,19 €
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	2.248.237,09 €
Finanzergebnis	82.826,60 €
Ordentliches Jahresergebnis	2.331.063,69 €
Außerordentliches Ergebnis	0,00 €
Jahresergebnis	2.331.063,69 €

In der Finanzrechnung ergeben sich folgende Zahlen:

Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	16.654.683,67 €
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	12.648.634,83 €
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	4.006.048,84 €
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	570.989,79 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.425.490,69 €

Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.854.500,90 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-150.590,27 €
Änderungen des Bestandes an Finanzmitteln	2.000.957,67 €

Die Bilanzsumme zum 31.12.2018 beträgt 67.309.604,00 € und ist somit 837.007,68 € höher als die Summe der Schlussbilanz zum 31.12.2017.

Das Anlagevermögen erhöhte sich um 263.410,01 €, das Umlaufvermögen um 570.128,28 € und die

Position Aktive Rechnungsabgrenzung um 3.469,39 €.

Die Veränderungen auf der Passivseite sehen wie folgt aus:

Eigenkapital	+2.331.063,69 €
Sonderposten	-661.731,21 €
Rückstellungen	+40.260,77 €
Verbindlichkeiten	-851.464,89 €
Passive Rechnungsabgrenzung	-21.120,68 €
Summe	+837.007,68 €

Die Änderungen bei den Rückstellungen und den Verbindlichkeiten beruhen im Wesentlichen auf der Tatsache, dass die Kreisumlage 2018 von der Position Rückstellungen auf die Position Verbindlichkeiten umgebucht worden ist und der Rückzahlung eines Kassenkredites in Höhe von 1.500.000 €.

Beschluss

Das Jahresergebnis 2018 wird zur Kenntnis genommen und an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung weitergeleitet.

Abstimmungsergebnis: ja: 16 nein: 0

8.	Antrag auf Mitfinanzierung einer halben Stelle (Jugendsozialarbeit an Schulen) für die Grundschule Haibach
-----------	---

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 16.05.2019 stellt die Grundschule Haibach folgenden Antrag:

Die Grundschule Haibach beantragt die Mitfinanzierung einer JaS-Kraft (halbe Stelle, Kosten für die Gemeinde Haibach ca. 8000 € pro Jahr) ab Januar 2020 mit dem Ziel, unsere Schüler in ihrer individuellen Persönlichkeitsentwicklung bestmöglich zu fördern.

Zur Erläuterung:

JaS – Jugendsozialarbeit an Schulen – ist eine Leistung der Jugendhilfe und soll sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche bei ihrer Persönlichkeitsentwicklung unterstützen und fördern. Dadurch sollen deren Chance auf Teilhabe und eine gemeinschaftsfähige, eigenverantwortliche Lebensgestaltung verbessert werden. JaS ist mittlerweile an vielen Grundschulen etabliert und durch vielfältigen Wandel in der gesellschaftlichen Entwicklung leider auch bitter nötig geworden. Die Erfahrung der letzten Jahre hat uns gezeigt, dass mehr und mehr Grundschulkin- der durch eine große Bandbreite an Problemen belastet sind, die wir im Rahmen unserer bisherigen Möglichkeiten definitiv nicht mehr bewältigen können.

Hier greift das Unterstützungssystem der Jugendsozialarbeit. Bisher wurde der Anspruch einer Schule auf JaS einzig am Ausländeranteil der Schülerschaft (min- destens 20 %) festgemacht. Das ändert sich, laut Frau Haun vom Landratsamt, ab Januar 2020. Die Grundschule Haibach hätte dann Anspruch auf eine halbe Stelle. Die Kosten dafür werden gedrittelt, d. h. die Regierung von Unterfranken, der Landkreis Aschaffenburg und der Sachaufwandsträger übernehmen jeweils ein Drittel der Kosten.

Konkret geht es für die Gemeinde Haibach um einen Betrag von ca. 8000 € pro Jahr. Falls die Gemeinde Haibach dem Antrag der Schule zustimmt, gilt folgendes Procedere:

Die Schule braucht eine schriftliche Bestätigung des Gemeinderatsbeschlusses, der die Mitfinanzierung befürwortet. Diese Bestätigung muss die Schulleitung zusammen mit dem Antrag auf JaS bereits bis Ende Juli bei Frau Haun einreichen. Falls entsprechendes Personal eingestellt werden kann, könnte die Schule dann schon zu Beginn des Kalenderjahres 2020 von der Maßnahme profitieren.

Jugendsozialarbeit ist eine Investition in die Zukunft und muss daher längerfristig gesehen werden. Folgende Ziele werden durch Jugendsozialarbeit verfolgt:

- **JaS nimmt sozial benachteiligte junge Menschen besonders in den Fokus**
- **JaS reagiert mit ihren Leistungen auf gesellschaftliche Entwicklungen und bietet professionelle sozialpädagogische Hilfe**
- **JaS leistet einen maßgeblichen Beitrag zur Chancen- und Bildungsgerechtigkeit**

Welche Kinder können von Jugendsozialarbeit profitieren?

- **Kinder, die unter sozio-ökonomisch schwierigen Bedingungen aufwachsen und denen es an Unterstützung durch das Elternhaus fehlt**
- **Kinder, die Verhaltensauffälligkeiten zeigen**
- **Kinder aus Zuwanderer- und Flüchtlingsfamilien, deren Integration erschwert ist**
- **Kinder mit erhöhtem Aggressionspotential und Gewaltbereitschaft**
- **Kinder mit Problemen wie Trennung/Scheidung der Eltern oder Mobbing**
- **Kinder mit Versagens- oder Schulängsten, mangelndem Selbstwertgefühl etc.**

Wie arbeitet JaS?

Einbezogen in die sozialpädagogische Arbeit ist das gesamte System der Jugendhilfe:

- **Beratung und sozialpädagogische Hilfen in Einzel- und Gruppengesprächen**
- **Soziale Gruppenarbeit zur Stärkung sozialer Kompetenzen im Bereich der Kommunikations- und Konfliktfähigkeit**
- **Elternarbeit, um gemeinsame Wege zur Problemlösung zu finden (unter Einbeziehung weiterer Leistungen der Jugendhilfe oder anderer Leistungserbringer)**

GR Toni Stahl erklärt, dass die Erziehungsdefizite im Elternhaus mittlerweile bekannt sind. Dieser Arbeit sollte man sich nicht verschließen.

GR Dietmar Kempf-Blatt signalisiert ebenfalls Zustimmung der SPD-Fraktion.

GR Ilse Spielmann möchte wissen, wie hoch die Stundenzahl ist, bei Kosten i.H. von 8.000 EUR.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass dies darauf beruht, dass die Gemeinde 1/3 der

Kosten übernimmt, die Anstellung ist im Landratsamt.

Beschluss

Dem Antrag der Grundschule Haibach auf Mitfinanzierung einer halben Stelle „Jugendsozialarbeit an Schulen“ ab Januar 2020 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: ja: 16 nein: 0

9. Allgemeines**Sachverhalt:****9.1. Haibacher Schweiz**

GR Ilse Spielmann fragt, warum dort auf dem Parkplatz Erde abgelagert wurde.

Hierzu antwortet **Dipl. Ing. Martin Volk**, dass dies (Aushub von der Baustelle Kinderhort) aus Kostengründen dort zwischengelagert wurde, da es später zum Verfüllen wieder benötigt wird.

GR Ilse Spielmann ist der Ansicht, dass hierzu ein Hinweis im Mitteilungsblatt sinnvoll gewesen wäre, da der Parkplatz wegen des Erdaushubs nicht entsprechend zur Verfügung stand.

Sie informiert auch, dass in der Nähe der Wassertretanlage beim Sturm ein Baum umgefallen ist.

9.2. Spielplätze

GR Ilse Spielmann betont, dass Haibach auf seine Spielplätze stolz sein kann. Jedoch sieht sie die Problematik in der sehr dürrigen Pflege. Am Spielplatz Dörngraben wird oft Vandalismus betrieben und das Gelände in der Haibacher Schweiz sollte ebenfalls gemäht werden.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass im Bauhof ein Mähplan erarbeitet wurde, der entsprechend abgearbeitet wird. In der Zwischenzeit mussten auch Wechselbepflanzungen an verschiedenen Flächen durchgeführt werden. Die Spielplätze sind wichtig und werden bestmöglich gepflegt.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am _____ genehmigt.

Andreas Zenglein

Erster Bürgermeister

Silvia Reiling

Verw.Angest.

SITZUNG

des

GEMEINDERATES**Sitzungstag: Mittwoch, 3. Juli 2019****Sitzungsdauer: 20:00 Uhr bis 22:30 Uhr
Haibach, Rathaus**

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
---------------------------	-----------------	---

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Horst Hock	2. Bürgermeister	
Michael Albert	Gemeinderat	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Josef Farrenkopf	Gemeinderat	
Andreas Först	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Torsten Redeker	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Eva Rückert	Gemeinderätin	
Tobias Rückert	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	

Abwesend:

Jürgen Großmann	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Schriftführer		
Silvia Reiling		

Verwaltung		
Michael Müller		
Andreas Roth		
Martin Volk		

Tagesordnung

Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 05.06.2019
3.	Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung
4.	Vereinbarung Staatliches Bauamt Aschaffenburg zum Umbau des Knotenpunktes St2312/Sponackerweg/ Zum Stadion
5.	Bauleitplanverfahren der Gemeinde Bessenbach "Zum Sportfeld" - Beteiligung der Gemeinde Haibach nach § 4 Abs. 2 BauGB
6.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 17 erschienen sind, der

Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzungsordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 05.06.2019

Das Protokoll der Sitzung des Gemeinderates vom 05.06.2019 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

3. Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung

Die Firma Werthmann Kälte-Klimatechnik, Großostheim, hat den Auftrag für die Split-Klimageräte im Feuerwehrgerätehaus erhalten.

4. Vereinbarung Staatliches Bauamt Aschaffenburg zum Umbau des Knotenpunktes St2312/Sponackerweg/ Zum Stadion**Sachverhalt:**

Aufgrund der im Gemeinderat vorgestellten und genehmigten Planung des Staatlichen Bauamtes Aschaffenburg wurde eine Vereinbarung zum Umbau des Knotenpunktes Staatsstraße St 2312/Sponackerweg/Zum Stadion vorgelegt.

Diese Vereinbarung regelt Art und Umfang des geplanten Umbaus des Knotenpunktes sowie insbesondere die Kostenverteilung. Aus Sicht der Verwaltung kann dieser Vereinbarung zugestimmt werden.

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass die Kostenverteilung so erfolgt, dass der Freistaat einen Anteil von 53,12 % und die Gemeinde Haibach einen Anteil von 46,88 % trägt. Dies bezieht sich auf die Kosten für den Kreuzungsumbau sowie alle Angelegenheiten zu eventuellen Grundstücksabwicklungen.

GR Claus Rückert regt an, dass die Anlieger im Kreuzungsbereich über den Baubeginn der Maßnahme in Kenntnis gesetzt werden sollten.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass in diesem Jahr noch die Arbeiten an der Wasserversorgung und die Kanalbauarbeiten durchgeführt werden. Die Arbeiten für den Straßenbau werden sicherlich durch den Freistaat vorbereitet, jedoch geht er davon aus, dass diese Arbeiten in diesem Jahr nicht mehr begonnen werden. Eine Info an die Anlieger ergeht auf jeden Fall.

GR Toni Stahl und GR Dietmar Kempf-Blatt sehen in dieser Beschlussvorlage einen formellen Akt, dem zugestimmt werden kann.

Beschluss

Der Kreuzungsvereinbarung mit dem Staatlichen Bauamt zum Umbau des Knotenpunktes St 2312/Sponackerweg/Zum Stadion wird in der vorgelegten Form zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

5. Bauleitplanverfahren der Gemeinde Bessenbach "Zum Sportfeld" - Beteiligung der Gemeinde Haibach nach § 4 Abs. 2 BauGB**Sachverhalt:**

Für den Entwurf des Bebauungsplanes „Zum Sportfeld“ in der Fassung vom 03.11.2016 hat zuletzt die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange im Dezember 2016 / Januar 2017 stattgefunden.

Diesem Bebauungsplanentwurf hat der Gemeinderat in seiner Sitzung am 25.01.2017

aufgrund des direkt angrenzenden Wasserschutzgebietes „Brunnen 71“ (Schutzzone III), der Immissionsschutz und damit verbunden wegen nicht festgelegten Trainingszeiten und Anzahl der Trainingsteilnehmer sein Einvernehmen verweigert.

Der aktuelle Planentwurf zum Bebauungsplan „Zum Sportfeld“ (Fassung vom 29.04.2019) liegt jetzt erneut öffentlich aus. Im Rahmen dieser Auslegung

ist auch die Gemeinde Haibach wieder zu beteiligen.

Der Bebauungsplan wurde gegenüber dem Entwurf vom 03.11.2016 insbesondere in folgenden Punkten geändert:

IMMISSIONSSCHUTZ (AUSZUGSWEISE)

Mit Datum vom 25.07.2017 wurde durch das Büro Wölfel Engineering GmbH + Co. KG, Höchberg eine Schallimmissionsprognose für Anlagen- und Sportlärm erarbeitet, um die immissionschutzrechtlichen Auswirkungen zusätzlicher Trainingszeiten durch jugendliche Motorsportfahrer sowie den bestehenden Sportbetrieb auf die angrenzenden Wohngebiete beurteilen zu können. Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung wurde von Seiten des Immissionsschutzes (Landratsamt Aschaffenburg) festgestellt, dass die in der Schallimmissionsprognose aufgeführten Ergebnisse unvollständig und zu ergänzen sind. Daraufhin wurde das Gutachten ergänzt.

Die Fläche „SO Motocross“ umfasst eine Rennbahn für Motocross und einen Slalomkart-Trainingsplatz. Im nordöstlichen Bereich der SO-Fläche liegt ein Parkplatz mit ca. 35 Stellplätzen. Es wird angenommen, dass dieser Parkplatz dem Motorsportclub zur Verfügung steht und von den Besuchern des MSC Straßbessenbach genutzt wird.

Regulärer Betrieb

Zur regulären Nutzung der Anlage liegen vom Betreiber MSC Straßbessenbach folgende Angaben vor:

- *Nutzung der Rennbahn für Motocross-Training:*
 - werktags, Training von 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr,
 - maximal 10 Fahrzeuge der Art „Jugend-Motocross“ gleichzeitig
 - Annahme: 12 Pkw An- und Abfahrten auf dem Parkplatz vor und nach dem Training
- *Slalomkart-Training auf den Trainingsplatz*
 - werktags, Training von 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr
 - maximal 1 Fahrzeug der Art „Slalomkart, 4-Takt“
 - Annahme: 12 Pkw An- und Abfahrten auf dem Parkplatz vor und nach dem Training

Die Trainingseinheiten von Motocross und Slalomkart finden nicht am selben Werktag statt und werden getrennt berechnet.

Motocross-Training

Für das Motocross-Training wird eine Anzahl von 10 Motorrädern der Kategorie „Jugend-Motocross“ angesetzt. Damit ergibt sich gemäß VDI 3770 der Beurteilungspegel der Emissionen mit Berücksichtigung des Impulszuschlags wie folgt:

$$L_{w,r} = 114,0 + 10 \lg(10) + 10 \lg(2/16) = 115,0 \text{ dB(A)}$$

Slalomkart-Training

Hier wird ein einziges Fahrzeug der Kategorie „Jugendslalomkart, 4-Takt“ angesetzt. Damit werden gemäß VDI 3770 folgende Emissionen ermittelt:

$$L_{w,r} = 103,0 + 10 \lg(1) + 10 \lg(2/16) = 94,0 \text{ dB(A)}$$

Seltene Ereignisse

Zur Nutzung der Anlage bei seltenen Ereignissen liegen vom Betreiber MSC Straßbessenbach folgende Angaben vor:

Nutzung der Rennbahn für Motocross-Turniere:

- 1 jährliches Turnier werktags und 1 jährliches Turnier sonntags von 09:00 Uhr bis 17:00 Uhr,
- werktags: maximal 60 Fahrzeuge der Art „Motocross“, 50 Fahrzeuge der Art „Motocross-Gespann“ und 10 Fahrzeuge der Art „Jugend-Motocross“,
- Sonntags: maximal 60 Fahrzeuge der Art „Motocross“, 30 Fahrzeuge der Art „Motocross-Gespann“,
- 10 Lautsprecher für Musik und Durchsage,
- werktags 1.000 Besucher und sonntags 3.000 Besucher,
- Annahme: 1 Pkw je 3 Besucher, 4 An- oder Abfahrten auf dem Veranstaltungsgelände, 2 davon innerhalb der Ruhezeit.

Slalomkart-Turnier auf den Trainingsplatz

- 1 jährliches Turnier sonntags von 10:00 Uhr bis 16:00 Uhr,
- maximal 2 Fahrzeuge der Art „Slalomkart, 4-Takt“,
- 1 Lautsprecher für Musik und Durchsage,
- 150 Besucher,
- Annahme: 1 Pkw je 3 Besucher, 4 An- oder Abfahrten auf dem Veranstaltungsgelände, 2 davon innerhalb der Ruhezeit.

Aufgrund der Betriebszeiten innerhalb der Ruhezeit an Sonntagen und der erhöhten Anzahl von Besuchern wird als maßgebender Veranstaltungstag das sonntägige Motocross-Turnier untersucht. Aufgrund der deutlich höheren Schallemissionen dieses Tages ist eine zusätzliche Untersuchung der Veranstaltungen „Motocross werktags“ und „Slalomkart sonntags“ damit abgedeckt.

Motocross-Turnier

Für das Motocross-Turnier wird eine Anzahl von 60 Motorrädern der Kategorie „Motocross“ und eine Anzahl von 30 Motorrädern der Kategorie „Motocross-Gespann“ jeweils über 4 Stunden, davon 1 Stunde innerhalb der Ruhezeit, auf der Rennbahn angesetzt. Damit ergibt sich gemäß VDI 3770 der Beurteilungspegel der Emissionen mit Berücksichtigung des Impulzzuschlags und eines Zuschlags für Ton- und Informationshaltigkeit von 3 dB wie folgt:

$$\text{Motorcross } LW,r = 121,0 + 3 + 10 \lg(60) + 10 \lg(3 + 1 \times 4/16) = 138,2 \text{ dB(A)}$$

$$\text{Gespann } LW,r = 119,0 + 3 + 10 \lg(30) + 10 \lg(3 + 1 \times 4/16) = 133,2 \text{ dB(A)}$$

Lautsprecher für Musik und Durchsagen

Die zehn Lautsprecher werden auf der sicheren Seite liegend auf dem Motocross-Gelände als zehn verteilte Punktschallquellen angesetzt. Da die Position und Ausrichtung der Lautsprecher unbekannt ist, wird auf der sicheren Seite liegend eine omnidirektionale Richtwirkung angesetzt.

Berechnung der Schallimmissionen, Beurteilungspegel

Regulärer Betrieb

Motocross-Training:

Immissionsort	Schutzanspruch	Beurteilungspegel Lr / dB(A), tags	IRW/dB(A) tags
IO5 Dörrmosbacher Str. 56 (Dörrmosbach)	WR	43	50
IO6 Würzburger Str. 239 (Grünmosbach)	WR	38	50

Die Immissionsrichtwerte werden an allen Immissionsorten um mindestens 6 dB unterschritten.

Slalomkart-Training:

Immissionsort	Schutzanspruch	Beurteilungspegel Lr / dB(A), tags	IRW/dB(A) tags
IO5 Dörrmosbacher Str. 56 (Dörrmosbach)	WR	21	50
IO6 Würzburger Str. 239 (Grünmosbach)	WR	11	50

Die Immissionsrichtwerte werden an allen Immissionsorten um mindestens 24 dB unterschritten.

Seltene Ereignisse:

Immissionsort	Schutzanspruch	Beurteilungspegel Lr / dB(A), tags	IRW/dB(A) tags
IO5 Dörrmosbacher Str. 56 (Dörrmosbach)	WR	67	70
IO6 Würzburger Str. 239 (Grünmosbach)	WR	63	70

Die Immissionsrichtwerte für seltene Ereignisse werden an allen Immissionsorten eingehalten.

$$LW = 81 + 10,0 + 18,8 = 109,8 \text{ dB}$$

Personen in Freien

Auf dem Motorcross-Gelände werden 3.000 Besucher angesetzt:

Die beurteilten Geräuschemissionen von Personen werden nach VDI-Richtlinie 3770, Kap.17 ermittelt. Da es sich nicht um Besucher von typischen Sportveranstaltungen handelt, wird die Impulshaltigkeit wie folgt berücksichtigt.

$$LW,r = 90 + 10 \lg(1500) + [9,5 - 4,5 \lg(1500)] + 10 \lg(6 + 2 \times 4/16) = 121,2 \text{ dB(A)}$$

Pkw-Parkvorgänge nach Parkplatzlärmstudie

$$LW,r = 63 + 4 + 4 + 7,5 + 3 + 24,9 = 106,4 \text{ dB(A)}$$

Spitzenpegel

Aufgrund der Abstände zu den Immissionsorten und der Art der Schallquellen sind keine kritischen Spitzenpegelereignisse zu erwarten.

Nachdem der Motorsportklub Straßbessenbach entschieden hat, den Streckenverlauf für die Rennveranstaltung vollständig auf Straßbessenbacher Gemarkung zu verschieben, wurden vom Ing. Büro Wölfel die Auswirkungen noch einmal untersucht.

Hierbei hat sich folgendes ergeben (Ermittlung vom 05.11.2018):

Regulärer Betrieb Motocross-Training

Immissionsort Schutzanspruch	Beurteilungspegel Lr / dB(A), tags	IRW / dB(A) tags
IO5 Dörrmosbacher Str. 56 (Dörrmosbach) WR	43	50
IO6 Würzburger Str. 239 (Grünmosbach) WR	38	50

Die Immissionsrichtwerte werden an allen Immissionsorten um mindestens 6 dB unterschritten.

Seltene Ereignisse

Immissionsort Schutzanspruch	Beurteilungspegel Lr / dB(A), tags	IRW / dB(A) tags
IO5 Dörrmosbacher Str. 56 (Dörrmosbach) WR	67	70
IO6 Würzburger Str. 239 (Grünmosbach) WR	63	70

Die Immissionsrichtwerte für seltene Ereignisse werden an allen Immissionsorten eingehalten.

Das Sportgelände umfasst ein großes und ein kleines Rasenfeld. Am großen Rasenfeld steht ein Parkplatz mit ca. 35 Stellplätzen zur Verfügung.

Zur Nutzung der Sportanlagen liegen vom Sportverein folgende Angaben vor:

- Großes Fußballfeld (Rasen/Hauptplatz)
 - werktags von 16:00 bis 17:30 Uhr Jugend-Fußball-Training und von 19:00 bis 20:30 Uhr Fußball-Training,
 - samstags von 16:00 bis 18:00 Uhr Mannschaftsspiele mit ca. 20 Zuschauern,
 - sonntags von 13:00 bis 17:00 Uhr Mannschaftsspiele mit ca. 65 Zuschauern.
- Kleines Fußballfeld (Ausweichplatz)
 - werktags von 19:00 bis 20:30 Uhr Fußball-Training,
 - samstags von 14:00 bis 16:00 Uhr Mannschaftsspiele mit ca. 20 Zuschauern,
 - sonntags von 12:00 bis 16:00 Uhr Mannschaftsspiele mit ca. 65 Zuschauern

Aufgrund der längeren Betriebszeiten an Sonntagen innerhalb der Ruhezeit wird als maßgebender Beurteilungszeitraum die Ruhezeit an Sonn- und Feiertagen von 13:00 bis 15:00 Uhr untersucht. Aufgrund der deutlich höheren Anforderungen zum

Schallimmissionsschutz innerhalb der Ruhezeiten (reduzierter Beurteilungszeitraum) ist eine zusätzliche Untersuchung der Nutzungen tags außerhalb der Ruhezeiten damit abgedeckt.

Wir gehen von folgenden lärmrelevanten Aktivitäten innerhalb der Ruhezeit von 13:00 bis 15:00 Uhr auf dem Gelände aus:

- 1,5 Std. Fußball-Mannschaftsspiel (großes Rasenfeld)
- 1,5 Std. Fußball-Mannschaftsspiel (kleines Rasenfeld)
- Parkplatz doppelt voll belegt, 70 An- und 70 Abfahrten

Auf der sicheren Seite liegend werden beide Spiele gleichzeitig berechnet.

Mannschaftsspiel Fußball (Rasen/Hauptplatz) gemäß VDI 3770

Für 90 Minuten Mannschaftsspiel mit ca. 65 Zuschauern ergibt sich der Beurteilungspegel der Emissionen wie folgt:

$$LW,r = 105,7 + 10 \lg (1,5/2) = 104,4 \text{ dB(A)}$$

Mannschaftsspiel Fußball (Ausweichplatz) gemäß VDI 3770

Der Beurteilungspegel der Emissionen wird für 90 Minuten Mannschaftsspiel mit ebenfalls ca. 65 Zuschauern wie folgt angesetzt:

$$LW,r = 105,7 + 10 \lg (1,5/2) = 104,4 \text{ dB(A)}$$

Parkverkehr

Die Emissionen werden gemäß 18. BImSchV nach RLS 90 mit folgender Anzahl der Fahrzeugbewegungen berechnet:

$$\text{Pkw } N \times n = 2 \times 70 / 2 = 70 \text{ Bewegungen/Stunde}$$

Spitzenpegel

Infolge von Schiedsrichterpfeifen bei Fußballspielen sind folgende Spitzenpegel der Schallimmissionen zu erwarten:

$$\text{LWA}_{\text{max}} = 118,0 \text{ dB(A)}$$

Seltene EreignisseVereinsfeste:

- Pfingstmontag von 11:00 bis 17:00 Uhr Open-Air mit Band am Parkplatz mit 500 Gästen,
- 27.12. Lakefleischbraten am Freigelände mit ca. 80 Gäste, mittags,
- Karfreitag Fischessen im Sportheim mit 50 Gäste, mittags.

Auf der sicheren Seite liegend wird das lauteste Fest berechnet. Aufgrund der deutlich höheren Anforderungen zum Schallimmissionsschutz innerhalb der Ruhezeiten (reduzierter Beurteilungszeitraum von 2 Stunden) ist eine zusätzliche Untersuchung der Nutzungen tags außerhalb der Ruhezeiten damit abgedeckt.

Wir gehen von folgenden lärmrelevanten Aktivitäten innerhalb der Ruhezeit von 13:00

bis 15:00 Uhr auf dem Gelände aus:

- 1,5 Std. Live-Musik,
- Personen in Freien,
- Kühlaggregate,
- Parkvorgänge, 250 An- und 250 Abfahrten.

Berechnung der Schallimmissionen, Beurteilungspegel

Regulärer Betrieb

Immissionsort	Schutzanspruch	Beurteilungspegel Lr / dB(A), tags	IRW/dB(A) tags
IO5 Dörrmosbacher Str. 56 (Dörrmosbach)	WR	34	45
IO6 Würzburger Str. 239 (Grünmosbach)	WR	30	45

Die Immissionsrichtwerte werden an allen Immissionsorten eingehalten.

Live Musik / Schallemissionen der Beschallungsanlagen

Das Beschallungskonzept wird für die Bühne mit zwei parallel, oberhalb der Bühne angebrachten Lautsprecherclustern angenommen und als zwei Punktschallquellen modelliert. Da die Ausrichtung und Position der Lautsprecher unbekannt ist, wird auf der sicheren Seite liegend eine omnidirektionale Richtwirkung angesetzt und die Schallquellen an der ungünstigsten Stelle positioniert. Damit ist jegliche Positionierung der Lautsprecher auf dem Parkplatz aufgedeckt.

Hinweise zur Bestimmung der erforderlichen Schallleistung von Bühnenbeschallungsanlagen gibt die sächsische Freizeitlärmstudie. Für die geplanten Sonderveranstaltungen auf den Parkplatz werden die Mindest-Versorgungspegel für Kleinbühnen (unter 1000 Besucher / 500 m²) angesetzt.

Der Gesamt-Schallleistungspegel der Beschallungsanlage wird wie folgt ermittelt:

Personen in Freien

An den Parkplatz werden 500 Besucher angesetzt:

Die beurteilten Geräuschemissionen von Personen werden nach VDT-Richtlinie 3770, Kap.17 ermittelt. Da es sich nicht um Besucher von Sportveranstaltungen handelt, wird die Impulshaltigkeit wie folgt berücksichtigt.

Auf der sicheren Seite liegend wird für einen Zeitraum von 2 Stunden von der o. g. maximalen Zuschauerzahl ausgegangen, von denen jeweils die Hälfte ständig spricht. Bei hohen Personenzahlen ergeben sich rechnerisch negative Werte für die Impulshaltigkeit, die dann nicht zu berücksichtigen sind.

$$\text{LW}_{\text{r}} = 70 + 10 \lg(250) + [9,5 - 4,5 \lg(250)] + 10 \lg(2/2) = 94,0 \text{ dB(A)}$$

Spitzenpegel

Immissionsort	Schutzanspruch	Beurteilungspegel Lr / dB(A), tags	IRW/dB(A) tags
IO5 Dörrmosbacher Str. 56 (Dörrmosbach)	WR	43	75
IO6 Würzburger Str. 239 (Grünmorsbach)	WR	43	75

Die Immissionsrichtwerte für Spitzenpegel werden an allen Immissionsorten deutlich unterschritten.

Seltene Ereignisse

Immissionsort	Schutzanspruch	Beurteilungspegel Lr / dB(A), tags	IRW/dB(A) tags
IO5 Dörrmosbacher Str. 56 (Dörrmosbach)	WR	38	65
IO6 Würzburger Str. 239 (Grünmorsbach)	WR	34	65

Die Immissionsrichtwerte werden an allen Immissionsorten eingehalten.

WASSERSCHUTZGEBIET

Mit Beschlussfassung vom 25.09.2018 hat der Gemeinderat dem Antrag des MSC Straßbessenbach, die Rennstrecke nach Nordwesten zu verlegen, zugestimmt. Damit wird nach einer Übergangsfrist von ca. 5 Jahren der untersuchte Streckenabschnitt auf Dörrmosbacher Gemarkung aufgegeben.

Nach vollständigem Umbau der Rennstrecke wird kein Streckenabschnitt mehr im geplanten Trinkwasserschutzgebiet der Gemeinde Haibach liegen.

ALLGEMEIN

Das gesamte überplante Gebiet liegt im Landschaftsschutzgebiet des Bayerischen Spessarts, eine planungsrechtliche Zulässigkeit wurde jedoch vom Landratsamt in Aussicht gestellt, sofern die bisher erteilten Auflagen aus den Bescheiden der letzten Jahre zur Durchführung der motorsportlichen Veranstaltung in der Bauleitplanung berücksichtigt werden.

Die Erschließung (Zuwegung, Versorgung mit Wasser und Entsorgung des Abwassers) ist gesichert. Das Bauleitplanverfahren führt hier zu keinen Änderungen.

Die durch Haupt- und Nebengebäude überbaute Grundfläche auf dem Gelände des Sondergebiets „Motorsport“ beträgt aktuell ca. 700 m². Dieses Maß der Überbauung darf durch zusätzliche bauliche Anlagen oder Erweiterungen lediglich auf 1.000 m² vergrößert werden.

Darüber hinaus dürfen maximal 2.000 m² für Stellplätze und deren Zufahrten sowie Trainingsflächen dauerhaft versiegelt werden.

Auf den Flächen für Sport- und Spielanlagen darf maximal eine Grundfläche von 500 m² (aktuell ca. 220 m²) durch bauliche Anlagen (Haupt- und Nebengebäude) überbaut werden.

Mit diesen Festsetzungen werden nur noch geringfügige Erweiterungen des Bestandes ermöglicht.

Planungsrechtliche Belange der Gemeinde Haibach (z.B. Ausweisung von Bau- oder Gewerbegebieten) stehen der Planung nicht entgegen.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass die Bedenken, die im Jahr 2017 zur Ablehnung seitens des Gemeinderates geführt haben, berücksichtigt wurden. Die Planung wurde entsprechend geändert. In Bessenbach hat sich jedoch eine Bürgerinitiative gegründet, die ihrerseits diese Planung nicht befürwortet.

GR Toni Stahl stellt fest, dass die Vorlage aus dem Jahr 2017 überarbeitet und die Anregungen eingearbeitet wurden. Er schlägt daher die Zustimmung vor.

GR Dietmar Kempf-Blatt signalisiert ebenfalls die Zustimmung. Zu den Modalitäten hat er noch die Frage, wer seltene Tiervorkommen in diesem Areal überprüft.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass dies im laufenden Verfahren durchgeführt wird. Seitens der WeSpe wird derzeit auch an einer Biotop-Verbesserung gearbeitet.

Im Fall, dass tatsächlich eine seltene Tierart gefunden wird, kann dies zu Umplanungen oder auch einer Umsiedlung der Tiere führen.

GR Jürgen Goldhammer stellt fest, dass er nicht mit der Planung einverstanden ist. Die Strecke wird in Richtung Haibach verlegt. Warum erfolgt dies?

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass dies alles auf Bessenbacher Gelände erfolgt.

GR Jürgen Goldhammer wird aus Gründen des Wasserschutzes der Planung nicht zustimmen.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass in diesem Zusammenhang alle Brunnen geprüft wurden.

Dipl. Ing. Martin Volk bestätigt, dass anhand der über einen längeren Zeitraum durchgeführten Prüfungen keine Beeinträchtigung festgestellt werden konnte.

GR Peter Amrhein führt aus, dass die Verlegung in Richtung Grünmorsbach auch eine höhere Lärmbelästigung dort bringen wird.

GR Anja Goymann teilt mit, dass sie auch nicht zustimmen wird. Die Geräuschkulisse wird je nach Empfinden nach ihrer Ansicht unterschiedlich wahrgenommen. Sie spricht sich für eine Reduzierung der Fahrzeuge im Trainingsbetrieb aus.

GR Michael Albert fragt nach der Häufigkeit der besagten Veranstaltungen.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass dies ein „Wettkampf-Wochenende“ im Juli betrifft und die aufgeführten Trainingseinheiten auf 26 Tage/Jahr beschränkt sind.

Beschluss

Mit dem Bebauungsplanentwurf „Zum Sportfeld“ der Gemeinde Bessenbach in der Fassung vom 29.04.2019 besteht Einverständnis.

Abstimmungsergebnis: ja: 10 nein: 8

6. Allgemeines

Sachverhalt:

6. Informationen von Bgm. Andreas Zenglein

6.1. Veranstaltungen

Am kommenden Wochenende, 06.-08.07., findet das Fest des Obst- und Gartenbauvereins in der Birkenwiese statt.

Die Jubiläumswoche des SV Alemannia beginnt mit einem Auftaktspiel gegen Darmstadt 98 am Freitag, 05.07., es folgen weitere Spiele in der Sportwoche vom 06. - 11.07., das Jubiläumsfest findet am kommenden Wochenende 12.-14.07.2019 statt.

Das Richtfest für den Neubau des Kinderhorts findet am Mittwoch, 07.08.2019, um 16:00 Uhr statt.

Im Rahmen der „WeSpe“ liegt ein Flyer des Heimat- und Geschichtsvereins zum Jubiläumsfest am 27. und 28.07. in Bessenbach statt.

6.2. Partnerschaft Marck

Von Freitag, 05. bis Sonntag, 07.07., fährt eine Delegation zur Eröffnung des Place de l'Europe in Marck. Es sind 33 Personen dabei.

6.3. Landschaftspflege vergeben

Gemeinsam mit den WeSpe-Gemeinden wurde der Auftrag für die Landschaftspflege vergeben. Ab Ende Juli sind die Ortsrunden geplant – entsprechende Einladungen folgen noch.

6.2. Informationen von GLA Michael Müller

Laut Mitteilung des Landratsamtes gab es bezüglich der EU-Wahl keine Beanstandungen, es wurde alles ordnungsgemäß abgeschlossen.

Bezüglich des Glasfaserausbaus finden ab Mitte September die erforderlichen Befragungen statt.

6.3. Anfragen aus dem Gemeinderat

6.3.1. Verteilerkasten der Telekom

GR Jürgen Goldhammer fragt, wer die Aufstellung des neuen Telekom-Kastens in der Rohrbachstraße veranlasst hat.

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass bezüglich des Telekommunikationsgesetzes der Gebietschutz für die Kernzone aufgehoben wurde. Daher

setzt die Telekom derzeit diese neuen Verteilerkästen im Ortszentrum. Ab Mitte August soll dann das neue „Supervektoring“ in Betrieb gehen.

Der Kasten in der Rohrbachstraße wird nach Rücksprache mit A. Großmann (Telekom) versetzt.

Der neue Sendemast im Bereich Bessenbach/Grünmorsbach wird wohl auch in den nächsten Tagen in Betrieb gehen (ebenfalls Telekom).

GR Dietmar Kempf-Blatt berichtet von Unmut der Anwohner in der Rohrbachstraße, weil keine entsprechende Info durch die Telekom erfolgte.

6.3.2. Trinkwasserversorgung

GR Claus Rückert möchte wissen, wie die aktuelle Versorgung des Trinkwassers bei anhaltender Trockenheit sichergestellt ist?

Bgm. Andreas Zenglein teilt mit, dass es hier noch keine Einschränkungen gibt. Im Mitteilungsblatt dieser Woche wird ein entsprechender Hinweis und Aufruf zum Wasser-sparen veröffentlicht.

Das Wasser des Brunnens Kirchenelsengrund kann von Bürgern wieder zum Bewässern abgeholt werden.

6.3.3. Sonnensegel Kinderspielplatz „Zu den 3 Kreuzen“

GR Josef Farrenkopf fragt, wann hier mit der Montage gerechnet werden kann.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass auf eine Nachricht des Lieferanten gewartet wird bzw. nachgefragt wird, wann die Lieferung erfolgen wird.

6.3.4. Wassertretanlage Haibacher Schweiz

GR Dietmar Kempf-Blatt bemerkt, dass dort das Schild „Keine Nutzung durch Hunde“ fehlt. Dies sollte wieder aufgestellt werden.

In diesem Zusammenhang berichtet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass durch Vandalismus der Einlauf des Wassertretbeckens herausgerissen wurde und sich daher kein Wasser im Becken befand. Der Schaden ist behoben und die Anlage kann wieder genutzt werden. Ein Bürger aus Goldbach hatte dies in der Gemeinde reklamiert.

6.3.5. Beschallungsanlage Sporthalle Am Hohen Kreuz

Nach Rückfrage von **GR Tobias Rückert** wird mitgeteilt, dass ein entsprechendes Angebot angefordert wird und dann dem GR vorgelegt wird.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **24.07.2019** genehmigt.

Andreas Zenglein

Erster Bürgermeister

Silvia Reiling

Verw.-Angest.

SITZUNG

des
GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 24. Juli 2019
Sitzungsdauer: 20:00 Uhr bis 22:30 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Horst Hock	2. Bürgermeister	
Michael Albert	Gemeinderat	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Josef Farrenkopf	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Andreas Först	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Torsten Redeker	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Tobias Rückert	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Abwesend:

Jürgen Großmann	Gemeinderat	
Eva Rückert	Gemeinderätin	

Schriftführer		
Silvia Reiling		

Verwaltung		
Michael Müller		
Silvia Reiling		
Martin Volk		

Tagesordnung

Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift
3.	Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung
4.	Bauleitplanverfahren der Gemeinde Bessenbach "Zum Sportfeld" - Erneute Beteiligung der Gemeinde Haibach nach § 4 Abs. 2 BauGB
5.	Beteiligungsverfahren zur 15. und 16. Änderung des Regionalplans Bayerischer Untermain
6.	Anfrage zur Ansiedlung eines Lebensmitteldiscounters
7.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 18 erschienen sind, der

Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzungsordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift

Das Protokoll der Sitzung des Gemeinderates vom 03.07.2019 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

3. Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung

Für den Neubau des Kinderhortes wurden folgende Aufträge vergeben:

Gewerk:	Auftragnehmer:
G6 - Heizungsinstallation	Fa. Löffler Gebäudetechnik, Goldbach
G7 - Lüftungsinstallation	Fa. Berthold Holzapfel GmbH, Großwallstadt
G8 - Sanitärinstallation	Fa. Löffler Gebäudetechnik, Goldbach
G9 – Elektroinstallationsarbeiten	Fa. ms Elektrotechnik GmbH & Co. KG, Elsenfeld
G10 - Blitzschutzarbeiten	Fa. GP-Blitzschutz GmbH, Schaafheim
G11: Aufzugsanlage	Fa. Sieben IAO, Mainz
G12: Innenputzarbeiten	Fa. ABL Group GmbH, Aschaffenburg

G13 - Trockenbauarbeiten	Fa. AK Krämer GmbH, Bickenbach
G14 - Estricharbeiten	Fa. Okatar Estrichbau GmbH, Merzig

Der Auftrag für die Erneuerung des Geländers im Foyer der Kultur- und Sporthalle wurde an die Firma Bergmann, Aschaffenburg, erteilt.

Die Aschaffener Versorgungs-GmbH hat den Auftrag zur Erneuerung der Straßen-beleuchtung im Bereich der Findbergstraße erhalten.

An die Firma r-c-c.net IT Technologie GmbH, Haibach, wurde der Auftrag zur Lieferung und Installation der EDV-Komponenten im Rahmen des Förderprogrammes „Das digitale Klassenzimmer“ für die Grund- und Mittelschule vergeben.

4. Bauleitplanverfahren der Gemeinde Bessenbach "Zum Sportfeld" - Erneute Beteiligung der Gemeinde Haibach nach § 4 Abs. 2 BauGB**Sachverhalt:**

Für den Entwurf des Bebauungsplanes „Zum Sportfeld“ (Fassung vom 03.11.2016) hat die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange im Dezember 2016 / Januar 2017 stattgefunden.

Diesem Bebauungsplanentwurf hat der Gemeinderat in seiner Sitzung am 25.01.2017 aufgrund des direkt angrenzenden Wasserschutzgebietes „Brunnen 71“ (Schutzzone III), des Immissions-schutzes und damit verbunden, wegen nicht festgelegten Trainingszeiten und Anzahl der Trainingsteilnehmer, sein Einvernehmen verweigert.

Der daraufhin geänderte Planentwurf des Bebauungsplan „Zum Sportfeld“ (Fassung vom 29.04.2019) wurde durch den Gemeinderat in der Sitzung vom 03.07.2019 gebilligt.

Aufgrund von Änderungen gegenüber dem Planentwurf in der Fassung vom 29.04.2019 muss der Bebauungsplanentwurf (Fassung vom

11.07.2019) erneut öffentlich ausgelegt und die Gemeinde Haibach beteiligt werden. Im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung können Stellungnahmen lediglich noch zu den geänderten bzw. ergänzten Teilen abgegeben werden. Die Änderungen (**rot**) betreffen folgende Festsetzungen:

A. Planungsrechtliche Festsetzungen**8. Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen**

(§ 9 Abs. Nr. 24 BauGB)

Zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen werden die Zeiten, an denen Großveranstaltungen und der Trainingsbetrieb des Motorsportvereins zuge-lassen werden, wie folgt reglementiert:

- eine Motocross-Veranstaltung für verschiedene Motorradklassen an einem Wochenende/Jahr,
- eine Kart-Veranstaltung für Jugendliche an einem Wochenende/Jahr,

- Motocross-Training (maximal 10 Fahrzeuge) maximal 2 Stunden/Woche an **maximal 20 Tagen/Jahr und nur Montags - Freitags bis 19:00 Uhr, aber nur außerhalb der Ruhezeiten und** nur auf den als Trainingsstrecke gekennzeichneten Flächen.
 - Es dürfen nur Motorräder bis 85 ccm fahren. Die Lautstärke der Motorräder wird auf maximal 93 dB(A) begrenzt.
 - Kart-Training wöchentlich.
- Darüber hinaus sind Vereinsfeste/Veranstaltungen wie z.B. Jugendzeltlager, Grillabend für die Jugend, Lakefleischessen, Schlachtfest, Meisterschaftsfeiern und weitere zulässig.

C. Nachrichtliche Übernahmen

1. Trinkwasserschutz

III Schutzzone III

Bei sämtlichen Maßnahmen im festgesetzten und geplanten Trinkwasserschutzgebiet sind die Bestimmungen der Wasserschutzgebietsverordnung des Landratsamtes Aschaffenburg über das Wasserschutzgebiet in den Gemeinden Bessenbach und Haibach, insbesondere der Katalog über die verbotenen oder nur beschränkt zulässigen Handlungen (§ 3 der Verordnung), in der jeweils gültigen Fassung zu beachten.

Verkehrsflächen einschließlich Parkflächen sind nach RiStWag bzw. in Anlehnung an die RiStWag auszubilden.

Für die Versickerung von gesammeltem Niederschlagswasser ist die grundsätzliche Versickerungsfähigkeit des Untergrundes zu prüfen und ggf. ein entsprechender wasserrechtlicher Antrag beim Landratsamt Aschaffenburg zu stellen. Außerhalb des festgesetzten Wasserschutzgebietes kann die Versickerung erlaubnisfrei erfolgen, sofern die Voraussetzungen der Niederschlagswasserfreistellungsverordnung (NWFreiV) erfüllt und die Vorgaben der zugehörigen Technischen Regel (TRENGW) eingehalten werden.

Die Lagerung von Wasser gefährdenden Stoffen darf nur unter Einschränkungen erfolgen.

Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ist verboten. Die Düngung mit Stickstoffdüngern in Zone II ist nur mit Mineraldüngern möglich, darüber hinaus in Zone II und III nur bedarfsgerecht. Die Beregnung von Rasensportflächen ist in der Zone II verboten und in der Zone III nur bis zu einer

Bodenfeuchte von 70 % der nutzbaren Feldkapazität möglich.

Abweichungen von der Schutzgebietsverordnung bedürfen einer Ausnahme-genehmigung.

Diese sind im Bedarfsfall rechtzeitig unter Beigabe von Erläuterungen und Plänen bei der Kreisverwaltungsbehörde zu beantragen (insbesondere z.B. für Abgrabungen, Auffüllungen, Leitungsverlegungen, Errichtung von Straßen und Wegen, Errichtung von Sportanlagen ohne Anschluss an die öffentliche Sammelentwässerung etc.).

GR Dietmar Kempf-Blatt bezieht sich auf die Verlegung der Strecke aus Dörmorsbacher Gemarkung auf Fläche der Gemarkung Bessenbach. Somit rückt die Strecke näher an Grünmorsbach. Wird dazu dann die Gemeinde Haibach auch nochmals gehört?

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass diese heutige Beteiligung nur für das Bauleitverfahren gilt. Im nächsten Schritt erfolgt dann selbstverständlich wieder die Beteiligung der Gemeinde Haibach.

GR Toni Stahl sieht in der jetzigen Vorlage einige Verbesserungen – die vom Gemeinderat Bessenbach auch als Ergebnis der Bürgerinitiative nun beschlossen wurden. Dieser Planung wird die CSU-Fraktion mehrheitlich zustimmen.

GR Jürgen Goldhammer hat nach wie vor Bedenken in Bezug auf den Wasserschutz. Müssen die Park- und Verkehrsflächen mit einem Ölabscheider versehen werden? Des Weiteren fragt er nach dem Düngen und Wässern des kleinen Sportfeldes.

Hierzu antwortet **Dipl. Ing. Martin Volk**, dass dem nicht so ist, die Versickerung des Niederschlagswassers erfolgt in die Kanalisation.

Bgm. Andreas Zenglein teilt mit, dass der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln verboten und die Düngung nur mit Mineraldüngern möglich ist. Diese Festsetzungen sind Teil der Festlegung des Bauleitverfahrens.

GR Dietmar Kempf-Blatt begrüßt es, dass die Kompromisse gefunden und eingearbeitet wurden.

Beschluss:

Mit dem Bebauungsplanentwurf „Zum Sportfeld“ der Gemeinde Bessenbach in der Fassung vom 11.07.2019 besteht Einverständnis.

Abstimmungsergebnis: ja: 12 nein: 7

5. Beteiligungsverfahren zur 15. und 16. Änderung des Regionalplans Bayerischer Untermain

Sachverhalt:

Der Planungsausschuss des Regionalen Planungsverbandes Bayerischer Untermain hat am 10.05.2019 beschlossen, den Regionalplan zu ändern und das dafür erforderliche Beteiligungsverfahren einzuleiten.

Die 15. Änderung hat die Verkleinerung des Vorranggebietes für Spezialton ST4 „Nördlich Hösbach“ zum Gegenstand.

Die 16. Änderung umfasst die Aufhebung der Vorranggebiete für Hochwasserschutz. Die Einzelheiten der Änderungen sind den Anlagen zu entnehmen.

Die Planentwürfe sind in der Zeit vom 24.6.2019 bis 26.07.2019 eingestellt auf den Internetseiten der Regierung von Unterfranken unter:

www.regierung.unterfranken.bayern.de/aufgaben/3/6/00703/index.html

und auf der Homepage des Regionalen Planungsverbandes Bayerischer Untermain unter:

www.bayerischer-untermain.de

GR Toni Stahl sieht hier in der Zustimmung einen formalen Akt.

GR Dietmar Kempf-Blatt fragt, ob Haibach bzgl. des Hochwasserschutzes betroffen ist, da in den Entwürfen der „Morsbach“ benannt wurde.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass der Morsbach und der Dörmorsbach in den Bessenbach münden. Da es in diesem Bereich häufig zu Problemen kam, wurde ein Regenrückhaltebecken auf der Gemarkung Bessenbach errichtet. Dieses wurde vor kurzem vergrößert. Die Gemeinde Haibach ist finanziell dabei nicht beteiligt.

GR Richard Hein möchte wissen, was geplant ist, wenn Veränderungen anstehen.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass sich dieses Gremium aus unterschiedlichen Verwaltungen zusammensetzt. Bei deren Arbeit wurde festgestellt, dass entsprechende Änderungen, wie z.B. die Verkleinerung des Vorranggebietes in Hösbach und die Vergrößerung des Regenrückhaltebeckens, erfolgten. Die Änderung wird somit beantragt und festgeschrieben.

Beschluss

Die Gemeinde Haibach ist von der 15. und 16. Änderung des Regionalplans Bayerischer Untermain nicht direkt betroffen und erhebt keine Einwände.

Abstimmungsergebnis: ja: 19 nein: 0

6. Anfrage zur Ansiedlung eines Lebensmitteldiscounters

Sachverhalt:

Bereits am 16.04.2018 und 07.11.2018 wurde der Gemeinderat darüber informiert, dass die Firma Norma derzeit auf der Suche nach einem geeigneten Standort in der Gemeinde Haibach ist. In der engeren Auswahl waren damals zum einen das Grundstück neben dem ehemaligen Stahlbaubetrieb Bozem und der Bereich westlich der Staatsstraße zwischen Haibach und Grünmorsbach (Bereich Langenstock).

Mittlerweile fand ein Gespräch mit Herrn Palm, Expansionsleiter der Firma Norma, statt, in welchem er mitteilte, dass Norma den Standort zwischen Haibach und Grünmorsbach favorisiere. Es ist der Firma Norma bekannt, dass dieser Standort im Flächennutzungsplan der Gemeinde Haibach als Fläche für die Landwirtschaft ausgewiesen ist und für die Schaffung von Baurecht zuerst der

Flächennutzungsplan geändert und ein Bebauungsplan aufgestellt werden müsste. Insofern der Gemeinderat diesem Vorgehen zustimmen kann, könnte Norma sich vorstellen, eine private Erschließung des Baugebietes „Goethestraße-West“ durchzuführen.

Bgm. Andreas Zenglein führt aus, dass die Firma Norma großes Interesse an der Errichtung eines Lebensmittel-Discounters in Haibach hat. Es wurden 2 Flächen in Erwägung gezogen, die geprüft wurden. Der Standort neben der ehemaligen Firma Bozem wurde jedoch von der Regierung nicht befürwortet.

In weiteren Gesprächen mit Herrn Palm hat dieser den Vorschlag mit Standort an der St.2312 im Bereich des im F-Plan vorgesehenen Baugebietes

„Goethestraße II“ vorgeschlagen. Herr Palm wurde dargelegt, dass die Errichtung nur eines Discounters nicht machbar sein wird. Es sollte geprüft werden, ob eine Überplanung des Areals mit Ausweisung von Wohnhäusern möglich ist. Diese Aufgabe wurde planerisch von der Firma Norma entworfen.

In weiteren Gesprächen mit der Firma Norma wurde auch darauf hingewiesen, dass diese Umsetzung bis zu 3 Jahren dauern kann. Dies würde man in Kauf nehmen wollen.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass der Standort eines Discounters an dieser Stelle wohl auch sehr praktische Gründe hat. Er sieht es als Vorteil für die Bewohner von Dörmorsbach und Grünmorsbach, dass an dieser Stelle eventuell künftig auch ein Einkauf getätigt werden kann. Der Markt wäre fußläufig und durch die Bushaltestelle in diesem Bereich gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. Mit der Regierung wurde ebenfalls gesprochen. Von dort wurde signalisiert, dass ein Markt mit einer Fläche von 1.200 m² in Haibach noch realisierbar wäre.

Ein weiterer Vorteil in diesem Verfahren wäre, dass zudem etwa 30 Wohneinheiten geschaffen werden könnten. Hier könnte man in einer Art Pilotprojekt ein Wohnquartier schaffen mit Unterstützung eines Energieversorgers mit diversen Möglichkeiten: Nahwärmenetz, Blockheizkraftwerke, Niedrig-Energie-Häuser, E-Tankstellen und mehr.

Die letzte Umlegung, die in Haibach erfolgte, war im Jahr 2004 in den Krautgärten als Privatumlegung. Es wurden auch bereits schon öfter Anfragen von Grundstücksbesitzern aus dem Bereich Goethestraße gestellt bzgl. einer Umlegung. Die Gemeinde kann sich jedoch eine Umlegung aus finanzieller Sicht nicht leisten und würde daher ebenfalls wieder eine Privatumlegung bevorzugen.

GR Claus Rückert fragt nach der Höhe des vorgesehenen Verkaufsgebäudes. Sicherlich müssen auch entsprechende Auffüllungen vorgenommen werden.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass es sich eventuell um ein eingeschossiges Bauwerk handelt, nicht vergleichbar mit dem Gebäude „Edeka“, welches noch ein Staffelgeschoss hat. Das Bauwerk wird sich einfügen. Auffüllungen sind in dem vorgesehen Bereich nicht erforderlich.

GR Claus Rückert möchte noch wissen, welche Aussage hierzu vom Landratsamt vorliegt.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass dies in der Planungshoheit der Gemeinde liegt. Das Landratsamt wurde hier bislang nicht beteiligt.

GR Toni Stahl bemerkt, dass man in der CSU-Fraktion auch über diese Anfrage diskutiert hat. Es wurden ebenfalls die Vor- und Nachteile abgewogen.

Als Vorteil wird gesehen, dass bei dieser Planung auch neuer Wohnraum geschaffen wird. Als Nachteil ist zu sehen, dass dieser Markt auch wieder Konkurrenz für die letzten noch im Ort ansässigen Bäcker sein wird. Dann ist der Blick, den man an dieser Stelle über das Gebiet hat, verbaut. Des Weiteren sind nach seiner Meinung bereits genügend Märkte in Haibach ansässig.

Die Bauwilligen sollten andere Flächen, die in Haibach vorhanden sind nutzen. Es liegen mindestens 100 Grundstücke in Haibach brach. Auch hier in diesem Areal werden sicher wieder 20 % der Flächen nicht bebaut werden.

Hierzu erwidert **Bgm. Andreas Zenglein**, dass für dieses Gebiet ein sogenanntes Baugebot festgelegt werden kann. Die Bebauung muss dann z.B. innerhalb von 3 Jahren erfolgen. Zum Weiteren ist es so, dass die freien Flächen in Haibach im Privatbesitz sind und es gibt keine Chance hier eine Bebauung zu erreichen, wenn die Eigentümer dies nicht wollen.

Es gibt in Haibach folgende möglichen Baugebiete: Goethestraße II, Auf der Höhe II und Ober den Gärten.

Für die Flächen im Bereich „Ober den Gärten“ hat eine Firma versucht, eine Privatumlegung durchzuführen. Dies scheiterte jedoch daran, dass sich nicht alle Grundstücksbesitzer beteiligen haben.

GR Jürgen Goldhammer möchte wissen, ob es für den Bereich Goethestraße II bereits einen Bebauungsplan gibt.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass diese Fläche lediglich im Flächen-nutzungsplan als Baugebiet ausgewiesen ist.

GR Jürgen Goldhammer kann einer Bebauung mit Wohngebäuden zustimmen, jedoch nicht der eines Lebensmittelmarktes an dieser Stelle.

GR Claus Rückert sieht dies jedoch als ideale Stelle für einen Markt. Liegt zentral, kann per Fuß und Bus erreicht werden. Er kann diesem Vorschlag zustimmen.

GR Dietmar Kempf-Blatt berichtet über die Diskussionen in der SPD-Fraktion. Auch hier wurde das Für und Wider diskutiert. Die Grünmorsbacher Bürger werden „ja“ sagen und die Haibacher fühlen sich gut versorgt.

Es sollte heute keine Entscheidung getroffen und noch verschiedene Fragen geklärt werden.

Bgm. Andreas Zenglein sieht schon die Notwendigkeit, dass eine Entscheidung getroffen werden sollte. Herr Palm wartet auch auf eine Antwort.

GR Anja Goymann findet die Idee und den Standort ideal.

GR Andrea Stürmer fragt, wie sich die Situation bezüglich des Kanals in der Goethestraße darstellt.

Dipl. Ing. Martin Volk erklärt, dass hierzu noch die notwendigen Berechnungen angestellt werden müssten.

Bgm. Andreas Zenglein ergänzt, dass eventuell eine neue Kanalleitung erforderlich sein wird. Dies läuft jedoch zu Lasten der Umlegung. Im Übrigen hat er noch niemanden gesehen, der von dieser Stelle aus für längere Zeit (Aussichtspunkt) nach Frankfurt schaut.

GR Peter Amrhein bemerkt, dass er für den Entwurf stimmen kann, wenn in diesem Areal nur „Null-Energie-Häuser“ errichtet werden. Somit wird die komplette Energie dort verbraucht, wo die Natur verschwindet.

GR Toni Stahl spricht sich gegen einen neuen Supermarkt aus, da nach seiner Meinung bereits genügend Lebensmittel weggeworfen werden.

GR Jürgen Goldhammer möchte noch wissen, wer die Kosten für eine eventuelle Erweiterung der Kanalisation trägt.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass dies vertraglich geregelt werden könnte und diese Kosten zur Umlegung gehören.

Dipl. Ing. Martin Volk spricht sich für ein qualifiziertes Trennsystem aus, in diesem Fall muss eventuell keine Erweiterung erfolgen – wie bereits gesagt – es müssen ohnehin erst entsprechende Berechnungen erfolgen.

GR Ilse Spielmann ist gegen einen Markt an dieser Stelle, da dieser Platz hierfür ungeeignet ist.

Zudem ist nach ihrer Auffassung kein weiterer Markt notwendig. Die Busse fahren auch in Richtung Lidl, um dort einzukaufen. Für sie ist ausschlaggebend, dass dies auch wieder zu Lasten der Kindertagesituation geht, wenn hier neue Wohngebäude errichtet werden. Entsprechende Plätze in den Kindergärten fehlen heute schon.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass er dieses Argument so nicht in Ordnung findet. Nach dem Neubau des Hortes wird die Sanierung des Marienkindergartens in Angriff genommen und dabei wird man natürlich auf neue Gegebenheiten eingehen müssen. Diese Daseinsvorsorge ist auch für ihn sehr wichtig.

Beschluss

Mit dem Planentwurf der Firma Norma, wie vorgestellt, besteht Einverständnis. Mit der Firma Norma werden nun Gespräche geführt und das weitere Vorgehen besprochen. Die Bauweise soll als ökologische Bauweise, z. B. Niedrigenergiehäuser, erfolgen. Anschließend erfolgen eine Bürgerinformation mit Meinungsaustausch und anschließend die Wiedervorlage im Gemeinderat.

Abstimmungsergebnis: ja: 9 nein: 10

abgelehnt

7. Allgemeines

Sachverhalt:

Informationen von Bgm. Andreas Zenglein

7.1. Interkommunale Allianz – WeSpe – Evaluation in Heimbuchenthal

Die Allianz wird für die nächsten 4 Jahre weitergeführt. Der Kostenaufwand beträgt 5.000 EUR pro Jahr und es wurden bereits folgende erfolgreiche Projekte gemeinsam in der WeSpe abgewickelt, unter anderem das Energiekonzept, das Landschaftspflegekonzept, Wald erfahren, Verhandlungen mit der Deutschen Glasfaser etc.

7.2. Informationsveranstaltung Deutsche Glasfaser

Am 17.09.2019 findet die Auftaktveranstaltung der Deutschen Glasfaser in der Kultur- und Sporthalle statt.

7.3. Breitbandausbau

Die Firma Dr. Först Consult wurde beauftragt, den Förderantrag für den Breitbandausbau in Haibach

zu stellen. Die Ausschreibung ergeht an alle Netzanbieter und ist für die Gemeinde kostenfrei.

7.4. Veranstaltungen:

7.4.1. Anliegerversammlung Findbergstraße

Der Termin für die Anliegerversammlung der Findbergstraße wurde für **Mittwoch, 07.08.2019, 19:00 Uhr** im Mehrzweckraum der Feuerwehr festgelegt.

7.4.2. Richtfest Kinderhort

Zuvor findet um 16:00 Uhr das Richtfest an der Baustelle für den Kinderhort statt.

7.5. Spielplatz „Zu den 3 Kreuzen“

Für diesen Spielplatz wurden in der Sitzung am 08.05. die beantragten Sonnensegel beschlossen und bestellt. Für diese 3 Sonnensegel sind 7 Fundamente notwendig, die durch den TÜV abgenommen werden müssen. Die Problematik hier ist jedoch, dass in diesem Areal massiver Fels vorhanden ist, der nur mit Schwerstgerät bearbeitet werden kann.

GR Peter Amrhein schlägt vor, Überflurfundamente zu errichten.

Hierzu entgegnet **Dipl. Ing. Martin Volk**, dass dieses dann wieder an der Spielfläche fehlen wird.

GR Jürgen Goldhammer ist der Meinung, dass unter diesen Umständen auf die Beschattung verzichtet werden sollte. Der Spielplatz sollte ab einer Temperatur von 38 ° gesperrt werden. Es stehen andere Spielplätze im Ort zur Verfügung.

Im weiteren Verlauf der Diskussion wird von **GR Jürgen Goldhammer** die Möglichkeit von Kernbohrungen in den Fels vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wird auch von **GR Toni Stahl** begrüßt.

Bgm. Andreas Zenglein ist der Ansicht, dass es Herr Stahl mal wieder besser weiß, als die Fachleute.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass die Firma Fersch noch nach einer geeigneten Lösung sucht. Die Firma, die tätig war hat sich bereits mit weiteren Firmen in Verbindung gesetzt. Hier will sich keine Firma die Gerätschaften beschädigen, die durch diesen Fels an den Bohrern entstehen können.

2. Bgm. Horst Hock und GR Beate Konrad schlagen vor, nur den Bereich des Sandkastens zu beschatten, um hier einige Fundamente zu sparen.

2. Bgm. Horst Hock fragt, wo die Problematik am größten ist.

Dipl. Ing. Martin Volk bestätigt, dass sich der massive Fels auf dem gesamten Areal befindet. Die Beschattung ist an der Sandfläche, der Matschanlage und an den Spielgeräten gewünscht. Die Kosten werden sich enorm erhöhen.

Bgm. Andreas Zenglein schlägt vor, dass der Beschluss bzgl. der Sonnensegel für diesen Spielplatz aufgehoben werden soll. Somit können wir die Bestellung stornieren. Bei neuen Erkenntnissen erfolgt nach der Sommerpause eine erneute Vorlage.

Beschluss:

Der Beschluss über die Anschaffung und Montage von Sonnensegeln für den Spielplatz „Zu den 3 Kreuzen“ vom 08.05.2019, wird aufgehoben.

Es werden neue Erkenntnisse geprüft und es erfolgt Wiedervorlage in der Sitzung am 18.09.2019

Abstimmungsergebnis: ja: 19 nein: 0

7.6. Parkplatz Kultur- und Sporthalle

GR Toni Stahl fragt, warum eine Teilfläche des Parkplatzes an der KUS gesperrt ist.

Dipl. Ing. Martin Volk erklärt, dass die Materialien, die dort gelagert sind, für die Flüssig-asphaltsanierungen benötigt werden. Zurzeit werden in der Friedrich-Ebert-Str., Marienstraße und Hirtenborn die Arbeiten durchgeführt.

7.7. Auffüllungen Industriestraße

GR Richard Hein fragt, ob das Material für die Auffüllung in der Industriestraße West geprüft wurde und ob ein entsprechendes Gutachten hierüber vorliegt.

Bgm. Andreas Zenglein bestätigt, dass hier alles in Ordnung ist.

7.8. Aufstellung eines Windelcontainers

GR Claus Rückert fragt nach der Aufstellung eines Windelcontainers. In Goldbach und Heimbuchenthal wird dies für die Bürger angeboten. Dies bezieht sich auch auf Personen, die krankheitsbedingt Windeln zur Entsorgung haben.

Hierzu wird an die bereits mehrfach geführten Diskussionen zu dieser Thematik erinnert. Die Kommunen, die diese Angebote haben, werden diese Container nicht mehr weiter anbieten.

In Haibach erhält jede Familie einmalig einen Betrag i.H. von 150,00 EUR, der für die Entsorgungskosten der Windeln dienen soll. Für Personen, die krank sind, gibt es entsprechende Zuschussanträge, die über das Landratsamt abgewickelt werden.

7.9. Spielplatz Dörngraben

GR Claus Rückert stellt fest, dass an diesem Spielplatz seit längerem die Schaukel fehlt, es sollten dort Mäharbeiten durchgeführt und die Scherben beseitigt werden.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt hierzu, alle Arbeiten werden zeitnah ausgeführt, jedoch kann nicht immer alles sofort und gleich erledigt werden.

GR Ilse Spielmann schlägt vor, dass Herr Staab eine Prioritätenliste erstellt und diese dann abarbeiten lassen sollte.

Bgm. Andreas Zenglein erwidert, dass es eine solche Liste bereits gibt.

7.10. Hinweisschild - Grillplatz

GR Dietmar Kempf-Blatt informiert, dass ein Hinweisschild am Grillplatz eingewachsen ist. Dies sollte freigeschnitten werden.

7.11. Verlängerung Goethestraße Richtung Hundeplatz

GR Josef Farrenkopf erklärt, dass diese Strecke sehr schlecht zu begehen ist.

Bgm. Andreas Zenglein teilt mit, dass jetzt der neue Mitarbeiter Michael Roth mit den Baumschnittarbeiten beauftragt wurde. Des Weiteren wird auch noch geprüft, ob diese Strecke möglicherweise als Notfall-Einsatzstrecke für die Feuerwehr genutzt werden kann. Sollte das so erfolgen, müssen ohnehin entsprechende Vorbereitungen getroffen werden.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **18.09.2019** genehmigt.

Andreas Zenglein

Erster Bürgermeister

Silvia Reiling

Verw.Angest.

SITZUNG

des

GEMEINDERATES**Sitzungstag: Mittwoch, 18. September 2019****Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 22:00 Uhr****Haibach, Rathaus**

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
---------------------------	-----------------	---

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Horst Hock	2. Bürgermeister	
Michael Albert	Gemeinderat	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Josef Farrenkopf	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Jürgen Großmann	Gemeinderat	Anwesend ab 19:35 Uhr
Richard Hein	Gemeinderat	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Torsten Redeker	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Eva Rückert	Gemeinderätin	
Tobias Rückert	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Abwesend:

Andreas Först	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Toni Stahl	Gemeinderat	

Schriftführer		
Silvia Reiling		

Verwaltung		
Michael Müller		
Martin Volk		

Tagesordnung

Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Bürgerfragestunde
3.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 24.07.2019
4.	Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung
5.	Wiedervorlage; Anfrage zur Ansiedlung eines Lebensmitteldiscounters
6.	Sachstandsbericht der Verwaltung
7.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 16 erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungs-gemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

Bgm. Andreas Zenglein begrüßt die interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer die wohl auch zur Bürgerfragestunde gekommen sind.

Er stellt den neuen Auszubildenden Luis Seltsam vor, der am 02. Sept. 2019 seine dreijährige Ausbildung als Verwaltungsfachangestellter im Rathaus begonnen hat.

Die ehemalige Auszubildende Lea Schlauersbach hat nach erfolgreich abgelegter Prüfung einen Jahresvertrag erhalten und ist im Ordnungsamt/Liegenschaftsamt beschäftigt.

2. Bürgerfragestunde**Sachverhalt:****2.1 Anfragen zu den Probebohrungen im OT Dörmorsbach**

Herr Bernd Oppenrieder möchte wissen, ob es zu den im OT Dörmorsbach durchgeführten Probebohrungen bereits Ergebnisse gibt, wann die weiteren Bohrungen erfolgen und welche Maßnahmen hierzu erforderlich werden?

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass mittlerweile Ergebnisse aus den ersten Bohrungen vorliegen. Es werden jedoch weitere Zusatzbohrungen erforderlich sein, um festzustellen, in welchem Ausmaß die dort eingebrachte Schlacke liegt.

Dipl. Ing. Martin Volk informiert über 3 Verdachtsflächen.

In der 1. Verdachtsfläche war der Aufschluss aufgrund der Ablagerung von Steinbruchabraum schwierig. Jedoch liegen hierzu erste Ergebnisse vor. In diesem Bereich wurden teilweise Schlacke, Hausmüll und überwiegend Abraum gefunden. Zur Bewertung der Erkundung findet noch ein Termin mit dem Wasserwirtschaftsamt statt.

In den weiteren Verdachtsflächen sind die Ergebnisse nicht ganz so ergiebig, da die Standorte schwer zugänglich sind. Auch hier soll mit den Behörden der weitere Ablauf abgestimmt werden.

Die Verdachtsfläche wird als eher unkritisch gesehen. Hier erfolgen, eventuell nach Rücksprache mit dem Wasserwirtschaftsamt, weitere Bohrungen.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass die Belastungen der Flächen aus den 70er Jahren

kommen. Die damalige Mülldeponie wäre nicht so das Problem. Die Problematik kommt eher von der Schlacke, die dort aufgebracht wurde.

Dipl. Ing. Martin Volk stellt fest, dass die bisher durchgeführten Bohrungen keinen Einfluss auf die Trinkwasserqualität des Brunnen Kirchenelsengrund hatten.

Bernd Oppenrieder fragt nach dem weiteren zeitlichen Ablauf.

Dipl. Ing. Martin Volk erklärt hierzu, dass die Möglichkeit besteht, Fördermittel für die Untersuchung der Verdachtsflächen in Anspruch zu nehmen. Es ist jedoch nicht absehbar, wie der weitere Verlauf erfolgen wird.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass bei einer Renaturierung die Abnahme der belasteten Materialien in einer entsprechenden Deponie die Problematik ist. Der Rückbau der Altdeponie kann jedoch einen hohen finanziellen Aufwand bedeuten.

Herr Helmut Bonn bestätigt, dass ihm nach Rücksprache bei der Firma Pro-Terra bestätigt wurde, dass auf der Flur-Nr. 377 keine Rückstände gefunden wurden.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass die Verdachtsflächen sich auf mehreren Grundstücken verteilen. Die genauen Flurnummern müssen ermittelt werden.

Dipl. Ing. Martin Volk ergänzt, dass sich möglicherweise die Schlacke unterschiedlich verteilt hat. Bei weiteren Bohrungen soll das Umfeld eingegrenzt werden.

GR Richard Hein informiert über die Vorgehensweise bei einer Rekultivierung. Hier ist ein Gutachter vor Ort dabei. Dieser legt die Qualität des Bodens fest. Der Abraum erfolgt sukzessive und wird dabei sofort aussortiert. Eine Ladung von belastetem Material kann sich auf Kosten von 2.000 bis 2.500 EUR belaufen, hinzukommen noch die Kosten zum Transport an eine entsprechend zulässige Deponie.

2.2. Anfragen zur Ansiedlung eines Lebensmitteldiscounters

Herr Ingo Adams fragt nach dem Zusammenhang zwischen dieser Anfrage in Bezug auf Errichtung eines Lebensmitteldiscounters und eines Baugebietes. In Haibach gibt es ja noch sehr viele freie Grundstücke, kann hier die Behörde eine Erschließung des Areals verwehren.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass es nicht zwingend erforderlich ist, die Bebauung von Wohnhäusern mit einem Lebensmittelmarkt in Verbindung zu bringen.

Die Anfrage kam von der Firma Norma. Da sich diese Anfrage darauf richtet, eine entsprechende Bebauung außerhalb des Flächennutzungsplanes zu errichten, müsste in diesem Bereich der F-Plan geändert werden und eine Sonderfläche beschlossen werden.

Der Flächennutzungsplan sieht jedoch in diesem Areal zum Teil vor, dass dort eine Wohnbebauung möglich ist.

Es wurden bereits mehrfach mit der Firma Norma Gespräche geführt. Hierbei wurde seitens der Verwaltung immer dargelegt, dass nur die Errichtung eines Marktes nicht möglich ist. Es wurde jedoch darauf hingewiesen, dass der Bereich Goethestraße West noch als Baugebiet ausgewiesen werden kann.

Die Firma Norma hat daraufhin nochmals in der Verwaltung angefragt und die Möglichkeit einer Privaterschließung in Verbindung mit dem Bau eines Marktes ins Gespräch gebracht. Diese Variante ist möglich, jedoch müssen sich bei einer Privaterschließung alle Grundstückseigentümer beteiligen.

Herr Ingo Adams sieht die Voraussetzung so, dass Norma bei einer Bebauung dort einen Markt möchte.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass es mehrere Möglichkeiten gibt, wie diese Erschließung dort erfolgen kann.

Herr Ingo Adams möchte wissen, ob je nach Entscheidung des Gemeinderates dann das Landratsamt hierzu Einwände erheben kann.

Bgm. Andreas Zenglein führt aus, dass derzeit von Lea Schlauersbach ein Leerstandskataster der Gemeinde Haibach erstellt wird. Dieses wird zu gegebener Zeit im Gemeinderat vorgestellt. Es liegen bezüglich der Umlegung, aber auch zu bebaubaren Grundstücken in Haibach immer wieder viele Anfragen vor. Unter anderem ist dabei ein Schreiben der Eheleute Zeller und Nick-Zeller.

Eine Variante wäre, z.B., dass die Gemeinde die Flächen übernimmt und Bauwerber mit einem Baugebot zur Bebauung innerhalb von z. B. 5 Jahren belegt. Das Problem, dass Baugrundstücke nicht bebaut werden, kann durch die Gemeinde nicht gelöst werden, wenn es sich um Privatgrund handelt. Wenn die Umlegung im seitherigen Stil erfolgt, kann wieder die gleiche Situation entstehen, dass die Bauplätze für nachfolgende Generationen liegen bleiben und nicht bebaut werden. Man könnte das Areal z.B. mit diversen Auflagen versehen, dass dort nur in ökologischer Bauweise gebaut werden darf. Dies ginge z.B. mit Niedrig-Energie-Häusern, Geothermie, Solarstrom etc.

Herr Ingo Adams möchte wissen, ob das Landratsamt diese Vorgehensweise verhindern kann.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass die Gemeinde diese Entscheidung autark treffen kann. Laut des Flächennutzungsplanes können noch Goethestraße West, Auf der Höhe II und Ober den Gärten in Dörmorsbach umgelegt werden.

Herr Gerd Hubert gibt die Bedenken der dortigen Anlieger weiter, dass diese befürchten, dass sie im Falle einer Umlegung sofort in Vorleistung treten müssen.

Bgm. Andreas Zenglein führt aus, dass sich die Baulandpreise der Grundstücke nach dem Gutachterausschuss des Landratsamtes richten. Die erforderliche Fläche wird gekauft, dazu kommt dann die Erschließung des jeweiligen Grundstücks, welches natürlich die Wertigkeit erhöht.

Vorleistungen bezüglich der Planungen werden vom Entwickler und nicht von den Anliegern getragen.

Herr Gerd Hubert möchte des Weiteren wissen, ob Grunderwerbssteuer fällig wird.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass der, der kauft, auch die Grunderwerbssteuer zu zahlen hat.

Herr Gerd Hubert möchte wissen, ob eine Planung hinfällig ist, wenn ein Grundstückseigentümer sich nicht beteiligen will.

Bgm. Andreas Zenglein sieht hier auch die Möglichkeit von finanziellen „Verhandlungsspielräumen“.

Herr Klaus-Peter Großmann möchte wissen, wieviel Fläche der Einkaufsmarkt benötigt. Wenn nicht innerhalb von 5 Jahren die Flächen bebaut werden, folgt dann die Enteignung. Er sieht dies als Augenwischerei. Der Verkauf wird an den erfolgen, der das meiste Geld zahlt.

Bgm. Andreas Zenglein sieht dies ohnehin als schwierig umzusetzen, wenn die Gemeinde nicht im Besitz der Flächen ist. Aber es gibt, wie bereits ausgeführt, diverse Varianten. Nach den neuesten Zahlen aus dem Einwohnermeldeamt wohnen derzeit 8.496 Bürger in Haibach. Davon sind 2.125 Personen 65 Jahre und älter, dies bedeutet 25 % der Haibacher Bevölkerung. Die Gemeinde hat in den vergangenen Jahren sehr viel Geld in Projekte im Bereich Kindergärten und Hort gesteckt. Dies

muss man bei einer künftigen Entwicklung der Gemeinde auch mit berücksichtigen. In der Mittelschule sind derzeit 164 Schüler, jedoch nicht nur aus Haibach, sondern auch aus Dammbach, Heimbuchenthal, Hessenthal und Bessenbach.

Die Zahlen der Grundschule sind relativ stabil. Was nach seiner Meinung sehr wichtig ist, es sollten Möglichkeiten und Wohnraum für junge Familien geschaffen werden.

2.3. Ortsverbindungsstraße

Herr Rainer Stürmer fragt, wann der 2. BA der Ortsverbindungsstraße beginnt und der Ausbau der Abzweigung von Dörmorsbach in Richtung Gailbach erfolgt.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass die Arbeiten am Montag, 16.09., an der Straße „Zu den Honigäckern“ begonnen haben. Das ist der tiefste Punkt für die Arbeiten am Kanal an der Findbergstraße. Anschließend dann der Ausbau bis Ortsausgang, dann Zusammenschluss BA 1 und dann die Einmündung von Dörmorsbach.

3. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 24.07.2019

Das Protokoll der Sitzung des Gemeinderates vom 24.07.2019 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

4. Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung

Die Firma Heinrich Kunkel GmbH, Aschaffenburg, hat den Auftrag zur Erneuerung der Gemeindeverbindungsstraße, 2. Bauabschnitt erhalten.

Der Auftrag für die Ingenieurleistungen zur Bestandserfassung und Überrechnung des Ortsnetzes der Gemeinde Haibach wurde an das Ingenieurbüro SIK, Aschaffenburg, vergeben.

5. Wiedervorlage; Anfrage zur Ansiedlung eines Lebensmitteldiscounters

Sachverhalt:

Nach der Sitzung des Gemeinderates am 24.07.2019 und der darauffolgenden Berichtserstattung im Main-Echo zum Tagesordnungspunkt „Anfrage zur Ansiedlung eines Lebensmitteldiscounters“ häuften sich in der Gemeindeverwaltung die Anfragen/Stellungnahmen von Bürgerinnen und Bürgern zu diesem Thema.

Wiederholt wurde die Frage gestellt, warum die Ansiedlung des Lebensmittelmarktes abgelehnt wurde, ohne vorher die Bürgerinnen und Bürger (insbesondere in den Ortsteilen Grünmorsbach und Dörmorsbach) zu beteiligen bzw. zu befragen. Ein weiterer Einwand, der mehrfach vorgetragen wurde, ist, dass es trotz der in Haibach noch vorhandenen freien Bauplätze nahezu unmöglich ist, solche Grundstücke zu erwerben, um sie bebauen zu

können. Die Grundstückseigentümer dieser Grundstücke lassen sie lieber für ihre Nachkommen „liegen“. Demzufolge könnte die Schaffung neuer Bauplätze im Rahmen einer Privatumlegung im Gebiet „Goethestraße West“ eine gewisse Entspannung bringen. Einige Grundstücksbesitzer fragten an, ob der derzeit gültige F-Plan mit dem gefassten Beschluss nun aufgehoben sei.

Insgesamt wurde durch alle Bürgerinnen und Bürger, welche sich schriftlich, telefonisch oder persönlich im Rathaus gemeldet haben, darum gebeten, die Beschlussfassung vom 24.07.2019 nochmals zu überdenken und die Bürgerinnen und Bürger in den Themen „Ansiedlung Lebensmittelmarkt“ (beispielhaft E-Mail von der Familie Pursche) und „Schaffung von Wohnraum“ (beispielhaft Schreiben Eheleute Nick) zu beteiligen.

Hierzu kann noch ergänzt werden, dass bei allen größeren durchgeführten bzw. geplanten Vorhaben in der jüngsten Vergangenheit (Sanierung Gemeindeverbindungsstraße, Neubau Lebensmittelmärkte Lidl und Edeka, Neubau Feuerwehrhaus/Bauhof, Umlegung Baugebiete Krautgärten und Ober den Gärten) die Bürgerinnen und Bürger jeweils vorab in öffentlichen Informationsveranstaltungen in Kenntnis gesetzt wurden, um sich danach ein Stimmungs- bzw. Meinungsbild machen zu können. Dieses „Versäumnis“ im aktuellen Fall wurde häufig als Kritik am Vorgehen ausgesprochen.

Die Verwaltung empfiehlt daher, den Beschluss vom 24.07.2019 noch einmal zu überdenken und vorläufig auszusetzen sowie eine öffentliche Informationsveranstaltung für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger durchzuführen. Inhalt, Ablauf und Akteure wären noch festzulegen.

Bgm. Andreas Zenglein führt aus, dass bei den Neubauten der Märkte Lidl und Edeka, des Neubaus Feuerwehr und Bauhof, der Umlegung des Baugebietes „Krautgärten“ und der möglichen Umlegung des Bereiches „Ober den Gärten“ hier entsprechende Vorstellungen und Informationen der Bürger erfolgten.

Die Bürger sollten mit „ins Boot genommen werden“. Nach dem gültigen Flächennutzungsplan sind Wohnbebauungen an folgenden Gebieten noch möglich: Goethestraße West, Auf der Höhe II und im OT Dörmorsbach „Ober den Gärten“.

Der Gemeinderat legt die Flächen fest, die als WA / W / oder Sonderflächen in einem Umlegungsumgriff ausgewiesen werden. Es sollten jedoch die Bürger bezüglich der vorliegenden Anfrage beteiligt werden. Es besteht kein Zeitdruck hierbei.

GR Claus Rückert möchte wissen, ob die Gemeinde in diesem Areal Einlageflächen hat.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass die Gemeinde dort keinen Quadratmeter besitzt.

GR Claus Rückert sieht es als schwierig an, ein Sondergebiet zur Errichtung eines Marktes zu erhalten. Nach seiner Auffassung wäre eine Einkaufsmöglichkeit in diesem Bereich schon wichtig. Bei einer eventuellen Umlegung durch einen Investor würde die Gemeinde in das Eigentum der Straßen und öffentlichen Flächen kommen.

GR Peter Amrhein ist der Ansicht, dass die Bürger vor der letzten Sitzung bereits mit ins Boot hätten genommen werden müssen. Man sollte das Baugebiet und die Errichtung eines Einkaufsmarktes getrennt betrachten und sollte dies nicht voneinander abhängig machen.

Den Beschluss sollte man nach seiner Meinung ruhen lassen und die Bürger eventuell bei der Bürgerversammlung hierzu befragen.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass der Beschluss ruhen kann. Nur, wenn ein neuer Beschluss gefasst werden sollte, muss der bestehende aufgehoben werden.

GR Peter Amrhein ist der Ansicht, dass kein Investor diese Umlegung umsonst abwickeln wird.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass die Gemeinde diese Umlegung auch erledigen kann.

GR Dietmar Kempf-Blatt bemerkt, dass er bei der letzten Abstimmung für den Markt gestimmt hat. In einer Umfrage auf „facebook“ sind jedoch 90 % der Antworten gegen einen neuen Markt. Die Schaffung von Baugrund jedoch sieht er als wichtig an. Man sollte eine Anliegerversammlung organisieren und die Bevölkerung bzgl. eines neuen Marktes befragen.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass eine Befragung auf „facebook“ für ihn nicht repräsentativ und inhaltlich fragwürdig ist.

GR Richard Hein spricht sich ebenfalls dafür aus, den Beschluss nicht aufzuheben. Die Ausführung sollte verschoben werden.

Für ihn ist es wichtig, dass Bauland – bezahlbar auch für junge Familien - geschaffen wird. Man sollte die Bürger einladen und sie entsprechend informieren.

Er sieht jedoch auch die Notwendigkeit, dass der Gemeinderat vorher entscheidet, wie der Ablauf erfolgen soll.

GR Jürgen Goldhammer fragt, ob es nur Beides gibt. Er spricht sich für eine Umlegung des Baugebietes aus. Wir brauchen Ansiedlungen und sollten die Beispiele aus Großostheim und Bessenbach prüfen. Die Gemeinde übernimmt die Flächen und kümmert sich um die Umlegung und Bebauung. Nach seiner Ansicht muss der Markt mehr in Richtung Grünmorsbach „wandern“, damit er auch fußläufig erreichbar ist.

Es sollte eine Satzung erarbeitet werden und alle Vorstellungen für dieses Areal mit aufnehmen, dann sollten alle Grundstücke dort von der Gemeinde erworben werden. Nach seiner Auffassung sollte dies nicht nur für das Areal Goethestraße West, sondern für alle noch möglichen Baugebiete erfolgen.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass nur die im F-Plan enthaltenen hierzu möglich sind.

Im Rahmen einer Informationsveranstaltung werden die Bürgerinnen und Bürger über das geplante Vorhaben informiert.

mit den Themen auseinandersetzen oder aber den Beschluss vom 24.07.2019 aufrechterhalten.

Abstimmungsergebnis: ja: 6 nein: 12

Aufgrund der Ergebnisse der Informationsveranstaltung wird der Gemeinderat sich nochmals

abgelehnt

6. Sachstandsbericht der Verwaltung

Dipl. Martin Volk informiert über den Stand folgender Projekte:

Sachverhalt:

Projekt	Zuständigkeit	Sachstand	Erledigung bis
Ortskerngestaltung	GL/GR	Gesprächstermin mit der Regierung von Unterfranken am 15.10.2019 Information in der Sitzung des KUS am 25.09.2019. Hierzu sind alle GR eingeladen. Vorschläge hierzu bis nächste Woche vorbringen.	Offen
Gemeindeverbindungsstraße 2.BA	Bauamt	Baubeginn 16.09.2019, Überarbeitung/Abstimmung Planungsänderung	2019-2021
Radweg GV-Straße 1.BA	Bauamt	Baufertigstellung/Abnahme/ SR zur Prüfung Bepflanzung Herbst 2019	Dez. 2019
Knotenpunkt St 2312/ Großmannstraße:	Bauamt	Baufertigstellung/ Abnahme offen/ SR fehlt	erledigt
Erdumschlagsplatz Wendelberg	Bauamt	Abschließendes Behördengespräch wegen Nutzung einer Teilfläche als Erdumschlagsplatz für gemeindliche Maßnahmen steht aus.	Offen
Aschaffener Straße	Bauamt	Zurückgestellt. Ausschreibung voraussichtlich Frühjahr 2020	2020
Sanierung HB Buch	Bauamt	Baufertigstellung/ Abnahme offen/ SR fehlt	erledigt
WSG Br. 71/ Spatgrube	Bauamt	Grenzen des Wasserschutzgebietes sind mit WWA/LRA abgestimmt. Klärung offener Punkte zur Einleitung Wasserrechtsverfahren	Offen
Knotenpunkt St 2312/ Sponackerweg (Adler)	Bauamt	Ausschreibung aufgehoben, Wiederholung bis Ende 2019	Dez. 2019
Brunnen Kirchenelsengrund	Bauamt	Historische Erkundung durch PeTerra abgeschlossen. Orientierte Erkundung der Verdachtsflächen 1 – 3 vorläufig abgeschlossen. Abstimmung zum weiteren Vorgehen mit WWA erforderlich => Termin 25.09.2019	Offen
Außensportanlage Schule	Bauamt	Förderantrag liegt der Regierung vor Nachforderung von Unterlagen in Bearbeitung.	Offen
Wasserrechtsverfahren RÜB 80/90/91	Bauamt	Abstimmung mit Behörden ist angefragt.	Offen
Kinderhort	Bauamt	Derzeit Ausschreibungspaket 3 im	Beginn

		Vergabeverfahren. Vergaben in GR-Sitzung am 09.10.2019	Schuljahr 2020/2021
Seniorenwohnheim	GL/GR	Beschlüsse zur Festlegung einer Agenda und Durchführung einer Bedarfsanalyse erfolgten in der GR-Sitzung am 08.05.2019. Termin mit der Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altenforschung 19.11.2019 / 15:00 Uhr	Offen
Umstellung / Erneuerung Straßenbeleuchtung auf LED	Kämmerei/ Bauamt	Haushaltsmittel wurden im Haushalt veranschlagt. Klärung mit Netzbetreiber erforderlich. Erste Gespräche geführt.	Offen; 2019-2023
Sanierung KuS	Bauamt	Tektur Brandschutzkonzept Dokumentation Schlussrechnung einzelner Gewerke offen	Offen
Beleuchtung Hallenbad	Bauamt	Freigabe der Fördermittel durch PtJ. Angebotseinholung	Offen
Klimageräte FFW-Gebäude	Bauamt	Baufertigstellung / Abnahme	erledigt
„Nahwärmenetz“ / Heizung Schule	Bauamt	Planung in Bearbeitung Beauftragt wurde das Fachbüro Sommer+Staab in Zusammenarbeit mit Prof. Brautsch (IfE)	Offen
Verkehrskonzept	Bauamt	Keine Bearbeitung, aufgrund aktueller Baustellen keine Abbildung der Verkehrsströme	Offen
Ortsnetz Kanalisation/ Wasserleitung Bestandserfassung	Bauamt	Auftrag an IB erteilt. Vermessung hat begonnen.	Offen
Heizungsanlage Rathaus	Bauamt	Planungen in Zusammenarbeit mit IfE angeschoben.	Offen

GR Jürgen Großmann berichtet, dass die Arbeiten zur Gedenkstätte der Sternenkinder nun auch begonnen wurden. Dies sollte in die Liste mit aufgenommen werden.

7. Allgemeines

Sachverhalt:

Informationen von Bgm. Andreas Zenglein

7.1. Deutsche Glasfaser – Infoveranstaltung

Die Infoveranstaltung gestern war sehr gut besucht. Es waren mehr als 400 Gäste dort. Die Abschlussrate muss am 16.12.2019 bei mindestens 40 % liegen, damit die Deutsche Glasfaser die entsprechenden Arbeiten ausführen kann.

7.2. Wasserentnahme in Dörmorsbach, Ringstraße

Die Anlieger der Ringstraße haben im Rathaus vorgesprochen und mitgeteilt, dass die Abholung an der Wasserentnahmestelle zu den unmöglichsten Zeiten erfolgt. Aufgrund dieser Beschwerden wurde nach Rücksprache mit dem Hauseigentümer M.

Heeg, Dörmorsbacher Str. 42, die Entnahmestelle dorthin verlegt.

Folgende Wassermengen wurden seit Bereitstellung abgeholt:

2018: August: 292 m³, September: 200 m³

2019: Juni: 109 m³, Juli: 221 m³, August: 268 m³.

Es ist bereits fast ein Wassertourismus erkennbar, so kommen Fahrzeuge aus Aschaffenburg und dem Landkreis Miltenberg zur Abholung von Wasser.

7.3. Wohnmobilstellplätze an der Kultur- und Sporthalle

Ein herzliches Dankeschön an Robert Fuchs, er hat die Publikation für die Stellplätze erstellt und an die diversen Zentralen weitergeleitet.

Bezüglich der Elektro Versorgung vor Ort wurde eine Ladesäule zum Preis von 692 EUR, brutto, bestellt.

7.4. Einrichtung einer öffentlichen Toilette

Peter Völkel vom HGV hat vorgeschlagen in einen Nebenraum des ehemaligen Feuerwehr-gebäudes eine öffentliche Toilette einzurichten. Dieser Vorschlag wird umgesetzt. Somit ist im Zentrum eine Toilette, die genutzt werden kann z.B. bei Veranstaltungen des HGV und auch, dann, wenn das Rathaus geschlossen hat.

Die öffentliche Toilette im Friedhof bleibt.

7.5. Bekanntgabe diverser Termine

15.10.2019 Besprechung bzgl. Ortskerngestaltung mit Herrn Hemmelmann von der Regierung
9:00 Uhr

Hier wird jeweils ein Fraktionsvertreter zum Gespräch gebeten.

19.11.2019 Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altenforschung, Gespräch mit Frau Herkert

9:00 Uhr Einladung auch hierzu an Fraktionsvertreter

23.10.2019 Sitzung des Haupt- und Verwaltungsausschusses anstelle des Termins am 30.10.2019. An diesem Tag findet die Landkreis-Sportlerehrung statt.

01.10.2019 Auflösung der Unterkunft für Asylbewerber: Anwesen Schreck, Industriestr. West

15.11.2019 Auflösung der Unterkunft für Asylbewerber: Anwesen ehem. Schwab u. Stühler, Industriestr. Ost 22

7.5. Zeitungsbericht wegen Bebauung ehem. TV Haibach-Gelände

Bezüglich der Bekanntgabe des Freistellers dieses Bauantrages ist noch zu ergänzen, dass jeder, dessen Nachbarschaftsrechte betroffen ist, Einsicht in die Planung nehmen kann. Ebenso kann jeder Gemeinderat kraft seines Amtes die Planung einsehen.

Bezüglich des Lärmschutz an der St. 2312 folgender Hinweis:

Ein Lärmschutzgutachten wird in Auftrag gegeben, wenn Maßnahmen erforderlich sind, werden diese durchgeführt.

7.6. Weg vom Hundeplatz zur Goethestraße

GR Claus Rückert bittet um Erledigung des Rückschnitts. Die Straße sollte hergerichtet werden, damit sie für die Fahrten zum Kompost genutzt werden kann.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass der Rückschnitt begonnen wurde. Ein Herrichten wird eventuell erst erfolgen, wenn der Ausbau 2. BA OV-Straße dies notwendig macht. Es wird noch geklärt, ob der Weg als Zufahrt für die Einsatzfahrzeuge benötigt wird.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **16.10.2019** genehmigt.

Andreas Zenglein

Erster Bürgermeister

Silvia Reiling

Verw.Angest.

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 16. Oktober 2019

Sitzungsdauer: 20:25 Uhr bis 22:00 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
---------------------------	-----------------	---

Anwesend:

Horst Hock	2. Bürgermeister	(Vertretung für Andreas Zenglein)
Michael Albert	Gemeinderat	
Josef Farrenkopf	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Andreas Först	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Tobias Rückert	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Abwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Jürgen Großmann	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Torsten Redeker	Gemeinderat	
Eva Rückert	Gemeinderätin	

Schriftführer		
Silvia Reiling		
Verwaltung		
Andreas Roth		
Thomas Wenzel		

Tagesordnung

Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 18.09.2019
3.	Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung
4.	Widmung von Ortsstraßen; Neuwidmung der "Merkelstraße"
5.	Antrag für eine städtebauliche Planung mit Mobilitäts- und Nachverdichtungsstrategie, sowie integriertem Einzelhandels- und Verkehrsgutachten
6.	Bauleitplanverfahren der Gemeinde Bessenbach "Frauengrund Nord" - Beteiligung der Gemeinde Haibach im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB
7.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

2. Bgm. Horst Hock eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 14 erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

Bereits vor der Sitzung des Bau-, Grundstücks- und Umweltausschusses fand mit dem Gemeinderat eine Besichtigung des sanierten Wasserhochbehälters am Buch statt. In dieser Woche wird der Hochbehälter noch geflutet und die Mitglieder des Gremiums haben sich nach Abschluss der Arbeiten hierzu informiert.

Nach Rückfrage zur Tagesordnung stellt **GR Toni Stahl** nachfolgenden **Antrag**:

Der TOP 5 **Antrag für eine städtebauliche Planung mit Mobilitäts- und Nachverdichtungsstrategie, sowie integriertem Einzelhandels- und Verkehrsgutachten** soll von der heutigen Tagesordnung genommen werden.

Begründung:

GR Beate Konrad und GR Jürgen Großmann können an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen. Sie haben zu diesem Antrag eine Präsentation vorbereitet und würden den Antrag dann entsprechend erläutern und auch für Fragen Rede und Antwort stehen wollen.

2. Bgm. Horst Hock nimmt diesen Punkt von der heutigen Tagesordnung.

Beschluss

GR Toni Stahl stellt nachfolgenden Antrag:

Der TOP 5 **Antrag für eine städtebauliche Planung mit Mobilitäts- und Nachverdichtungsstrategie, sowie integriertem Einzelhandels- und Verkehrsgutachten** soll von der heutigen Tagesordnung genommen werden.

Abstimmungsergebnis: ja: 14 nein: 0

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 18.09.2019

Das Protokoll der Sitzung des Gemeinderates vom 18.09.2019 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

3. Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung

Die Firma J. Ensmann Forstmanagement GmbH, Frammersbach hat den Auftrag für die Landschaftsbauarbeiten in Verbindung mit dem Neubau des Geh- und Radweges Haibach – Dörmorsbach, 1. Bauabschnitt, erhalten.

Der Auftrag für die Erneuerung der Beleuchtung in LED-Technik im Bereich des Knotenpunktes St2312 / Sponackerweg hat die Aschaffenburg Versorgungs-GmbH, Aschaffenburg, erhalten.

4. Widmung von Ortsstraßen; Neuwidmung der "Merkelstraße"**Sachverhalt:**

Nachdem sich die Grundstücksverhältnisse im Bereich der Merkelstraße geändert haben, ist es erforderlich, die Widmungverfügung der Merkelstraße vom 21.08.1961 aufzuheben und gemäß Art. 6 Bayerisches Straßen- und Wegegesetzes (BayStrWG), sowie den Bestimmungen der Verordnung über die Straßen- und Bestandsverzeichnisse neu zu fassen.

2. Bgm. Horst Hock verliest die neuen Markierungspunkte der Merkelstraße.

GR Jürgen Goldhammer möchte wissen, ob die tatsächliche Breite des Fußweges dem hier vorgelegten Plan entspricht. Nach seiner Meinung ist der Weg wesentlich schmaler markiert, als hier eingezeichnet. Für ihn erscheint es so, als würde der Zaun des Grundstücks 163 auf dem Gelände des Fußweges stehen. Dies sollte geklärt werden.

2. Bgm. Horst Hock schlägt vor prüfen zu lassen, woher diese Verschmälerung kommt. Die Vermessung ist erfolgt und der vorliegende Plan der aktuelle diesbezüglich.

GR Jürgen Goldhammer stellt fest, dass sicher eine Vermessung standfand, aber die Gegebenheiten nicht angepasst wurden.

GR Toni Stahl fragt, warum diese Umwidmung erfolgen muss.

Hierzu erklärt **2. Bgm. Horst Hock**, dass durch die Ausweisung von Parkplätzen diese zu öffentlicher Fläche wurden und somit die Gemeinde der Straßenbaulastträger hierfür ist.

GR Claus Rückert möchte wissen, ob die Merkelstraße weiterhin als Spielstraße ausgewiesen ist. Er macht auch den Hinweis, dass vor dem „Anna-Haus“ ein Gehsteig vorgesehen ist. Dies sollte auch erledigt werden.

2. Bgm. Horst Hock bemerkt, dass GLA Michael Müller die erforderlichen Unterlagen bezgl. der Vermessung und der Grundstücksangelegenheiten in der nächsten Sitzung vorlegen soll.

GR Dietmar Kempf-Blatt fragt, ob das Grundstück Fl.Nr. 162 mit dieser Umwidmung einen Anschluss an die Straße erhält.

Dies wird durch **2. Bgm. Horst Hock** bestätigt.

Beschluss

1. Die Widmungsverfügung der Merkelstraße vom 21.08.1961 wird aufgehoben.

2. Die Widmung der Merkelstraße (und Fußweg) wird wie folgt neu gefasst:

a) Merkelstraße

Straße, Flst. 233/1 und 164/2

Fußweg, Flst. 163/1 zwischen Merkelstraße und Schollstraße

b) Anfangspunkte:

für die Straße: Abzweigung Hauptstraße, Baugrundstücke, Flst. 152 und 174

für den Fußweg: Flst. 164/2

c) Endpunkte:

für die Straße: Fischergasse, Flst. 233, Baugrundstücke, Flst. 164 und 165

für den Fußweg: Grünanlage Flst. 242

d) Straßenbaulastträger

für die Straße: ist von km 0,000 bis km 0,083 die Gemeinde Haibach für den Fußweg: ist von km 0,000 bis km 0,031 die Gemeinde Haibach

Abstimmungsergebnis: ja: 11 nein: 3

Abstimmungsbemerkung: GR Jürgen Goldhammer bemerkt zu seiner Gegenstimme, dass er erst den Sachverhalt bezüglich der Breite des Fußpfades geklärt haben möchte

5. Antrag für eine städtebauliche Planung mit Mobilitäts- und Nachverdichtungsstrategie, sowie integriertem Einzelhandels- und Verkehrsgutachten

Gemäß Antrag von GR Toni Stahl wird dieser TOP heute von der Tagesordnung genommen.

6. Bauleitplanverfahren der Gemeinde Bessenbach "Frauengrund Nord" - Beteiligung der Gemeinde Haibach im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB

Sachverhalt:

Das Planungsbüro bma, Bernd Müller Architekt, Rothenfels, hat im Auftrag der Gemeinde Bessenbach informiert, dass die Gemeinde Bessenbach beabsichtigt, den Bebauungs- und Grünordnungsplan „Frauengrund Nord“ zu ändern.

Der Gemeinde Haibach wird die Möglichkeit eingeräumt, im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hierzu Stellung zu beziehen.

Aus Sicht der Verwaltung werden durch diese Planungen die Belange der Gemeinde Haibach nicht berührt, so dass kein Anlass besteht, Bedenken zu äußern.

Beschluss

Durch die Änderung des Bebauungs- und Grünordnungsplanes „Frauengrund-Nord“ werden die Belange der Gemeinde Haibach nicht berührt. Mit der Planung besteht daher Einverständnis.

Abstimmungsergebnis: ja: 14 nein: 0

7. Allgemeines**Sachverhalt:****2. Bgm. Horst Hock informiert:**

19.10.2019 Weinfest des TSV Grünmorsbach

19.10.2019 Akademische Feier des
Wandervereins zum 100-jährigen Vereinsjubiläum

7.2. Ortverbindungsstraße BA 2 –

GR Claus Rückert fragt, ob die Arbeiten am Kanal Honigäcker abgeschlossen sind.

Hierzu antwortet **2. Bgm. Horst Hock**, dass die Arbeiten dort beendet sind und nun in Richtung der Staatsstraße fortgeführt werden.

Bezüglich der Markierungen des Fahrradweges an der St. 2312 erklärt **2. Bgm. Horst Hock**, dass in Richtung Grünmorsbach dieser Fahrradweg fortgeführt werden soll. Hierzu liegt jedoch noch keinerlei Planung vor.

**7.3. Geschwindigkeitsmessgerät
Büchelbergstraße nach der Einfahrt der „Hohe-
Kreuz-Straße“**

GR Jürgen Goldhammer schlägt vor, dieses Messgerät nicht dauerhaft an dieser Stelle zu belassen. Der Standort sollte öfter gewechselt werden, auch in die Mitte der Büchelbergstraße.

7.4. Artikel im Main-Echo „Berliner Allee“

GR Claus Rückert fragt, ob dieses Thema nur Wahlkampf der Stadt Aschaffenburg ist, oder ob hier tatsächlich eine Änderung vorgesehen ist.

2. Bgm. Horst Hock erklärt, dass ein Schweinheimer Bürger diese Diskussion wieder entfacht hat. Diesem geht es wohl hauptsächlich um die Zufahrt zum Klinikum durch Einfahrtsfahrzeuge. Haibach hat jedoch nach wie vor keinen Einfluss auf eine Änderung der Zufahrt, bzw. hat keine Planungshoheit über dieses Gelände der Stadt Aschaffenburg.

Das Klinikum Aschaffenburg wird immer größer durch sehr viele Erweiterungen. Dies bringt jedoch auch Vorteile für die Gemeinde.

So haben sehr viele Haibacher dort ihre Arbeitsstelle und das Klientel der Einwohner bringt auch für Haibach einen nicht unerheblichen Teil an Einkommensteuerebeteiligung in die Gemeindekasse.

Hiernach schließt **2. Bürgermeister Horst Hock** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **13.11.2019** genehmigt.

Horst Hock

2.Bürgermeister

Silvia Reiling

Verw.-Angest.

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 13. November 2019

Sitzungsdauer: 20:00 Uhr bis 22:30 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
---------------------------	-----------------	---

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Horst Hock	2. Bürgermeister	
Michael Albert	Gemeinderat	
Josef Farrenkopf	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Jürgen Großmann	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Torsten Redeker	Gemeinderat	
Eva Rückert	Gemeinderätin	
Tobias Rückert	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	

Abwesend:

Peter Amrhein	Gemeinderat	
Andreas Först	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Schriftführer		
Silvia Reiling		
Verwaltung		
Michael Müller		
Martin Volk		

Tagesordnung

Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 16.10.2019
3.	Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung
4.	Kommunalwahl 2020 - Berufung eines Gemeindewahlleiters und dessen Stellvertreter
5.	Bauleitplanverfahren der Gemeinde Bessenbach - 11. Änderung des Flächennutzungsplanes "Frauengrund Nord" - Frühzeitige Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB
6.	Antrag zur Aufnahme ins Bayerische Städtebauförderprogramm zur Durchführung des Einzelvorhabens „ISEK mit vorbereitenden Untersuchungen“
7.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 16 erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

Sachverhalt:

Bgm. Andreas Zenglein fragt, ob Einverständnis mit der Tagesordnung besteht. Hierzu meldet sich GR Anja Goymann und möchte wissen, ob es neue Erkenntnisse gibt, weshalb dieser Punkt auf der heutigen Tagesordnung steht.

Nach ihrer Ansicht fehlen den Fraktionen hierzu die entsprechenden Informationen. Der Antrag von Beate Konrad und Jürgen Großmann bzw. die Präsentation wurde dem Gemeinderat noch nicht vorgestellt und dies sollte doch in die Überlegungen mit einfließen. Gemäß der Beschlussvorlage sind 2 Beschlüsse zu fassen. Der Beschluss 2 geht von einer Beauftragung eines entsprechenden Planungsbüros aus. Hier kann sie keine Zustimmung erteilen, wenn keine Sachverhalte bekannt sind.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass der Antrag von GR Beate Konrad und GR Jürgen Großmann am 16.10.2019 auf der Tagesordnung stand. Wegen Verhinderung beider GR wurde dieser TOP auf Antrag von GR Toni Stahl an diesem Abend nicht behandelt. Es besteht jedoch auch kein Automatismus, abgesetzte Anträge wieder unaufgefordert auf die Tagesordnung zu nehmen. Eine Wiedervorlage müsste beantragt werden.

Heute fand ein ausführliches Telefonat mit Herrn Hemmelmann von der Regierung statt. In der heutigen Sitzung soll der Sachstand bekannt gegeben werden. Im Zuge dieses Sachstandes, so hat er dies heute mit GR Jürgen Großmann besprochen, wird die Präsentation heute, obwohl dies nicht auf der Tagesordnung steht, vorgestellt.

Fakt ist jedoch, dass heute ein Beschluss benötigt wird, ob die Gemeinde Haibach für das kommende Jahr einen Antrag auf Aufnahme in das „ISEK“ stellen möchte. Dieser Antrag muss am 01.12.2019 für das Haushaltsjahr 2020 bei der Regierung sein. Die Dauer dieser „ISEK“ wird sich ohnehin über

mehrere Jahre ziehen. Nach Aussage von Herrn Hemmelmann besteht hier ein sehr großes Potential.

Mit Herrn Hemmelmann wurde auch besprochen, dass er am 11.12.2019 an der Sitzung des Gemeinderates teilnehmen und die entsprechenden Erläuterungen hierzu geben wird. Dieser Termin jedoch ist für eine Antragstellung zu spät. Wenn dieses Jahr der Beschluss nicht gefasst wird, dann kann im kommenden Jahr keine Förderung beantragt werden. Wie die finanziellen Mittel im Haushaltsjahr 2021 für diese Fördermaßnahmen bereitstehen ist nicht absehbar.

GR Jürgen Großmann ergänzt, dass er diesem Vorschlag von Bgm. Andreas Zenglein zugestimmt hat, damit alle Gemeinderäte auf dem gleichen Wissenstand sind und eine gemeinsame Sichtweise vorhanden ist. Er sieht somit eine vernünftige Situation für die weiteren Planungen.

Bgm. Andreas Zenglein sieht diese Präsentation als Basis für „ISEK“ die weiteren, bereits schon vorliegenden Gutachten z.B. Einzelhandelsgutachten und Energiegutachten werden ebenfalls mit in die Entscheidung einfließen. Die Entscheidung hierzu soll in der Sitzung am 11.12. getroffen werden.

GR Torsten Redeker bemerkt, dass er der Fairnesshalber schon als wichtig ansieht, dass die Präsentation von Beate und Jürgen hier vorgestellt werden sollte. Es steht für die Gemeinde viel auf dem Spiel und daher sollten entsprechende Entscheidungen getroffen werden, wenn Herr Hemmelmann hier in der Sitzung ist.

GR Anja Goymann beantragt eine Unterbrechung der Sitzung, damit sich die SPD-Fraktion besprechen kann.

Die Sitzung wird von 20:18 Uhr bis 20:22 Uhr unterbrochen.

GR Anja Goymann erklärt für die SPD-Fraktion das Einverständnis, den TOP 6 in der heutigen Sitzung zu behandeln. Im Beschluss 2 muss jedoch das Datum 11.12.2019 festgeschrieben werden.

Bgm. Andreas Zenglein sagt dies zu.

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 16.10.2019

Das Protokoll der Sitzung des Gemeinderates vom 16.10.2019 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

3. Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung

Gewerk G15 – Innentüren Holz	Goldbach Kirchner raumconcepte GmbH, Geiselbach
Gewerk G16 – Innentüren/Rahmentüren Holz	Schreinerei Johannes Röll, Laufach
Gewerk G17 Mobile Trennwand	HUFCOR Deutschland GmbH, Dessau-Roßlau
Gewerk G19 Malerarbeiten	Hartig GmbH & Co. KG, Mainhausen

4. Kommunalwahl 2020 - Berufung eines Gemeindewahlleiters und dessen Stellvertreter**Sachverhalt:**

Am 15.03.2020 finden die Kommunalwahlen für die Legislaturperiode von 2020 bis 2026 statt. Nach Art. 5 des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes (GLKrWG) sind zur Durchführung dieser Wahlen durch den Gemeinderat ein Gemeindewahlleiter und ein Stellvertreter zu bestellen.

Diese beiden Ämter dürfen nicht durch Personen besetzt werden, welche selbst an der Wahl kandidieren. Weiterhin können diese beiden Personen an der Wahl kein Wahlehrenamt übernehmen (Wahlvorstand / Schriftführer / Beisitzer).

Es bietet sich daher an, den Geschäftsleitenden Angestellten der Gemeinde Haibach, Herrn Michael Müller, zum Gemeindewahlleiter und Frau Anja Züchner zu seiner Stellvertreterin zu bestellen.

Beschluss

Für die Kommunalwahl am 15.03.2020 wird gem. Art. 5 Abs. 1 GLKrWG der Geschäftsleitende Angestellte, Herr Michael Müller, zum Gemeindewahlleiter bestellt. Zur Stellvertreterin wird Frau Anja Züchner bestellt.

Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0

5. Bauleitplanverfahren der Gemeinde Bessenbach - 11. Änderung des Flächennutzungsplanes "Frauengrund Nord" - Frühzeitige Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB**Sachverhalt:**

Die Gemeinde Bessenbach hat zur 11. Änderung des Flächennutzungsplanes „Frauengrund Nord“ der Gemeinde Haibach im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Der Gemeinderat hat bereits in der Sitzung am 16.10.2019 sein Einverständnis zur Änderung des Bebauungs- und Grünordnungsplanes erteilt. Da nach Auffassung der Verwaltung auch mit der 11. Änderung des Flächennutzungsplanes die Belange

der Gemeinde Haibach nicht berührt werden, besteht keine Veranlassung, Bedenken gegen den Planentwurf zu äußern.

Beschluss

Durch die 11. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Bessenbach „Frauengrund Nord“ werden die Belange der Gemeinde Haibach nicht berührt. Es besteht somit keine Veranlassung, Bedenken gegen diese Planung vorzutragen.

Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0

6.	Antrag zur Aufnahme ins Bayerische Städtebauförderprogramm zur Durchführung des Einzelvorhabens „ISEK mit vorbereitenden Untersuchungen“
-----------	---

Sachverhalt:

Am 31.10.2019 fand der Termin mit Herrn Baurat Hemmelmann von der Regierung von Unterfranken statt. In diesem sehr informativen Gespräch erläuterte Herr Hemmelmann die Vorgehensweise, damit die Gemeinde Haibach in das Bayerische Städtebauförderprogramm mit aufgenommen werden kann. Im Anschluss an das Gespräch erfolgte eine Begehung des Areals Schollstraße, Merkelstraße, Jahnstraße, Freiheitsstraße und Hauptstraße. Herr Hemmelmann sah sehr viel Potenzial, um in das Bayerische Städtebauförderprogramm, später vielleicht sogar in die Städtebauförderung von Bund und Länder mit aufgenommen werden zu können.

Voraussetzung hierfür ist ein Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK) mit vorbereitender Untersuchung (VU), welches durch ein leistungsfähiges Städtebau-Planungsbüro erstellt werden müsste. In dieses ISEK würden auch alle bereits vorhandenen Gutachten (z.B. Einzelhandel) und alle zu berücksichtigenden Gutachten (z.B. Nachverdichtung, Verkehr) mit einfließen.

Als Kostenansatz nannte Herr Hemmelmann für ISEK und VU eine Summe von ca. 100.000,00 €. Die finanziellen Mittel hierfür müssten in den Haushalten der kommenden Jahre Berücksichtigung finden.

Hierfür wird ein Gemeinderatsbeschluss über die Antragstellung zur Aufnahme ins Bayerische Städtebauförderprogramm zur Durchführung des Einzelvorhabens „ISEK mit Vorbereitenden Untersuchungen“ benötigt. In einem zweiten Beschluss müsste die Verwaltung beauftragt werden, Angebote zur Erstellung der Untersuchungen einzuholen. Der nötige Inhalt für die Angebotseinholung muss dann noch gesondert mit der Regierung von Unterfranken abgestimmt bzw. ausgearbeitet werden.

Gemäß den Ausführungen zu Beginn der Sitzung erklärt **Bgm. Andreas Zenglein**, dass bezüglich der Erstellung der Untersuchungen eventuell eine beschränkte Ausschreibung erfolgen kann. Die Vorgehensweise wäre dann ähnlich, wie beim Bau des FFW/Bauhof. Die Angebote werden ausgewertet, es wird eine Vorauswahl getroffen. Je nachdem, wie viele Büros entsprechende Angebote abgegeben haben, werden dann 3-5 zur Vorstellung ins Gremium eingeladen. Anhand einer Matrix erfolgt die Bewertung. Das Büro, welches die

höchste Punktzahl erreicht, wird dann den Auftrag erhalten.

GR Jürgen Großmann stellt nun die Präsentation zum *„Antrag auf eine städtebauliche Planung mit Mobilitäts- und Nachverdichtungsstrategie sowie integriertem Einzelhandels- und Verkehrsgutachten“* vor.

Bgm. Andreas Zenglein bedankt sich im Anschluss an diese Information. Bezüglich der Aussage, dass auch die Kirchengebäude mit einbezogen werden sollen, ist er der Ansicht, dass sicherlich einige Änderungen bezüglich der Besitzungen der Kirche auf die Gemeinde zukommen werden in den nächsten Jahren.

Herr Hemmelmann ist der Ansicht, dass bei einem eventuellen Verkauf des ehemaligen Kirchengebäudes in der Schollstraße unbedingt die Gemeinde ihr Vorkaufsrecht nutzen sollte, um in den Besitz dieses Gebäudes zu kommen.

Des Weiteren sieht **Bgm. Andreas Zenglein** auch die „Hausaufgabe“ an alle Mitglieder des Gremiums, gemeinsam ein Konstrukt für die Zukunft zu erarbeiten. Er schlägt vor, dass die Sitzung am 11.12. bereits um 19:00 Uhr beginnen sollte und evtl. die Bürgerfragestunde entfallen kann. Am 18.11. findet die Bürgerversammlung statt. Hier haben die Bürger ohnehin die Möglichkeit zu Wort zu kommen.

GR Jürgen Goldhammer dankt GR Jürgen Großmann für den Vortrag. Bezugnehmend auf den Vorschlag der Verwaltung, dass eine beschränkte Ausschreibung erfolgen soll, würde er für eine offene Ausschreibung plädieren.

2. Bgm. Horst Hock gibt hier zu bedenken, dass eine Firma von auswärts auch vor Ort entsprechend die Arbeit begleiten muss.

Er persönlich hat einen sehr guten Eindruck von Herrn Hemmelmann und schlägt auch vor, dass der Gemeinderat am 11.12. den Startschuss für dieses ISEK geben sollte. Er findet es auch wichtig, dass dies noch von diesem Gemeinderat in Auftrag gegeben werden sollte. Nach der Wahl im kommenden Jahr wird ohnehin dann wieder Zeit vergehen, bis sich der neue GR eingearbeitet hat. Diese Zeit kann dann durch ein Planungsbüro bereits genutzt werden. Mit Herrn Hemmelmann fand ein sehr angenehmes Gespräch statt. Beim anschließenden Rundgang war Herr Hemmelmann

sehr angetan davon, wieviel gemeindeeigene Fläche im Innenort vorhanden ist. Er sieht hier sehr gute Möglichkeiten.

GR Toni Stahl bedankt sich bei GR Jürgen Großmann für die Ausarbeitung der Präsentation und die entsprechenden Erläuterungen. Der Gemeinderat beschäftigt sich schon seit mehr als 20 Jahren mit diesem Thema. Heute steht man an der Schwelle und am Beginn. Er schlägt vor, dem Antrag zuzustimmen.

Beschluss

Die Gemeinde Haibach stellt bei der Regierung von Unterfranken einen Antrag zur Aufnahme ins

Bayerische Städtebauförderprogramm zur Durchführung des Einzelvorhabens „ISEK mit Vorbereitenden Untersuchungen“.

Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, Angebote von leistungsfähigen Städtebau- und Stadtplanungsbüros zur Erstellung der Untersuchungen einzuholen. Der Inhalt für die Angebots-einholung erfolgt in Abstimmung mit der Regierung von Unterfranken nach der Sitzung des Gemeinderates am 11.12.2019.

Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0

7. Allgemeines

Sachverhalt:

Bgm. Andreas Zenglein informiert:

Gute Nachricht für die Gemeinde Haibach: Die Regierung von Unterfranken erteilt der Gemeinde Haibach „Grünes Licht“ für die Beschaffung eines Mannschaftstransportwagens MTW und eines Tanklöschfahrzeugs TLF 3000 für die Freiwillige Feuerwehr Haibach

Würzburg (ruf) – Die Regierung von Unterfranken hat der **Gemeinde Haibach** (Landkreis Aschaffenburg) für den Kauf eines **Mannschaftstransportwagens MTW** und eines **Tanklöschfahrzeugs TLF 3000** für die **Freiwillige Feuerwehr Haibach** die – förderrechtlich bedeutsame – vorzeitige Beschaffung genehmigt.

Während es sich bei dem Mannschaftstransportwagen MTW um eine Erstbeschaffung handelt, wird durch die Beschaffung des Tanklöschfahrzeugs TLF 3000 ein Tanklöschfahrzeug TLF 16/25 mit Baujahr 1985 ersetzt.

Der **Mannschaftstransportwagen** ist ein Feuerwehrfahrzeug mit 3.500 kg zulässiger Gesamtmasse, geeignet zur Aufnahme von mindestens einer Staffel (6 Personen) und maximal einer Gruppe (9 Personen). Er ist vorrangig zum Transport einer Mannschaft bestimmt.

Das **Tanklöschfahrzeug TLF 3000** mit seiner Besatzung von maximal drei Personen ist vorrangig zur Bereitstellung einer größeren Wassermenge wie auch für den Nachschub von Löschwasser, insbesondere in wasserarmen Gebieten und abseits besiedelter Gebiete, konzipiert. Es verfügt über eine vom Fahrzeugmotor angetriebene fest eingebaute Feuerlöschkreiselpumpe, einen eingebauten Löschwasserbehälter mit einer nutzbaren Wassermenge von mindestens 3.000 Litern und einem optionalen, fest montierten Werfer. Bei

Ausstattung mit einer entsprechenden Zusatzbeladung eignet sich das Fahrzeug auch besonders zur Waldbrandbekämpfung und hat in der Regel eine Gesamtmasse von bis zu 14.000 kg.

Mit der Zustimmung zur vorzeitigen Beschaffung kann der beabsichtigte Erwerb der Fahrzeuge schnellstmöglich realisiert werden, auch wenn über die endgültige Förderung durch einen förmlichen Bescheid noch nicht entschieden ist. Die spätere staatliche Förderung erfolgt aus Mitteln der Feuerschutzsteuer im Rahmen des vom Bayerischen Landtag beschlossenen Staatshaushalts mit Ermächtigung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration. Sie beträgt derzeit für einen Mannschaftstransportwagen MTW 13.100 Euro und für ein Tanklöschfahrzeug TLF 3000 73.500 Euro.

TERMINE:

Freitag, 15.11.2019

Ehrenabend der Gemeinde Haibach

Sonntag, 17.11.2019 Volkstrauertag – Veranstaltungen in Grünmorsbach, Dörmorsbach und Haibach:

In Haibach werden ebenfalls das 75-jährige Bestehen des Heldenfriedhofs und das „Jubiläum“ 175-Jahre „Hohes-Kreuz“ in der Feierstunde mit gewürdigt.

Montag, 18.11.2019

Bürgerversammlung im OT Dörmorsbach, Beginn 19:00 Uhr

Dienstag, 19.11.2019

Veranstaltung zur Bedarfsermittlung zur
Seniorenarbeit. Dieser Arbeitskreis tagt in Haibach,
19.11.2019, von 15:00- 17:00 Uhr.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde
am **11.12.2019** genehmigt.

Andreas Zenglein

Erster Bürgermeister

Silvia Reiling

Verw.-Angest.

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 11. Dezember 2019

Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 22:35 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
---------------------------	-----------------	---

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Horst Hock	2. Bürgermeister	
Michael Albert	Gemeinderat	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Josef Farrenkopf	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	ab 19:05 Uhr
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Jürgen Großmann	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	ab 19:40 Uhr
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Torsten Redeker	Gemeinderat	
Tobias Rückert	Gemeinderat	ab 19:25 Uhr
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	

Abwesend:

Andreas Först	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Eva Rückert	Gemeinderätin	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Schriftführer		
Silvia Reiling		

Verwaltung		
Michael Müller		
Martin Volk		
Thomas Wenzel		

Tagesordnung

Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 13.11.2019
3.	Aussprache und inhaltliche Festlegungen zur Durchführung des Einzelvorhabens „ISEK mit vorbereitenden Untersuchungen“
4.	Sachstandsbericht der Verwaltung
5.	Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung
6.	Jahresrechnung 2018; Feststellung und Entlastung nach örtlicher Prfung
7.	Feststellung des steuerlichen Jahresabschlusses 2017 der Wasserversorgung
8.	Feststellung des steuerlichen Jahresabschlusses 2017 des BgA Sportstätten
9.	Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
10.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 12 erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

Bgm. Andreas Zenglein begrüßt zur heutigen Sitzung Herrn Baurat Hemmelmann von der Regierung/Ufr. Würzburg der zu Erläuterungen zum

TOP 5 „Aussprache und inhaltliche Festlegungen zur Durchführung des Einzelvorhabens „ISEK mit den vorbereitenden Untersuchungen“ anwesend ist.

Auf Wunsch von Herrn Hemmelmann wird gebeten, den angegebenen Punkt an Nr. 3 zu nehmen. Im Anschluss erfolgt dann der weitere Verlauf der vorliegende Tagesordnung.

Hierzu besteht Einverständnis.

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 13.11.2019

Das Protokoll der Sitzung des Gemeinderates vom 13.11.2019 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

3. Aussprache und inhaltliche Festlegungen zur Durchführung des Einzelvorhabens „ISEK mit vorbereitenden Untersuchungen“**Sachverhalt:**

Bgm. Andreas Zenglein begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Baurat Hemmelmann von der Regierung Ufr. Herr Hemmelmann war am 31.10. in Haibach und hat sich die Möglichkeiten der Umsetzung vor Ort angesehen.

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes erläutert **GR Jürgen Großmann** nochmals den Antrag von GR'in Beate Konrad „Antrag für eine städtebauliche Planung mit Mobilitäts- und Nachverdichtungsstrategie sowie integriertem Einzelhandels- und Verkehrsgutachten“. Dieser Antrag wurde in der Sitzung des GR am 16.10.2019 dem Gremium vorgestellt.

GR Jürgen Großmann erklärt, dass nach Auffassung der Antragstellerin eine ganzheitliche Betrachtung des Ortes das Ziel ist. Hierzu sollte eine Stärken-Schwächen-Analyse der Ist-Situation erstellt werden. Es sollten Handlungsfelder gebildet werden. Im Anschluss daran sollten ein Monitoring, eine Prüfung und die Umsetzung erfolgen. Das gesamte Konzept sollte als eine Art „roter Faden“ weiterverfolgt werden.

GR Jürgen Goldhammer ist der Auffassung, dass zuerst die Ausführungen von Herrn Hemmelmann zu diesem Thema angehört werden sollten. Der Antrag ist nach seiner Meinung bereits zu speziell, um diesen vorzuziehen.

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass sich die Grundlagen für die Auftragsvergabe an ein Ing. Büro aus den Diskussionen ergeben werden.

Herr Hemmelmann führt aus, dass er bei der Ortsbegehung von Haibach vom Ort sehr begeistert war. Den Weg, den man eingeschlagen hat, ist der richtige. Wenn heute Diskussionen zu dieser Thematik erfolgen, dann sollte abgesteckt werden, welche Maßnahmen durchgeführt werden sollen. Es ist zudem nicht üblich, dass im Rahmen der staatlichen Förderungen das „ISEK“ mitgefördert wird.

GR Anja Goymann erklärt für die SPD-Fraktion, dass diese heute keinen Beschluss zu einer Ausführung fassen möchte. Es sollte lediglich die Beratung erfolgen. Beschlüsse hierzu sollten erst 2020 gefasst werden.

Herr Hemmelmann erläutert, dass er das Thema „Verkehr“ oft gehört hat. Zum weiteren Procedere wird ein Architekturbüro für Städtebau sowie ein Büro für die Analyse des ruhenden und fließenden Verkehrs beauftragt. Hier gibt es auch die Möglichkeit, dass dies durch ein Büro erledigt werden kann.

Die Vertreter der vorab ausgewählten Ing.-Büros kommen ins Gremium und stellen sich vor. Der Gemeinderat wählt dann im weiteren Verlauf aus, welche Büros die besten Vorschläge unterbreitet haben. Im Anschluss werden die 3-4 ausgewählten Büros informiert, eine Präsentation im Gremium vorzustellen. Anhand einer Auswertungsmatrix wird dann ermittelt, welches Ing.-Büro den Zuschlag erhalten soll. Es gibt bereits ca. 50 Ing.-Büros, die sich auf Städtebau spezialisiert haben und auch entsprechende Erfahrungen gesammelt haben. Hier können dann eigene Vorstellungen in die

Informationen und Ideen der Büros mit eingebracht werden.

Zum weiteren Ablauf erklärt **Herr Hemmelmann**, dass nicht nur die Bedarfsermittlung im ISEK, sondern auch die Voruntersuchungen enthalten sind. Die Gemeinde kann ein förderwürdiges Sanierungsgebiet festlegen.

GR Dietmar Kempf-Blatt möchte wissen, ob die Voruntersuchungen bereits durch ein Ing.-Büro erstellt werden.

Herr Hemmelmann antwortet, dass dies auf die entsprechende Ausschreibung ankommt.

2. Bgm. Horst Hock ist der Meinung, dass viele Gemeinderäte Bedenken haben, dass heute bereits eine Vergabe erfolgen soll. Heute soll nach seiner Meinung nur der „Startschuss“ erfolgen. Die Büros, die ausgewählt werden, unterbreiten Vorschläge und diese werden dann dem Gremium vorgestellt.

Herr Hemmelmann erklärt, dass die Bürgerbeteiligung zu diesem Zeitpunkt sehr zeitaufwendig ist. Hierzu gibt es noch genügend Möglichkeiten.

Es müssen ohnehin erst eine Sanierungssatzung beschlossen und der Umgriff festgelegt werden. Es folgt dann ein Antrag mit Voruntersuchung.

GR Dietmar Kempf-Blatt fragt, wann die Wünsche des Gemeinderates eingearbeitet werden.

Hierzu antwortet **Herr Hemmelmann**, dass gemeinsam nach Missständen gesucht werden muss, damit eine Gesamtverbesserung stattfinden kann. Die Ing.-Büros kommen nicht mit einem fertigen Konzept. Dieses muss erarbeitet werden.

Bgm. Andreas Zenglein ist der Ansicht, dass die Planer eine völlig neutrale Betrachtung machen werden.

GR Jürgen Großmann spricht sich für eine klare Auftragsstellung aus.

Herr Hemmelmann erklärt, dass durch ein „ISEK“ Haibach gesamtheitlich betrachtet und hierzu ein Maßnahmenkatalog erstellt wird. Die Gemeinde wählt die Varianten aus. Es werden auch Förderungen durch andere Mittelgeber möglich sein. Den Büros sollten jedoch auch gewisse Freiheiten gelassen werden. Dafür werden diese auch bezahlt. Die Bausteine für ein ISEK müssen abgearbeitet werden. Er würde z.B. wegen der Erstellung eines Verkehrsgutachtens explizit anfragen. Das vorhandene Einzelhandelskonzept kann nach seiner Auffassung fortgeschrieben werden.

Bgm. Andreas Zenglein sieht in diesem Verfahren die Chance, ein wertfreies Angebot zu erhalten.

Herr Hemmelmann erklärt, dass der Aufgabenkatalog für die Abarbeitung erstellt wird. Dies kann einen Zeitraum von ca. 15 Jahren in Anspruch nehmen. Er bemerkt zudem, dass auch Eigenmittel der Gemeinde hierfür notwendig werden.

Er spricht sich dafür aus, dass heute der Startschuss getätigt werden sollte. Der Markt Goldbach hat z.B. für diese Maßnahme eine Gesellschaft, die für die Gemeinde unterstützend tätig ist.

Nach seiner Auffassung sollte jetzt ein Büro gesucht werden und die Arbeiten innerhalb eines Jahres abgeschlossen sein. Er spricht sich auch dafür aus, dass dieses „ISEK“ nicht als Wahlkampfthema in der Kommunalwahl genutzt werden sollte.

Bgm. Andreas Zenglein bestätigt, dass Haibach schon sehr lange eine Veränderung des Ortskerns plant, dies hat nichts mit der bevorstehenden Wahl zu tun.

Herr Hemmelmann weist darauf hin, dass das ISEK eine ernste Angelegenheit ist und sich Haibach hierzu bekennen muss. Für die Abwicklung wird eine Agenda erstellt.

GR Toni Stahl bestätigt, dass der Gemeinderat dies als ernst ansieht und fragt, welche Büros dies unterstützen könnten.

Herr Hemmelmann erklärt, dass er neutral sein muss. Eine Empfehlung erfolgt von seiner Seite nicht. Es sollten nach seiner Meinung mindestens 3 Angebote von entsprechend tätigen Büros eingeholt und verglichen werden. Hier kann er jedoch unterstützend tätig sein. Er sieht hierbei eine Riesenchance für Haibach, die nur positiv sein kann.

2. Bgm. Horst Hock stellt fest, dass der Gemeinderat schon die richtige Entscheidung hierzu treffen wird, hier hat er keine Bedenken.

GR Jürgen Goldhammer möchte wissen, wie lange dies denn dauern wird.

Bgm. Andreas Zenglein schlägt vor, den Text für die Ausschreibung zu besprechen und im Januar zu beschließen.

Im weiteren Verlauf der Beratung wird folgende Vorgehensweise vorgeschlagen:

Herr Hemmelmann schickt nach Weihnachten einen Mustertext für die Ausschreibung. In der 1. KW 2020 besprechen sich die Fraktionen. Vor der

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 17.01.2020 wird der Text mit den Personen des Arbeitskreises abgestimmt. Die Beschlussfassung des Ausschreibungstextes erfolgt in der Sitzung des Gemeinderates am 29.01.2020.

Herr Hemmelmann spricht an, dass ein sog. Impulsprojekt erarbeitet werden sollte. Als Beispiel nennt er die Maßnahme in Elsenfeld. Hier wurde in diesem Zusammenhang ein 3-Seiten-Hof zur Gestaltung eines Kulturhofs in „Angriff“ genommen. Wenn die Kommune eine Förderung erhält, dann muss hier auch etwas geschehen. Man sollte nicht voreilig an die Sache gehen, dies wäre der falsche Weg. Für originäre Maßnahmen wie Straßen, Gebäude bzw. ein kommunales Programm ist eine Satzung notwendig. Wenn Gelder ausgegeben werden, dann muss auch entsprechende Qualität geliefert werden. So wurde z.B. in Großostheim für Privatpersonen eine Gestaltungssatzung gefasst. Hierzu müssen aber auch für die Bürger entsprechende Anreize geboten werden, die Gestaltung in der vorgeschlagenen Art durchzuführen.

Der Freistaat „belohnt“ Vieles, nun ist eine gute Zeit, dies anzufangen.

GR Anja Goymann bedauert, dass keine Fraktionsvertreter bei dem ersten Gespräch dabei sein konnten. Auch wenn die ein Verwaltungsakt ist, ist ihr dies jedoch unverständlich.

Herr Hemmelmann erklärt, dass er bei einem „Erst-Termin“ immer in dieser Weise handelt. Er hat zuerst geprüft, ob die Maßnahmen in Haibach auch förderwürdig sind. Er ist das gesamte Gebiet abgelaufen, um unabhängig von anderen Meinungen zu sehen, was machbar ist. Ein gemeinsamer Termin mit dem Gemeinderat wird noch kommen. Er begrüßt es, dass man sich hier im Gremium so viele Gedanken macht. Er schlägt jedoch vor, dass man nichts „verkomplizieren“ sollte.

Man sollte sich auch in anderen Gemeinden diesbezüglich nochmals umsehen. Eventuell sollten Besichtigungen in Goldbach und Großostheim geplant werden.

Bgm. Andreas Zenglein bedankt sich bei Herrn Hemmelmann für die ausführlichen Informationen und die angeregte Diskussion. Die Vorgehensweise wurde besprochen und die Beschlussfassung erfolgt am 29.01.2020.

4. Sachstandsbericht der Verwaltung

Projekt	Zuständigkeit	Sachstand	Erledigung bis
Ortskerngestaltung	GL/GR	Gesprächs- und Ortstermin mit der Regierung von Unterfranken am 31.10.2019 Antragsstellung zur Aufnahme ins Bayerische Städtebauförderprogramm zur Durchführung des Einzelvorhabens „ISEK mit Vorbereitenden Untersuchungen“ am 14.11.2019 Weitere Aussprache in der heutigen Sitzung	Offen
Gemeindeverbindungs-Straße, 2.BA	Bauamt	Baubeginn 16.09.2019, Bauausführung Kanal + WL Findbergstraße Planungsänderung bei Reg. v. Ufr. eingereicht, mündliche Freigabe liegt vor	2019-2021
		GR Dietmar Kempf-Blatt regt an, hier eine Angabe über Sperrungen der einzelnen Abschnitte zu machen. Hierzu antwortet Dipl. Ing. Martin Volk , dass in Kürze an verschiedenen Stellen die Arbeiten aufgenommen werden. GR Anja Goymann möchte wissen, wann die Zufahrt in Richtung Kaiselsbergstr. wieder frei sein wird. Dipl. Ing. Martin Volk erklärt, dass dies im Zeitraum März/April 2020 vorgesehen ist. Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass er exakte Zeitpläne in diesen Sachstandsbericht nicht aufnehmen möchte. Sollte es zu	

		<p>Terminverschiebungen kommen, wird dies dann wieder zu Diskussionen führen.</p> <p>Diesen Ausführungen widerspricht GR Anja Goymann.</p> <p>GR Ilse Spielmann erklärt, dass es um eine Grobschätzung gehen soll. Unter anderem weiß nach ihrer Auffassung niemand, dass hier das Inlinerverfahren durchgeführt wird.</p> <p>Bgm. Andreas Zenglein erklärt zu dieser Diskussion, dass die Straßen im Baugebiet „Südlich der B 8“ nicht als offizielle Umleitungsstrecke ausgewiesen wurden, um die Anwohner dort nicht dem hohen Verkehrsaufkommen auszu-setzen. Die offizielle Umleitung erfolgt über den Stadtteil Gailbach und über die Straße nach Straßbessenbach.</p>	
Radweg GV-Straße 1.BA	Bauamt	<p>Straßenbau: erledigt</p> <p>Bepflanzung 50./51.KW geplant</p>	Dez. 2019
Erdumschlagsplatz Wendelberg	Bauamt	Abschließendes Behördengespräch wegen Nutzung einer Teilfläche als Erdumschlagsplatz für gemeindliche Maßnahmen steht aus.	Offen
		<p>GR Toni Stahl möchte wissen, warum sich hier noch nichts getan hat und wo das Problem hierzu liegt.</p> <p>Bgm. Andreas Zenglein führt aus, dass im dortigen Bereich auch eine Privatfirma Gelände besitzt und dieses entsprechend nutzt. Es ist ein Flächen-tausch vorgesehen. Das Landratsamt legt nach er ersten Renaturierung die Wegeführung und die Anordnung der Flächen fest. An dem ehemaligen Weg sind mittlerweile Pflanzen gewachsen, die nun wieder „umfahren“ werden müssen. Dies sind die Vorgaben der Unteren Naturschutzbehörde, die Gespräche und Planungen laufen hierzu.</p> <p>GR Jürgen Goldhammer fragt, warum die Fa. Sauer dieses Gelände dort weiter nutzt.</p> <p>Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass die Fa. Sauer dort eine Fläche von ca. 4.000 m² besitzt und berechtigt ist, dort „Z0“ Material zu lagern. Die Renaturierung soll von hinten her erfolgen.</p> <p>Auf Rückfrage von GR Anja Goymann bzgl. eines Termins erklärt Bgm. Andreas Zenglein, dass hierzu noch kein Termin bekannt ist.</p>	
Aschaffener Straße	Bauamt	Vorbereitung der Ausführungsplanung und Ausschreibung	2020
WSG Br. 71/ Spatgrube	Bauamt	<p>Grenzen des Wasserschutzgebietes sind mit WWA/LRA abgestimmt.</p> <p>Klärung offener Punkte zur Einleitung des Wasserrechtsverfahrens</p>	Offen
		Dipl. Ing. Martin Volk informiert hierzu:	
Knotenpunkt St 2312/ Sponackerweg (Adler)	Bauamt	<p>Ausschreibung Tiefbau wiederholt,</p> <p>Vergabe in der Sitzung vom 11.12.2019</p> <p>Baubeginn vorauss. Feb./ März 2020</p>	Febr.- Mai 2020

Brunnen Kirchenelsengrund	Bauamt	Historische Erkundung durch PeTerra abgeschlossen. Orientierte Erkundung der Verdachts-flächen 1 – 3 abgeschlossen. Gutachten zu V1 liegt vor. Gutachten V2/ V3 wird in Kürze erwartet.	Offen
		Dipl. Ing. Martin Volk erklärt, dass die Verdachtsflächen wahrscheinlich ausge-baggert werden müssen. Es wurden 20 Rammkernsondierungen durchgeführt.	
Außensportanlage Schule	Bauamt	Förderantrag liegt der Regierung vor. Ergänzende Unterlagen wurden der Förderstelle zugestellt.	Offen
Wasserrechtsverfahren RÜB 80/90/91- SMUSI - Berechnung	Bauamt	Derzeit Abstimmung/Arbeitskreis mit Stadt AB und den Fachbehörden	Offen
Kinderhort	Bauamt	Ausschreibungspaket 3 beauftragt. Miet- und Betriebsträgervereinbarung ist ausgearbeitet (Zustimmung Caritas und Beschlussfassung GR steht noch aus)	Beginn Schuljahr 2020/2021
Seniorenwohnheim	GL/GR	Beschlüsse zur Festlegung einer Agenda und Durchführung einer Bedarfsanalyse erfolgten in der GR-Sitzung am 08.05.2019. Termin mit der Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altenforschung fand am 19.11.2019 statt.	Offen
Umstellung / Erneuerung Straßenbeleuchtung auf LED	Kämmerei/ Bauamt	Haushaltsmittel wurden im Haushalt veranschlagt. Klärung mit Netzbetreiber erforderlich. Erste Gespräche sind geführt.	Offen; 2019-2023
Sanierung KuS	Bauamt	Tektur Brandschutzkonzept, Dokumentation, Schlussrechnung einzelner Gewerke offen	Offen
Beleuchtung Hallenbad	Bauamt	Freigabe der Fördermittel durch PtJ. Angebotseinholung in Arbeit	Offen
„Nahwärmenetz“ / Heizung Schule	Bauamt	Planung in Bearbeitung - Beauftragt wurde das Fachbüro Sommer+Staab in Zusammenarbeit mit Prof. Brautsch (IfE)	Offen
Verkehrskonzept	Bauamt	Aufgrund aktueller Baustellen keine Abbildung der Verkehrsströme Aufnahme in ISEK	Offen
Ortsnetz Kanalisation/ Wasserleitung Bestandserfassung	Bauamt	Auftrag an IB erteilt. Bestandserfassung ist in Bearbeitung.	Offen
Heizungsanlage Rathaus	Bauamt	Planung und Berechnungen werden derzeit durch das IfE ausgearbeitet.	Offen
		GR Anja Goymann fragt, wann das Ergebnis der	

		CO ² -Analyse zu erwarten ist. Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass mit einer Vorlage der Analyse Anfang des neuen Jahres gerechnet wird.	
Lautsprecheranlage Sporthalle „AHK“	Bauamt	Angebot liegt vor. Aufnahme in die Haushaltsberatungen für 2020	Offen

GR Toni Stahl bittet noch um die Aufnahme von:

Kostenloses Samstagsticket – AVG

Gedenkstätte Sternenkinder - Waldfriedhof

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass bezüglich des Samstagstickets bereits Gespräche mit der

AVG geführt werden. Es sollen noch mit der VU entsprechende Vereinbarungen getroffen werden.

Das Projekt „Sternenkinder“ erfolgt in Absprache zwischen GR Jürgen Großmann mit Gartenbautechniker Franz Staab. Entsprechende Vorbereitungen wurden bereits getroffen.

5. Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung

Im Rahmen des Kinderhortneubaus wurden folgende Aufträge vergeben: Gewerk	Mindestnehmender
G20 - Fliesenarbeiten	Fliesen-Amrhein GmbH 97833 Frammersbach
G21 - Bodenbelagsarbeiten	Sera Bodenbeläge 64367 Mühlthal
G22 - Parkettarbeiten	Bernd Rief GmbH 63846 Laufach
G23 - Stahlbauarbeiten	VORNDRAN Metallbau GmbH & Co. KG Münnerstadt
G24 - Schreinerarbeiten	Peters GmbH & Co. KG 55487 Sohren

6. Jahresrechnung 2018; Feststellung und Entlastung nach örtlicher Prüfung

Sachverhalt:

Mit der Feststellung wird die Rechnungslegung nach der örtlichen Prüfung abgeschlossen und der von der Verwaltung erstellte Entwurf des Jahresabschlusses offiziell zum Jahresabschluss der Gemeinde. Der Gemeinderat kann in der gleichen Sitzung den Jahresabschluss feststellen und über die Entlastung beschließen. Die jeweiligen Beschlüsse müssen aber formal getrennt sein.

Bei der Beschlussfassung über die Entlastung ist der Bürgermeister persönlich beteiligt (Art. 49 GO) und darf deshalb nicht mit abstimmen.

Weiterhin ist noch ein Beschluss über die Verwendung des Jahresergebnisses zu fassen. Der Jahresabschluss 2018 wurde vom Rechnungsprüfungsausschuss örtlich geprüft.

Besondere Prüfungsfeststellungen haben sich nicht ergeben.

Der Jahresabschluss 2018 wird deshalb nach Art. 102 Abs. 3 GO festgestellt.

Die Ergebnisrechnung weist folgende Zahlen aus:

Ordentliche Erträge	17.228.129,28 €
Ordentliche Aufwendungen	14.979.892,19 €

Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	2.248.237,09 €
Finanzergebnis	82.826,60 €
Ordentliches Jahresergebnis	2.331.063,69 €
Außerordentliches Ergebnis	0,00 €
Jahresergebnis	2.331.063,69 €

In der Finanzrechnung ergeben sich folgende Zahlen:

Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	16.654.683,67 €
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	12.648.634,83 €
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	4.006.048,84 €
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	570.989,79 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.425.490,69 €
Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.854.500,90 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-150.590,27 €
Änderungen des Bestandes an Finanzmitteln	2.000.957,67 €

Die Bilanzsumme zum 31.12.2018 beträgt 67.309.604,00 € und ist somit 837.007,68 € höher als die Summe der Schlussbilanz zum 31.12.2017.

Das Anlagevermögen erhöhte sich um 263.410,01 €, das Umlaufvermögen um 570.128,28 € und die Position Aktive Rechnungsabgrenzung um 3.469,39 €.

Die Veränderungen auf der Passivseite sehen wie folgt aus:

Eigenkapital	+2.331.063,69 €
Sonderposten	-661.731,21 €
Rückstellungen	+40.260,77 €
Verbindlichkeiten	-851.464,89 €
Passive Rechnungsabgrenzung	-21.120,68 €
Summe	+837.007,68 €

Die Änderungen bei den Rückstellungen und den Verbindlichkeiten beruhen im Wesentlichen auf der Tatsache, dass die Kreisumlage 2018 von der Position Rückstellungen auf die Position

Verbindlichkeiten umgebucht worden ist und der Rückzahlung eines Kassenkredites in Höhe von 1.500.000 €.

Beschluss 1:

Gemäß Art. 102 Abs. 3 GO wird der Jahresabschluss 2018 in der vorgelegten Form festgestellt.

Abstimmungsergebnis: ja: 16 nein: 0

Beschluss 2:**Die Leitung der Sitzung zu diesem TOP übernimmt 2. Bgm. Horst Hock**

Der Gemeinderat stimmt der Entlastung des Jahresabschlusses 2018 gem. Art. 102 Abs. 3 GO zu.

Abstimmungsergebnis: ja: 15 nein: 0

Abstimmungsbemerkung: Bgm. Andreas Zenglein ist gemäß Art. 49 GO persönlich beteiligt.

Beschluss 3:

Der Jahresüberschuss 2018 in Höhe von 2.331.063,39 € wird der Ergebnissrücklage zugeführt.

Abstimmungsergebnis: ja: 16 nein: 0

7. Feststellung des steuerlichen Jahresabschlusses 2017 der Wasserversorgung

Sachverhalt:

Vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband wurde der steuerliche Jahresabschluss für das Jahre 2017 erstellt. Der Jahresabschluss wäre nunmehr wie folgt festzustellen:

Beschluss

Der Jahresabschluss 2017 der Wasserversorgung der Gemeinde Haibach mit einer

Bilanzsumme von 3.758.865,02 €

und einem Jahresgewinn von 37.931,10 €

wird hiermit festgestellt.

Der Jahresgewinn ist zur Tilgung des Verlustvortrages zu verwenden.

Die Konzessionsabgabe wird weiterhin in der steuerlich zulässigen Höhe an die Gemeinde abgeführt.

Die Verrechnungsverbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde sind weiterhin banküblich zu verzinsen (2,5% Prozentpunkte über dem jeweils gültigen Basiszinssatz).

Abstimmungsergebnis: ja: 16 nein: 0

8. Feststellung des steuerlichen Jahresabschlusses 2017 des BgA Sportstätten

Sachverhalt:

Vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband wurde der steuerliche Jahresabschluss für das Jahr 2017 erstellt. Der Jahresabschluss ist nunmehr wie folgt festzustellen.

Beschluss

Der Jahresabschluss 2017 des BgA Sportstätten mit einer

Bilanzsumme von 15.373.593,98 €

und einem Verlust von -263.350,60 €

wird hiermit festgestellt.

Der Jahresverlust ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Abstimmungsergebnis: ja: 16 nein: 0

9. Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung

Sachverhalt:

Die Gebühreneinnahmen des Jahres 2018 belaufen sich auf 792.132,63 € und die Aufwendungen auf 846.974,46 €.

Somit errechnet sich für das Jahr 2018 eine Gebührenunterdeckung in Höhe von 54.841,83 €, welche als Vortrag in die Kalkulation für das Jahr 2020 übernommen wird.

Die Unterdeckung kam im Wesentlichen dadurch zustande, dass die Betriebskostenumlage der Stadt Aschaffenburg um ca. 57.000 € höher ausgefallen ist als ursprünglich geplant.

Für das Jahr 2020 errechnet sich ein durch Gebühren zu deckender Aufwand in Höhe von ca. 982.800 €. Bei einer geschätzten gebührenpflichtigen Abwassermenge von 365.000 m³ errechnet sich so ein Preis von 2,69 €/m³ Abwasser.

Gegenüber dem Jahr 2019 bedeutet dies eine Erhöhung der Gebühr um 0,34 €.

Beschluss

Aufgrund der Art. 5, 8 und 9 des Kommunalabgabengesetzes erlässt die Gemeinde Haibach folgende

Satzung

zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung

der Gemeinde Haibach (BGS - EWS) vom 03.12.2009,

zuletzt geändert durch Satzung vom 13.12.2018

§ 1

Änderungen

1. § 10 Abs.1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Die Gebühr beträgt 2,69 € pro Kubikmeter Abwasser.“

§ 2

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2020 in Kraft.

Haibach, den



Abstimmungsergebnis:

ja: 16 nein: 0

10. Allgemeines**Informationen von Bgm. Andreas Zenglein****10.1. Wohnmobilstellplatz an der Kultur- und Sporthalle**

Der Anschluss für die Stromversorgung wurde in Zusammenarbeit der Fa. R. Kunkel, dem Hallenwart Wolfgang Rettinger und der AVG erledigt.

10.2. Sitzungstermine Januar 2020

- 15.01. Sitzung des Bau-, Grundstücks- und Umweltausschuss
- 17.01. Sitzung Haupt- und Finanzausschuss – 14:00 Uhr
- 22.01. Sitzung Kultur-, Sport- und Sozialausschuss
- 29.01. Sitzung Gemeinderat – mit Bürgerfragestunde – Beginn 19:00 Uhr

10.03. Termine

- 13.12. Theaterveranstaltung des Heimat- und Geschichtsvereins
- 14./15.12. Adventszauber des Wandervereins

Es wird vereinbart, dass die Besprechung mit Fraktionsvertretern für den Text der vorbereitenden Untersuchung „ISEK“ vor der Sitzung des HFA am 17.01.2020, um 13:00 Uhr, stattfindet.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am genehmigt.

Andreas Zenglein

Erster Bürgermeister

Silvia Reiling

Verw.-Angest.